

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 16. April 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernreihe oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungsbüchlein 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 6 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Parteigenossen!

Der Tag der Maiseier rückt heran. Überall rüstet sich das Klassenbewußte Proletariat, um diesen Tag im Sinne der Solidarität der Arbeiterklasse aller Kulturländer zu begehen als Ausdruck der gleichen Bestimmung und des gleichen Strebens nach dem allen gemeinsamen Ziel!

Dieses Ziel ist: Die Verwirklichung der Demokratie in allen Kulturstaaten und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung und die Umwandlung der kapitalistischen Produktions- und Austauschweise in die sozialistische, damit, wie es in unserem Parteiprogramm heißt: der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde!

Im Sinne dieser Bestrebungen beschloß der letzte Parteitag zu Mannheim einstimmig folgende Resolution:

Die Maiseier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsam Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie von dem Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maiseier abzusehen.

In Übereinstimmung mit den internationalen Kongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Mehr als früher hat dieses Mal die Arbeiterklasse aller Länder, und speziell die deutsche, allen Grund, den Ideen, die der Maiseier zugrunde liegen, ihre laute und nachdrückliche Zustimmung zu erteilen. Denn es gilt der Arbeiterklasse zu zeigen, daß all die schönen Reden von Arbeiterwohlfahrt und sozialen Reformbestrebungen, mit denen heute die bürgerlichen Parteien die Arbeiterklasse übersättigen, in der Hauptsache nur leere Worte sind, mit denen sie die Arbeiter zu fördern und für die weitere Fortdauer der Zustände, die die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen bereichern sollen, zu gewinnen trachten. Man will die allzu drückenden Fesseln ein wenig lockern, aber nicht zerbrechen.

Und wie es auf dem Gebiet der Sozialreform immer nur Fiktion und Stückwerk bleiben wird, was die bürgerlichen Klassen leisten, wie es z. B. trotz jahrzehntelanger Anstrengungen bis heute nicht gelungen ist, einen gesetzlich festgesetzten Normalarbeitstag für alle Arbeiter durchzusetzen, so stehen auch auf dem Gebiete der internationalen Politik, trotz aller Versicherungen, daß man von dem Wunsch beseelt sei, den Frieden zu erhalten und die Ausgleichung der nationalen Gegensätze herbeizuführen, die Worte mit den Taten im schärfsten Widerspruch. Man preist den Frieden in den höchsten Tönen und rüstet gleichzeitig in allen Heerlagern mit einem Eifer, als sollte morgen die Männerblüte der Nationen zur Schlachtbank geführt werden.

An diesem Zustand wird auch die sogenannte internationale Friedenskonferenz, die im Juni dieses Jahres zum zweiten Male im Haag zusammentritt, nichts zu ändern vermögen. Man wird viel schöne Worte wechseln und friedliche und freundschaftliche Versicherungen austauschen. Man wird auch, wie bereits auf der ersten Friedenskonferenz, wunderliche Resolutionen einstimmig annehmen, aber dann geht man selbstzufrieden nach Hause, und — es bleibt alles beim alten. Die Kuguren Roms sind auch heute noch nicht ausgestorben.

Das mit Gewitteratmosphäre geschwängerte Europa kann sich glücklich preisen, wenn im Haag nicht statt der Versuche, einen Stillstand in den Rüstungen herbeizuführen, eine noch stärkere Aufrüstung provoziert und damit der Ausbruch der längst gefürchteten Katastrophe beschleunigt wird.

Um so mehr ist es Aufgabe der Klassenbewußten Arbeiter aller Länder, an der Entschiedenheit ihres Willens, den Völkern den politischen Frieden zu erhalten, keinen Zweifel aufkommen zu lassen, da der soziale Friede in der auf Klassen-

gegenläufigen und widersprechenden Interessen aufgebauten Gesellschaft nicht möglich ist.

Wie wenig der soziale Frieden heute möglich ist, dafür legen klassisches Zeugnis ab die gewaltigen Kämpfe, die in diesem Augenblick in Deutschland innerhalb der verschiedensten Berufe sich abspielen und hunderttausend deutsche Arbeiter auf die Straße geworfen haben. Die angesichts einer Hochkonjunktur fast sondergleichen und angesichts der mächtig gestiegenen Mieten und Lebensmittelpreise nur zu gerechtfertigten Forderungen zahlreicher Arbeiterschichten hat das Unternehmertum in einer langen Reihe von Fällen mit der Aussperrung der Fordernden beantwortet. Für diese einzutreten und ihnen zu einem Siege zu verhelfen, ist die vornehmste Aufgabe der organisierten Arbeiter. Schwere finanzielle Opfer, schwere Opfer an Familienglück und Kinderwohl werden den Arbeitern aufgezwungen, um die Gewalttätigkeit der Unternehmertumsklasse zurückzuweisen. Und nach neuen Gewaltstreichen giert diese.

Dort, wo solche Geselüste vorhanden sind, dürfen wir nicht die Befriedigung derselben ermöglichen. Das gebietet die Klugheit und das Interesse der beteiligten Arbeiter.

Daher empfehlen wir unseren Parteigenossen, überall dort, wo die Gewißheit besteht, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai zu einer Aussperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeitsruhe abzusehen. Die Arbeiter, die nicht in die Arbeitsruhe eintreten können, mögen am Abend des 1. Mai zusammentreten, um ihren Forderungen und Bestrebungen den gebührenden Ausdruck zu geben.

Der Satz in der oben angeführten Resolution des Mannheimer Parteitages, daß die allgemeine Arbeitsruhe dort eintreten soll,

„wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist.“ zeigt, daß der Parteitag der Meinung war, daß die Arbeitsruhe keine unter allen Umständen durchzuführende Forderung ist.

Parteigenossen! Wir vertrauen auf Eure Einsicht und Klugheit! Wir erwarten, daß Ihr die Verhältnisse genau prüft und eine Entscheidung trifft, die Ihr vertreten könnt. Mögen immerhin dort, wo Ihr einem ungleichen Kampfe oder einem Kampfe, dessen Opfer den Erfolg nicht lohnen, aus dem Wege geht, Eure Feinde Euch höhnen. Bewahrt Eure Kraft für die Maiseier. Ihr Eifer ist nur der Ausdruck ihres Kerkers darüber, daß Eure Klugheit der Anwendung ihrer Brutalität keine Gelegenheit bietet.

Die Opfer, die Ihr jetzt in einem Kampfe vergeblich bringen mühtet, können, zur rechten Stunde gebracht, Siege erringen helfen.

Die kommenden Zeiten werden es an schweren und immer schwerer werdenden Kämpfen nicht fehlen lassen. „Denn Kampf und wieder Kampf entringt sich diesen Tagen.“ Hier die Arbeiterklasse, dort die Unternehmerklasse, geschützt und gestützt durch die Staatsgewalt. Beide stehen sich kampfbereit gegenüber. Die stets schärfer werdenden Gegensätze lassen sich nicht ausgleichen. Die Klust wird breiter und tiefer. Parteigenossen! Das beachtet und richtet danach Eure Taktik ein. Die Maiseier ist Gemeingut des Proletariats geworden — und bleibt es den Gegnern zum Trost!

Hoch der erste Mai!

Berlin, den 15. April 1907.

Der Parteivorstand.

Der Zeugniszwangs-Fall Geck-Mannheim.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben: Wie alljährlich, so gab auch diesmal der Verlag der Mannheimer „Volksstimme“ (Mannheimer Aktiendruckerei A.-G.) zum Karneval sein Wigblatt „Schmupstaba!“ heraus, das in ulkig-satirischer Form lokale Vorkommnisse sowie kommunal- und landespolitische Zustände und Ereignisse geeigneter Art zu behandeln pflegt. Am Fastnacht-Sonabendabend wurde das Blättchen (es pflegt in einer Auflage von 15-2000 Exemplaren zu erscheinen) ausgegeben, und am Sonntagvormittag schon war es der Konfiskation durch die Staatsanwaltschaft verfallen unter dem Verdacht einer Majestätsbeleidigung, begangen durch eine Notiz, in der das byzantinische Bestreben des Mannheimer Stadtrats, alle möglichen Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude usw. mit dem Namen des Landesherren oder der Landesmutter zu belegen, lächerlich gemacht war. Kein Mensch hatte in dem Scherz irgend etwas Unrechtes oeschweigt denn

etwas Strafbares gefunden, und es erregte deshalb allgemeines Aufsehen, als der Beschlagnahme des Blättchens noch am selben Sonntag die Verhaftung des Genossen Appel, eines bereits im 67. Lebensjahre stehenden Angestellten der Aktiendruckerei folgte, der als „verantwortlicher Redakteur“ auf dem Blatte verzeichnet stand. Jeder Eingeweichte wußte, daß mit dieser Angabe ein Scherz gemacht war, da Appel — der als Couplettdichter und Komiker in den weitesten Parteitreiben Mannheims wegen seines unverwundlichen Humors bekannt ist — seit 16 Jahren in jener Eigenschaft auf dem „Schmupstaba!“ verzeichnet stand, ohne daß ihn jemand einmal im Ernst für den Bearbeiter desselben gehalten oder für den Inhalt des Blattes sonstwie in Anspruch genommen hätte, — genau so wenig, als es jemand für bare Münze nahm, als auf der heurigen Fastnachtsausgabe der „Münch. N. N. A. Ch. r.“ der — Reichsanzwiler Fürst Bülow als „verantwortlicher Redakteur“ verzeichnet stand. Man mußte Appel also nach kürzester Zeit wohl oder übel wieder auf freien Fuß setzen, und auch ein nach zwei Tagen gegen ihn erlassener zweiter Haftbefehl wurde — diesmal durch Gerichtsbeschluss — sofort wieder aufgehoben. Appel hatte eben der Wahrheit gemäß bekundet, daß er mit der Herstellung des „Schmupstaba!“ nicht das mindeste zu tun hatte, und diese Angabe wurde durch eine Reihe bereidigter Zeugen auch bestätigt.

Run war das Holland der so breitspurig entrierten „Majestätsbeleidigungs“-Aktion in Rot. Zu aller direkten Schuldlosigkeit Appels kam noch, daß das Preßgesetz für nicht-periodische Druckschriften nach Art des „Schmupstaba!“ einen „verantwortlichen Redakteur“ gar nicht verlangt, so daß Appel also nicht einmal formell für den Inhalt des Blattes verantwortlich gemacht werden konnte. Was nun tun? Den Verfasser, mithin also „Täter“ im Sinne des Preßgesetzes, kannte man nicht, die lustige Person des „Verantwortlichen“ war nicht recht zu fassen, es blieb also nur der wenig erfolgversprechende Ausweg, den gesetzlichen Repräsentanten der Druckerei, Genossen Stadtrat Link, den Nachfolger Dreesbachs, in seiner Eigenschaft als Verleger des „Schmupstaba!“ mittels des § 21 des Preßgesetzes zu fassen, der nur eine Geldstrafe zuläßt, die der großen Staatsaktion nach Ansicht des öffentlichen Anklägers jedoch wohl einen für sein Ohr gar zu „unharmonischen“ Abschluß gegeben hätte. Link wurde also mit Appel in das Anlagerubrum aufgenommen, und als Dritter im Bunde tauchte darin nach einigen weiteren Tagen ein gewisser Dietrich auf, ein Mann, von dessen Existenz — äußerst bezeichnend für die Art der Strafuntersuchung! — in der Mannheimer Partei, geschweige denn in der Parteidruckerei, bisher kein Mensch auch nur eine Ahnung gehabt hatte, und der dem Staatsanwalt vermullich durch eine, natürlich ulkig gemeinte, anonyme Denunziation als Verleger der „Majestätsbeleidigung“ bezeichnet worden war. Es ist charakteristisch für den Geist, von dem das strafrechtliche Verfahren in dieser Sache getragen ist, und für die Hartnäckigkeit, mit der die verunkelnde Anklage nach dem Strohalm greift, daß Dietrich heute, wohl sechs Wochen nach seiner ersten Vernehmung, immer noch als Angeeschuldigter erscheint, obwohl er, wie gesagt, aber auch nicht die leisesten Beziehungen zu der Sache hat.

Wenn derartige möglich ist, braucht man sich schließlich auch nicht darüber zu wundern, daß der öffentliche Ankläger nun im weiteren Verfolg der Anklage zu einem Mittel griff, das im „liberalen Rußerlande“ Baden bisher noch niemals zur Anwendung gekommen war: zum Zeugniszwang gegen die Presse. Der Staatsanwalt — ein Herr Junghans, im Nebenamt Führer der badischen „Jungliberalen“ (!), in welcher Eigenschaft er erst vor einigen Wochen wegen Beleidigung eines politischen Gegners rechtskräftig zu 60 M. Geldstrafe verurteilt wurde — hatte aus der Mannheimer „Volksstimme“ die die hochnotpeinliche Aktion gegen den „Schmupstaba!“ natürlich behandelte und nach ihrer politischen Seite hin beleuchtete, ersehen, daß der Genosse Oskar Geck den betreffenden Teil der „Volksstimme“ verantwortlich zeichnet, von der Person des Verfassers der inkriminierten „Schmupstaba!“-Notiz Kenntnis haben müsse. Das seine Blätchen zielte nun dahin, durch einen inquisitorischen Druck auf ihn mittels des Zeugniszwangsparagraphens der Strafprozessordnung den Täter zu ermitteln und den verfahrenen Anklagezarten also wieder flott zu machen. Als Zeuge vor den Untersuchungsrichter Haas geladen, wurde Geck sofort bereidigt und zunächst gefragt, ob einer der drei Angeeschuldigten der Verfasser der unter Anklage gestellten Notiz sei. Er verneinte diese Frage wahrheitsgemäß, erklärte aber dann, als er gefragt wurde, wer denn dann der Täter sei, mit Rücksicht auf das Verurteilte der Redaktion jede Auskunft in dieser Richtung verweigern zu müssen. Er hätte in seiner Eigenschaft als politischer Redakteur der „Volksstimme“, als er die Sache zur journalistischen Behandlung übernahm, von der Person des Verfassers in vertraulicher Weise Kenntnis erhalten und lehne es natürlich ab, davon irgend jemand Mitteilung zu machen. Der Untersuchungsrichter machte ihn auf die eventuellen — ihm natürlich bereits vorher bekannt gemessenen — Folgen seiner Zeugnisverweigerung aufmerksam und ließte, nachdem er bei seiner Weigerung blieb, an ihn das Ansuchen, einen moralischen Druck auf den Täter auszuüben, damit er sich selbst der Behörde

Stelle. Auch diese Rolle lehnte Sed natürlich ab mit der Begründung, daß — bei der ihm bekannten vornehmen Bestimmung des gefuchten Verfassers — dieser Weg im Effekt auf daselbe hinauslaufen würde wie die direkte Namensnennung, nämlich auf die Preisgabe des von ihm durch das Berufsgeheimnis zu Deckenden. Worauf ihm der Richter erklärte, er wolle ihm nun drei Tage Zeit geben, und behalte sich, falls Sed oder der Verfasser ihm innerhalb dieser Frist nicht zu Willen seien, weitere Schritte vor.

Das war am 18. März. Am 22. März erhielt Genosse Sed nun 1. eine Strafverfügung über 100 Mark wegen unerlaubter Zeugnisverweigerung und 2. eine Aufforderung, sich am Dienstag, den 26. März, dem Dienstag der Karwoche, zum Antritt der gegen ihn verfügten Haft zur Erzwängung des Zeugnisses bei „Vermeidung zwangsvoller Vorführung“ vormittags 11 Uhr im Amtsgefängnis zu stellen. Eine gegen diese letztere Verfügung sofort beim Landgericht eingelegte Beschwerde hatte den Erfolg, daß der Vollzug auf Grund des § 349 Absatz 2 der Strafprozessordnung vorläufig ausgesetzt wurde, so daß Sed wenigstens nicht gerade über die Osterfeiertage hinter schwedischen Gardinen sah, wie Herr Haas — seither in Mannheim allgemein der „Osterhaas“ genannt — es offenbar gewollt hätte. Nachdem das Landgericht (in anderer Besetzung wie bei der vorläufigen Vollzugsaussetzung) die Beschwerde aber verworfen hatte, mußte Sed nun am Mittwoch, den 10. April, die famose Zeugniszwangshaft antreten, da der unterdessen beim Oberlandesgericht in Karlsruhe eingelegten Beschwerde gegen die Entscheidung des Landgerichts keine aufschiebende Wirkung zukommt.

Die dem vertretenden Beschaid des Mannheimer Landgerichts beigegebene Begründung führt in ihrem wesentlichen prinzipiellen Teile aus, der von Sed beziehungsweise seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frank, geltend gemachten Pflicht der Wahrung des „sogenannten“ (!) Redaktionsgeheimnisses stehe eine höhere, nicht minder in der Moral begründete Verpflichtung gegenüber, nämlich die, „dem Staat in seinem Bemühen, den wirklichen Täter der Strafe entgegenzuführen, durch eine wahrheitsgemäße und vollständige Zeugenaussage zu unterstützen“. Wir glauben diese von keinerlei Kenntnis der modernen Pressverhältnisse und ihrer Bedürfnisse beeinflusste Auffassung des Mannheimer Landgerichts nicht wirkungsvoller ad absurdum führen zu können, als durch die wörtliche Wiedergabe der Ansichten, die in derselben Angelegenheit soeben an berufener Stelle ein deutscher Staatsanwalt geäußert hat, also ein Glied im Justizorganismus, das an der liberalen Interpretation der Strafprozessordnung nach seiner ganzen Stellung im Anklageverfahren gewiß weit weniger Interesse hat als das Gericht, dazu ein sächsischer Staatsanwalt, der einem badiſchen Gerichtshof gegenüber — bisher wenigstens! — doch wohl kaum als der liberalere Teil erscheinen konnte. In der jüngsten Nr. 7 des laufenden Jahrganges der hochangesehenen Fachzeitschrift „Deutsche Juristenzeitung“ (Herausgegeben von Prof. Laband-Strasburg, Birkh. Verh. Rat Dr. Damm, Oberlandesgerichtspräsident a. D., und Justizrat Helmig) wird in einem „Das Zeugniszwangsverfahren gegen die Presse“ überschriebenen Aufsatz des Dresdener Staatsanwaltes Dr. Wulffen einleitend dem Sinne nach das folgende ausgeführt:

„Die deutsche Strafprozessordnung stellt als maßgebende Gesichtspunkte für die Frage, in welchen Fällen eine Befreiung von der allgemeinen geschlichen Zeugnispflicht zugestanden werden könne, die Forderung auf, daß ein höheres, vom Staate gleichfalls zu schützendes Recht anzuerkennen sein müsse. So verzichte das Gesetz dem Verlobten, dem Ehegatten und gewissen Verwandten, dem Geistes-, dem Verteidiger und dem Arzt gegenüber auf den Zeugniszwang, weil ihm die Bande der Ehe und Blutsverwandtschaft, das religiöse Bedürfnis, das Recht und die physische Gesundheit der Bevölkerung höher ständen als die Erreichung des Untersuchungszweckes in einem konkreten Fall. Analog diesen Verhältnissen stehe der allgemeinen Zeugnispflicht — sagt Dr. Wulffen weiter — auch im Verurteilten das Recht ein höheres Recht gegenüber, das er wie folgt begründet:

„Die sittliche Evolution der Menschheit und eines Volkes beruht auf dem Prinzip des Fortschrittes. Jeder Fortschritt aber bricht mit einer bisherigen Anschauung. Der Staat, innerhalb dessen sich die sittliche Aufwärtsbewegung vollzieht, hat alle Kräfte, den Fortschritt als seinen eigenen Vorteil zu erklären und zu begünstigen. Für ihn ist das Prinzip des Fortschritts gegenüber der allgemeinen Zeugnispflicht zweifellos ein höheres Recht, welches der Anerkennung als solches bedarf. Es kann also sehr wohl ein Zeugnisverweigerungsrecht des Redakteurs usw. über die Person des Verfassers und Einverständnis eines in der Druckſchrift veröffentlichten Artikels, dessen Inhalt den Gegenstand einer Strafverfolgung bildet, begründet werden. Man kann einwenden, daß die anonyme Veröffentlichung in vielleicht nicht wenigen Fällen ein wertvolles sittliches Gut gar nicht in Schutz nimmt, ja, daß sie einen nicht sittlichen Zweck verfolgt, und daß dann der allgemeinen Zeugnispflicht ein höheres Recht gar nicht gegenübersteht. Dasselbe Bedenken für den konkreten Fall könnte aber auch von der Strafprozessordnung im Prinzip bereits anerkannten Befreiungen von der Zeugnispflicht entgegengehalten werden. In wie vielen Fällen würde der Zeugniszwang gegen den Angehörigen der Bande der Familie und der Blutsverwandtschaft gar nicht bestehen, weil diese Beziehungen seitens der Beschuldigten schon lange mit ihnen getrennt sind? Wie oft mag die Beichte einer Straftat ohne Gefühl der Reue und nur gewohnheitsmäßig, also ohne wahrhaftes religiöses Bedürfnis, erfolgen. Wenn sich der Beschuldigte oder der Verlebte in die Behandlung des Arztes begibt, werden sie meist gar nicht daran denken, daß der Arzt das Zeugnis verweigern darf. Wie oft werden also diese Maßnahmen des Staates einem Richterwürdigen zu teil werden! Gleichwohl erkennt der Gesetzgeber mit Recht die von uns dargelegten sittlichen Güter im Prinzip als die höheren an und läßt sich durch Berücksichtigung des Einzelfalles von seinem sittlichen Standpunkt nicht abbringen. Nicht anders liegt es bei dem Verhältnisse zwischen Redakteur und Verfasser bzw. Einleider. Das sittliche Prinzip ist gegenüber den konkreten Fällen unverrückbar gegeben. Das sittliche Prinzip allein vermag das Zeugnisverweigerungsrecht des Redakteurs usw. zu tragen, was es die übrigen Befreiungen von Zeugnis trägt. Der Gesetzgeber kann in Verfolgung sittlicher Grundsätze nicht deuteln und wählen. Es gibt nur eine unteilbare Sittlichkeit. Der Staat schädigt sich selbst, wenn er eine Differenzierung vornimmt. Er ist es aber, welcher seinen Angehörigen, auch der Presse, das sittliche Beispiel zu geben hat. Andererseits ist der gegen die Presse geübte Zeugniszwang meist tatsächlich erfolglos gewesen. So viel man hierauf auch auf Rechnung

einer gewissen Widerschlichkeit gegen die Behörden setzen will, so kann man doch ein Standesbewußtsein sowie die Achtung einer Berufspflicht und eines Verwandtschaftsverhältnisses als mitwirkende Faktoren keineswegs ausschließen.“

So weit Herr Dr. Wulffen! Uns scheint, daß der sächsische Staatsanwalt damit die Richter des „liberalen Vaterlandes“ durch verständnisvolles Einbringen in das Wesen der modernen Presse wie durch geistvoll-fortschrittliche Auslegung des Geistes unserer Strafprozessordnung tief beschämt hat.

Die russische Revolution.

Sozialdemokratische Interpellation.

Petersburg, 15. April. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der Reichsduma haben beschlossen, die Regierung wegen der Entsendung des Generals Laube nach Baku zur Untersuchung der Gründe des dortigen Ausstandes, der einen vollständig harmlosen Charakter habe, zu interpellieren, weil diese Entsendung eine Intervention der Regierung in wirtschaftliche Verhältnisse bedeute.

Eine gefährliche Agitation.

Helsingfors, 10. April. (Eig. Ber.)

Unter der russischen Garnison in Finnland findet eine gefährliche Agitation statt, aber keine von Unten, sondern eine von Oben: Neben berufsmäßigen Agitatoren sind namentlich auch Offiziere daran, den Soldaten beizubringen, das finnische Volk wolle alle Russen ermorden! Die Kasernen und die Offizierswohnungen seien im geheimen unterminiert und auf einen gegebenen Wink stößen sie in die Luft. Die überlebenden Offiziere wie auch die Soldaten würden ermordet und dergl. mehr. Da die russischen Soldaten der finnischen Sprache nicht mächtig sind, können sie sich mit dem Volke nicht unterhalten und sich keine Gewißheit darüber holen, wie es sich mit der „drohenden Gefahr“ verhält. Die Agitatoren haben es daher ziemlich leicht, ihren Plänen nachzugehen. Die ganze Sache wird in einer so ernstlichen Weise betrieben, daß die Soldaten leicht dazu zu bringen sind, sie zu glauben. Zum Beispiel bringt der Gendarm in Gegenwart der Mannschaft versteckte Papiere, die Kommandante öffnen sie und lesen aus eben angekommenen Dokumenten die Lügen als Tatsachen vor!

Scheinbar plant man einen einschneidenden Ueberfall, was durch einen Gott weiß wie provozierten Volksaufstand maskiert werden soll. Und die durch solche Lügen toll gemachten Soldaten glaubt man alsdann um so sicherer gegen das Volk zu führen.

Anlaß dazu mögen auch die „Boima“- (Kraft-) Gesellschaften gegeben haben, die in der letzten Zeit viel Staub aufgewirbelt haben. Neben der roten Garde der Arbeiter bildeten sich bekanntlich bürgerliche Selbstschutz-Organisationen; denn die Bourgeoisie ahnte sehr wohl, daß der russischen Regierung nicht zu trauen ist. Die „Boima“-Gesellschaften waren bestrahlt, sich mit Waffen und Munition zu versehen, was ihnen auch anscheinend gelang. Im Herbst 1906 wurden jedoch einige Waffentransporte konfisziert und Waffenverstecke entdeckt, und die Presse der Alt-Finnen übernahm die Angeberrolle. Sie nannte die sogenannten „Aktivisten“ an, ein gefährliches Spiel zu treiben; der Schutz des Landes müsse Sache der Regierung sein, das Volk dürfe sich nicht bewaffnen.

Der Generalgouverneur bekam den Auftrag, die Waffen und die „Boima“-Angelegenheit zu untersuchen, was zum Verbot dieser angeblichen Sportvereinigungen führte. Einige Polizeimeister wurden entlassen; man beschuldigt sie der Begünstigung der geheimen Waffentransporte.

Die russische Scharfmacherpresse nahm die Angelegenheit begierig auf, um wiederum zu zeigen, auf wie gefährlichen Bahnen Finnland wandle. Das Land ist voll Militär, alle wichtigen Punkte wimmeln von Soldaten, Kosaken und Spähern. In diesen Tagen sollen aber noch vier Regimenter aus Moskau nach Finnland übergeführt werden. Ob man vielleicht den längere Zeit in Finnland garnisonierenden Truppen nicht mehr ganz traut? —

Nach Lody.

Lody, 15. April. (B. L. W.) An verschiedenen Stellen der Stadt fanden Ueberfälle auf Arbeiter statt, bei denen zwei schwer, einer tödlich verwundet sind und ein vierter getötet worden ist. — Vormittags wurde ein Händler, als er aus seiner Bude herausging, von zwei ihm auslaundernden Personen überfallen und vor den Augen des Publikums erschossen; die Mörder entliefen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. April 1907.

Wer hilft den Arbeitern?

Die Sozialpolitik der bürgerlichen Parteien wandelt die widerständigsten Wege, und die Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Redner wird durch deren Geschrei nach gesetzgeberischen Repressalien gegen den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus am trefflichsten illustriert. Es offenbart sich darin die alte Reizung zu dem System, das mit Zuderbrot und Peitsche die Arbeiter in kapitalistischer Jagd halten will.

Die alte Lüge vom sozialdemokratischen Terrorismus wurde heute von unserem Genossen Horn-Sachsen in ihrer Häßlichkeit entlarvt. Derb kritisierte er, des öfteren von dem randalierenden Scharfmacher der Holzindustrie, dem Abgeordneten Pauli-Potsdam, unterbrochen, die Verhältnisse in der Glasindustrie, die Diktatur der Glasbarone und die die Arbeiter zu verzweifeltten Kämpfen treibende kapitalistische Unterdrückung. Die Ausführungen Horns fanden die beste Verstärkung durch die nachfolgende Rede des bekannten Scharfmachers v. Dirksen, der seine Unfähigkeit, wirtschaftliche Probleme objektiv zu betrachten, durch öde Anzuspungen der Sozialdemokratie zu verdecken sucht. Die durch den „Vorwärts“ sowie durch Bebel seinerzeit verfolgte verbiente Abstrafung dieses reaktionären Parlamentariers hat ihn in gelinde But versetzt. Mit bebender Erregung erging er sich in persönlichen Angriffen auf Bebel und Stadthagen; seine Expektorationen über guten Ton nahmen sich um so drohlicher aus, als er selbst die Manieren der Reichslügenverbändler belnahe übertraf.

Gegen Dirkens Blöde Scharfmachererei wandte sich der Staatssekretär Graf Posadowsky, der dem Herrn bezüglich des verlangten Justizhausgesetzes eine Absage erteilte. Indessen war es für den Minister der Sozialpolitik doch auffällig bezeichnend, daß er eine indirekte Aufforderung zur Demütigung von „sozialdemokratischen Terrorismusfällen“ aussprach! Diese Aufforderung zur Anzeige erhielt noch ein hüßliches Seitenstück in der Bemerkung des Staatssekretärs, daß gegen terroristische Vorkommnisse, die heute nicht gefast werden könnten, die beabsichtigte Strafprozessrevision helfen möge! — Es bestätigt sich also immer mehr, daß die amtliche Sozialpolitik sich nur im Rahmen der Absichten der kapitalistischen Mehrheit des Reichstags bewegt.

Daran wird nicht das mindeste geändert, wenn auch Wahlkreispolitiker, wie der nationalliberale Abgeordnete Junz einen partiatischen Ausbau des Koalitionsrechtes wünschen. Wie solche scheinliberalen Aeußerungen zu beurteilen sind, das ergab sich aus den Bemerkungen desselben Redners über den unlauteren Wettbewerb, die jeder rücksichtlose antisemitische Mittelstandspolitiker ebenso gut hätte machen können.

Ein neugeborener Arbeitervertreter aus den Reihen des Zentrums, der Abg. Schiffer, fand nicht den Beifall seiner Fraktionsgenossen, als er über den Terrorismus des Unternehmers sprach, der besonders in rücksichtigen Gebieten geübt werde. Auch aus den Reihen dieser „christlichen“ Arbeitervertreter geht hervor, daß den Arbeitern die bürgerlichen Parteien nicht helfen, den kapitalistischen Uebermut zu brechen, wenn die Arbeiter nicht selbst Hand anlegen und sich eine immer stärkere Vertretung in der Gesetzgebung schaffen.

In persönlichen Bemerkungen ließen die Genossen Stadthagen, Sue und Bebel dem Abgeordneten v. Dirksen die verdiente Züchtigung zuteil werden für seine Anrempelungen und Unwahrheiten.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt. —

Die höheren Lehrrufen.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Kulturbudgets bei der Generaldebatte über das Kapitel „höhere Lehranstalten“ fort. Kultusminister Dr. v. Studi, der augenscheinlich in seinem Amte so fest sitzt wie nur je, leitete die Verhandlungen mit einer längeren Vorlesung über die bevorstehende Reform des Mädchenschulwesens ein. Danach sollen künftig in den Mädchenschulen weniger Gefühl und Herz, als der Verband gebildet werden. Grammatik und Mathematik sollen so weit gelehrt werden, als es dem Kultusminister oder sagen wir, dem Geheimrat Börsch, möglich erscheint, ohne „die Reinheit des deutschen Mädchens“ zu gefährden! Doch die Religion nicht fehlen soll, versteht sich von selbst; immerhin scheint man sie den höheren Töchtern nun auch in geringeren Dosen verabreichen zu wollen, als den Töchtern des Volkes, denen die Religion weiter erhalten bleiben soll. In den Anstalten besteht dieses Verhältnis bekanntlich schon lange. An die Mädchenschulen sollen sich Lyceen anschließen, die weiche und mühsig gehende junge Mädchen zu ihrem künftigen Beruf als Hausfrau und Mutter“ vorbereiten, andererseits Studienanstalten, die sie in einem vierjährigen Kursus zum Universitätsbesuch reif machen sollen. Das verhältnismäßig liberale Programm wurde von den Parteien des Abgeordnetenhauses beifällig aufgenommen. Selbst der konserverbale Redner von Heydebrand machte vor der Frauenbewegung, die dem preussischen Konserverbismus endlich dieses Jugendschicksal abgerungen hat, seine Abertanz. Der Kultusminister konnte noch mitteilen, das Programm habe die Zustimmung der Sachverständigen bereits gefunden und liege jetzt dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vor. Es dürfte auf diesem Gebiete also etwas verhältnismäßig vernünftiges geschaffen werden — wohlgemerkt für die „höheren Töchter“!

Die weitere Debatte drohte sich um einen Antrag des freikonserverbaten Abgeordneten Dr. Krenzl zugunsten der Reform gymnasien. Danach sollen vernünftigerweise die höheren Anstalten mit gemeinsamen Unterbau gefördert werden, so daß die Schüler oder ihre Eltern sich erst in einer höheren Klasse zu entscheiden brauchen, ob sie den altprossischen Kursus oder den naturwissenschaftlich-mathematischen mitnehmen wollen. Der Antrag wurde vom konserverbaten Abgeordneten Dr. von Kessel lebhaft bekämpft. Der Herr begehrte sich für das humanistische Gymnasium, weil es den Gymnasialisten eine möglichst weltfremde, er sagte „ideale“, Bildung gibt. Dabei schätzte Herr von Kessel all die Schmerzen seiner nutzlos auf der Schulbank verbrachten Jugendjahre aus: Der Unterricht sei langweilig und öde, die Lehrer pedantisch und ohne jede Rücksicht auf die Individualität der Schüler oder die Schönheit des gelesenen Wortes, lediglich vom grammatikalischen Richtigkeitsstempel gepakt. Die Schüler, gelangweilt und unfähig, betrügen die Lehrer nach allen Richtungen.

Die Klagen des Herrn von Kessel sind gewiß nicht allzu übertrieben. Auf die Idee, daß die Lehrer keine Lust zum Unterricht haben, weil sie sich mit reichen Stroßbüßen abplagen müssen und daß diese Mutterböden schwindeln müssen, weil sie zu faul oder zu dumm zum Lernen sind, kam Herr von Kessel natürlich nicht. Die logische Schlussfolgerung zu ziehen, daß es erst besser werden kann, wenn man die Befähigten und nicht die reichsten Kinder in die höheren Schulen schickt, jagt natürlich im Dreifachenparlament auch niemand.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt; sie geht nur sehr langsam vorwärts. Beim Etat der Volksschulen arbeitete das Abgeordnetenhaus wesentlich rascher.

Schundliteratur.

Der Räuberroman von der „schwarzen Maske“, dem der 18jährige Waffe eronnen und der Volkst aufgetischt hat, wird vermutlich in der gesamten „guggefinnten“ Presse wieder eine Höhe gegen die Schundliteratur entstellen. Bezeichnenderweise sind es diesmal liberale Blätter, welche das Signal gegeben haben. Schon vor ein paar Tagen schrieb die „Berliner Zeitung am Mittag“:

„Jedenfalls ist der Kerl ein ebenso dummer wie gefährlicher Junge. Seine Tat ist eine getreue Kopie der Räubergeschichten, die jetzt unter dem Titel „Die Carter“, „Buffalo Bill“ usw. in lehrerweisiger in unser Volk hineingeführt werden. . . . Sucht man sich weiter in die psychologische Entstehungsgeschichte des vorliegenden gemein gefährlichen Substrats zu versehen, so drängt sich einem als möglicher Faktor unwillkürlich auch die Zeitungsdrück „Aus der russischen Revolution“ auf.“

Und das „Berliner Tageblatt“ verfuhr in seiner jüngsten Montagsausgabe den Bericht von Kuhes Dummerhungenphantasie mit der sensationellen Ueberschrift: „Gefahren der Schauerromane“.

Es trifft sich gut, daß die läppische Kindergeschichte zeitlich fast zusammenfällt mit der drakonischen Verurteilung des „Simplissimus“ wegen angeblichen Mißbrauchs der Satirefreiheit. Die „Germania“ schrieb dazu:

„Die Mißblatt-Literatur ist in einer traurigen Entartung begriffen. Nicht aus dem kapitalistischen Quell, aus dem Schlamm des Amselweins wird ihre Kräfte getränkt. Dagegen muß schäferlich alles, was noch gesundes Empfinden hat in Deutschland, rebellisch werden. Es ist nicht zu übersehen, welches sittliche Verderben durch die leichtfertige Handhabung der modernen Satire und Karikatur im Volke verbrottet wird. Und das sind noch die Blätter, welche ernst genommen sein wollen. Nun aber erst der ganz kometschwärzliche Schundliteratur, die hinterher kommt! In diesen fast nur von sexuellen Zweideutigkeiten ihren Bedarf deckenden Behauptungswesen wird tagtäglich eine solche zum Himmel reichende Last sittlichen Schmutzes in die Seelen geworfen, daß alle städtischen Reinigungsolonnen dagegen wehrlos wären, wenn er offen auf der Straße zu sehen wäre.“

Nach diesen Pröbchen kann man sich vorstellen, was für eine Sorte „geistigen Sammel“ demnach wieder loßbrechen wird.

Kun ist es nicht unsere Absicht, den „Simplizismus“ gegen das Gekräpfe literarischer Impotenz zu verteidigen. Auch wollen wir nicht den naiven Übergläubigen bekämpfen, als wenn Verböhrchen, geistige Verwöhrung und sittliche Verwöhrung aus der Letztere minderwertiger Schriften entstehen könnten. Unser Lesepublikum ist glücklicherweise, dank seiner sozialdemokratischen Schulung gebildet genug, um die Verwöhrung von Urkräpfe und Wirkung sofort zu durchschauen. Nicht weil schlechte Schriften verbreitet werden, entsteht Unkultur, sondern weil Unkultur vorhanden ist, deshalb finden schlechte Schriften Verbreitung.

Was uns dagegen eines besonderen Interesses wert erscheint, das ist das Problem, das der Schundliteratur in Wirklichkeit zugrunde liegt. Sieht man nämlich ab von dem Gekräpfe der Geschichteten und Geschorenen gegen die trefflichere Satire ab, die sie nur deshalb hassen, weil sie eine wirksame Waffe gegen ihre dunklen Bestrebungen ist, so bleibt immerhin die Tatsache übrig, daß es eine Schundliteratur gibt. Wir denken dabei weniger an die Räuber- und Indianergeschichten, — die haben wir alle in unserer Jugend gelesen, und wenn es auch sicher besser ist, sie durch eine gute und gewählte Jugendliteratur zu ersetzen, so soll man doch andererseits nicht mit Kanonen nach Spazien schießen und so tun, als ob es ein fürchterliches Verbrechen wäre, wenn ein 17jähriger Junge sich in die Rolle eines Indianerkapitänlings hineinfantasiert. Freilich, wollen wir nicht verschweigen, daß diese Sorte „Literatur“ sehr fogar auf einem noch viel tieferen Niveau zu stehen scheint als vor 25 Jahren. Das zeigen schon die geradezu greulichen Bilder, mit denen diese Bücher in jedem Papierladen ausgelegt sind. Von solchen Vermühtungen des Geschmacks sind wir in unserer Jugend immerhin verschont geblieben. Wenn wir von Schundliteratur sprechen, so schwebt uns vielmehr in erster Reihe jener „Kometenschein“ von sogenannten „Witzblättern“ vor, welche die „Germania“ in ihren oben zitierten Worten keineswegs unzutreffend gekennzeichnet hat. Man tritt z. B. in einen Barbierladen, und um sich die Zeit des Wartens zu vertreiben, greift man zu einem der an der Wand hängenden Blätter. Zufällig trifft unsere Hand, sagen wir mal, „Das kleine Witzblatt“. Wir schlagen es auf und was finden wir da? Nicht einmal Zweidentigkeiten, sondern ganz einfache geschlechtliche Schweinereien! Keine Spur von Geist, keine Spur von Witz, nichts von Satire, von Kunst ganz zu schweigen! Erschaunt lesen wir, wie an eine geistlose Perle die zweite sich reiht und so weiter. Der ganze angebliche „Witz“ besteht eben nur im Wieder-schreiben von Worten und Vorgängen, die einen anständigen Menschen abstoßen. Wie kann ein solches Blatt bestehen? Wer liebt solches Zeug? Wer findet Gefallen daran? Das ist die Frage, die sich uns aufdrängt. Und was erwidert uns darauf der Barbier? „Der Händler kommt alle Woche, es kostet nur 6 Pfennig, und es wird sehr viel gelesen!“ Und in der Tat, einmal aufmerksam gemacht, beobachten wir bald, daß sehr viele, ja fast alle Besucher des Ladens sich mit breitem Behagen an dieser und ähnlicher geistlosen Lektüre ergötzen.

Das ist das Problem! Nur durch seine richtige Erkenntnis kann man auch den Weg der Lösung finden. „Germania“, „Der Berliner Tagelatz“ und ihre Geistesverwandten wissen natürlich weiter keine Hilfe als nach der Polizei zu schreien. Aber kann die Polizei die Grenze ziehen, wo die Kunst aufhört und der Schund anfängt? Der einzige Erfolg wäre nur, daß die echte Satire drangsalariert wird, der Schund dagegen auf geheimen Wegen vielleicht noch mehr Absatz findet — so lange es Liebhaber für Schund gibt.

Wie entsetzlich arm im Geiste müssen doch diejenigen sein, die an solchem Schund Gefallen finden! Wer trägt die Schuld an ihrer geistigen Verlotterung und Verwöhrung?

Sobald wir aber so die Frage stellen, ergibt sich die Antwort von selbst. Nur ist es eine Antwort, welche die Herren von der „Germania“ und vom „Berliner Tagelatz“ usw. nicht gern hören mögen. Wer sorgt denn dafür, daß unsere Schule so entsetzlich wenig leidet? Wer verlottert unser ganzes Erziehungswesen? Wer hat — um nur an die jüngste Vergangenheit zu erinnern — durch blutrünstige Hottentottenbilder, die in Ansehung des guten Geschmacks wie der sittlichen Verwöhrung genau auf derselben Stufe mit der übrigen Schundliteratur rangieren — wer hat durch solche Bilder die widerwärtigsten Instinkte für seine Parteizwecke mobil gemacht? Wer hat uns im vorigen Jahr die Schulverfassung gebracht? Wer hat vor kaum 14 Tagen den Charlottenburger Kindergarten geschlossen, um die Erziehung selbständiger Charaktere zu unterdrücken? Mit einem Wort, wer hat unser Erziehungswesen so eingerichtet, daß einem Teil der Volksmassen jede wahre Bildung, jede geistige Vertiefung, jedes künstlerische Verständnis verschlossen bleibt? Der Klassenstaat hat es getan, der Staat, den das „Berliner Tagelatz“ ebenso wie die „Germania“ erhalten will. Und er hat es tun müssen, weil Bildung frei macht, weil die Unterdrückung des Charakters, die er notwendigerweise anstreben muß, damit die Arbeiter Ausbeutungssobjekte des Kapitals bleiben, nur Hand in Hand mit der Unterdrückung wahrer Bildung erreicht werden kann.

Charakterium ist es also, wenn dieselben Leute, die durch ihre politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen die Masse des Volkes gewaltig in dumpfer Geistesnotdüsternis halten, hinterher über Verwöhrung und Verwöhrung zetern. Kein Polizeiknüppel wird die Schundliteratur vernichten. Dieser Drache wird nur erlegt werden durch die Veredlung der Massen.

Der Abzug der Regierung Smet de Naeyer.

Brüssel, 12. April. (Sig. Ber.)

Freitag endlich, einen Tag nach der letzten schmählichen Niederlage der Regierung, hat der Ministerpräsident der Kammer die Demission des Gesamtministeriums unterbreitet. Die Regierung motivierte ihren Schritt mit der Abstimmung über das Amendement Weernaert, die ihr die Ueberzeugung gebracht habe, daß sie nicht mehr das Vertrauen der Majorität besitze. Die schöne Geste kam ein wenig spät, zu spät, als daß ihr ein Mensch Glauben schenken würde. Das „Vertrauen der Majorität“ zu dieser Regierung ist schon längst eine quantitas negligible, und der Kammer, in die Minorität zu kommen, hat sie wirklich etwas spät ersehnt. Die Wahrheit — eine vor der ganzen Öffentlichkeit eingeständene Wahrheit — ist, daß die Regierung es vorzog, lieber heute über das Amendement Weernaert zu fallen, als morgen über die Kongressfrage, in der sie als Sprachrohr und treue Dienerin des königlichen Willens bestellt war, den durchzuführen sie aber beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht mehr die Macht hat. So ist die Krise wohl über dem Konflikt mit der Rechten angebrochen, aber worüber Herr Smet de Naeyer fällt, das ist der Konflikt mit dem König.

Das Ministerium selbst sieht alle Welt ohne Klage ziehen, und außer dem eigenen Bedauern wird über seinen Abzug wohl nirgends ein aufzubringen sein — außer natürlich beim König, dem es im selben Maße gedient, wie es den Parlamentarismus entwürdigt hat. Und wie diesem Ministerium jede Würde in

politischer Beziehung, aber auch jeder größere Zug und jeder Anflug von Eigenart mangelte, so zeigte es sich auch in sozialer Beziehung fast immer als ein reaktionäres, altmodisches Element im Parlamente, und den belgischen Arbeitern hat diese Regierung als verständnislose und gebärgige Gegnerin des Achtsundentages eine spezielle Erinnerung zurückgelassen.

Eine am Sonnabend im „Journal officiel“ veröffentlichte offiziöse Note teilte mit, daß den Präsidenten der beiden Kammern eine vom 11. d. M. datierte königliche Verordnung zugestellt worden sei, durch welche der Gesetzentwurf betreffend die Bergwerksarbeit zurückgezogen wird! Da eine Untersuchungskommission zur Feststellung etwaiger Mißbräuche eingesetzt worden sei, habe die Regierung den Gesetzentwurf nicht länger aufrechterhalten wollen, in den Bestimmungen eingeführt worden seien, die ihn vom allgemeinen Standpunkt aus für die Regierung unannehmbar zu machen schienen.

Dazu wird telegraphiert: Brüssel, 14. April. (W. L. B.) In sozialistischen Kreisen beabsichtigt man, Protestkundgebungen gegen die Zurückziehung des Gesetzentwurfs betr. die Bergwerksarbeit zu veranstalten. Bei einer in dem Kohlenbecken von Lüttich und dem Zentrum über die Frage des achtstündigen Arbeitstages veranstalteten Abstimmung wurden 2000 Stimmen mit „Ja“ und 210 mit „Nein“ abgegeben; 400 Stimmzettel waren unbeschrieben.

Brüssel, 18. April. Die Zurücknahme des Gesetzentwurfes betreffend die Kohlengruben hat in der gesamten Presse große Aufregung verursacht. In liberalen sowie in sozialistischen Kreisen herrscht allgemein die Ansicht, daß eine Auflösung der Kammer unvermeidlich ist. Offen wird die Ansicht ausgesprochen, daß der König einen Staatsstreich ausgeführt habe und daß eine ernste Krise ausbrechen werde. —

Deutsches Reich.

Valentins Nachfolger.

Die Parteien des sogenannten nationalen Blocks empfinden es schmerzhaft, daß voraussichtlich die erste Reichstagsession nach der neuen Paarung zu Ende gehen wird, ohne daß irgend etwas Remmendwertes aus dem Zeugungstrieb der Beteiligten entsprossen wäre. Als sie die Erbschaft des aufgelösten Reichstages übernahmen, verließ ihre Presse eine neue Periode großer, fruchtbringender Arbeit; und nun ist das Ergebnis noch weit geringer, als in früheren Sessionen. In dieser Verlegenheit sind die liberalen Blätter darauf verfallen, für die Impotenz des Blocks die angebliche Schwäche der sozialdemokratischen Redner und der Zentrumsfraktion verantwortlich zu machen. Zentrum und Sozialdemokratie hätten, so wird in verschiedenen liberalen Zeitungen erzählt, einen Pakt geschlossen, um die Staatsberatungen zu verschleppen und die Blockparteien in ihrer Arbeitsfähigkeit zu hindern. Welche Begraden damit, die Regierung und die Block-Mehrheit zu ärgern. Sie wollten den Block provozieren, gemeinschaftlich gegen Schwarzrot vorzugehen, in der stillen Hoffnung, daß im Block sich hierbei Meinungsverschiedenheiten ergeben und so das Einvernehmen der Blockparteien gestört würde. Die Blockparteien hätten jedoch dafür Sorge getragen, daß die schwarz-roten Räume nicht in den Himmel wachsen. Sie wählten darauf achten, daß sie stets über die Mehrheit gebieten, um den Kaffeklatsch zu rechter Zeit zu unterbinden. Wenn also Zentrum und Sozialdemokratie durch unnützes Reden die positive Arbeitsleistung des Reichstages schädigen und Obstruktion treiben wollten, so würde die Mehrheit jedesmal nach Erledigung der ersten Rednergarnitur noch einige Redner der Mehrheit zu Wort kommen lassen und sodann einen Schlußantrag annehmen, der den „Blauweizen“ der „Schwarz-roten Waffenbrüderschaft“ das Konzept verderbe.

Die Blockparteien wollen also in Ermangelung anderer „positiver“ Arbeitsleistungen die Tätigkeit des Herrn Valentini wieder aufnehmen, jenes Abgeordneten, dessen positive Arbeit im Reichstage sich auf das Stellen von Schlußanträgen beschränkte. Natürlich ist die Erzählung von dem zwischen Sozialdemokratie und Zentrum abgeschlossenen Pakt nichts als eine Fabel, eine Verlegenheitslegende, bestimmt die eigene Schwäche zu überkleistern. Deshalb wird auch selbst das Stellen Duzender von Schlußanträgen die Leistungsfähigkeit des Blocks nicht steigern. Seine Schwäche liegt nicht im Zeit- und Gelegenheitsmangel zu positiver Arbeit, sondern in seiner bunten Zusammensetzung. Er kann deshalb keine über das Fortwursteln hinausreichende bedeutsame Arbeit leisten, weil sich bei jeder wichtigen, größeren Vorlage sofort im Schoße seiner einzelnen Bruchteile Meinungsverschiedenheiten und Meinungsstreitigkeiten ergehen würden. —

Die neue Klauschou-Denkschrift.

Die kolonial-Denkschriften der Regierung werden unter dem Dornburg-Kurs immer eigenartiger. Die neueste Klauschou-Denkschrift erscheint nur in einer Art Luxusausgabe, die nur in beschränkter Zahl verbreitet wird. Die Herstellungskosten dieser Denkschrift sollen so bedeutend sein, daß sie in keiner größeren Auflage vervielfältigt werden kann. Die Presse ist infolgedessen einseitig auf Auszüge der „Nordd. Allgem. Btg.“ angewiesen, die in ihrer Zusammenstellung so gut wie keinen Wert haben. Es wird darin mitgeteilt, daß sich die Einnahmen des Schutzgebietes von einer Million auf 1 370 000 Mark erhöht haben, daß der Wert des Handels um 7 Millionen Mark gestiegen ist, daß der Schiffsverkehr sich um 50 000 Tonnen gehoben hat, daß die Frequenz der Schantung-Eisenbahn gewachsen ist usw. Angaben darüber, aus welchen Verkehrsländern der Handel, der hauptsächlich im Durchgangshandel nach dem Hinterlande besteht, stammt, werden nicht gemacht. In früheren Denkschriften waren diese Angaben enthalten; in den letzten Jahren jedoch vermied man derartige Anhaltspunkte. Und doch kommt es gerade darauf an, ob der Handelsverkehr aus japanischen, chinesischen, amerikanischen Erzeugnissen besteht, oder aber ob Deutschland einen erheblichen Anteil an dem Handel hat. Es scheint indes, als ob der deutsche Handel mit und über Klauschou so minimal sei, daß die Denkschrift sich scheut, die betreffenden Biffern mitzuteilen. Sollte das aber der Fall sein, so verlor die ohnehin nicht beträchtliche Entwicklung des Handels für Deutschland jeden Wert, denn Deutschland vermag doch nicht jährlich seine zehn und mehr Millionen für Klauschou, nur um dem japanischen und sonstigen Handel einen günstigen Verkehrswege erschlossen zu haben! Die Regierung sollte also, statt ihre Denkschriften in Gestalt von kostspieligen Luxusausgaben unter Ausschluß der Öffentlichkeit herzustellen, mehr Gewicht darauf legen, die gerade die deutschen Steuerzahler interessierenden statistischen Mitteilungen mit gebotener Gründlichkeit zu machen. Auf die botanischen oder malerischen Photographien kann gerne verzichtet werden! —

„Mauerkrach am Zentrumsturm“.

Johannes Fasangel, der frühere Reichstagsabgeordnete von Arnheim-Depe-Reschde, kommt in seinem „Waldschiffen

Waldschiffen“ in mehreren Artikeln mit dem Zentrum ab, das ihm schände aus seinem bisherigen Wahlkreise hinausbugliert und an seine Stelle einen Arbeitervertreter gesetzt hat. Man versteht es, daß Fasangel deshalb auf die Arbeitervertreter seiner Partei nicht gut zu sprechen ist. Früher, so schreibt er, waren die christlichen Arbeiter noch von dem größten Vertrauen zum Zentrum und seinen Führern erfüllt; damals war noch nicht das Wort geprägt, daß die Arbeiter ihre Angelegenheiten am besten selbst besorgen. In dieser Beziehung sei jetzt ein Umschwung eingetreten, der vielleicht für die Existenz des Zentrums verhängnisvoll werden könne, auf jeden Fall aber das geistige Niveau der Fraktion herunterbrücken müsse. Wenn einmal die Spahn, Gredde, Gerling, Schäbler, Savigny usw. vom politischen Schauplatz abgetreten sein werden, wird man ein Zentrum mit Erzberger, Wiesberts, Schiffer und Genossen haben.

Fasangel schreibt die Schuld an dieser Erscheinung dem Wirken des katholischen Volksvereins in M. Gladbach zu, aus dessen Schule diese Gewerkschaftsbeamten und Arbeitervertreter hervorgegangen, deren Hauptaufgabe darin bestehe, die Arbeiter um sich zu sammeln, Mißtrauen zu säen und die Parteileitung in ihre Hand zu bringen. Davor fürchtet Fasangel das Zentrum. Es unterliege keinem Zweifel, daß die untreuen Elemente, mit denen M. Gladbach das katholische Deutschland übersäemt, mit der Zeit eine ernste Gefahr für das Zentrum werden. Wer mit den inneren Vorgängen in der Zentrumsfraktion bekannt sei, wisse, daß bei verschiedenen Gelegenheiten das Verhalten des einen Wiesberts für die Fraktion außerordentlich peinlich war; da könne man gespannt sein, was die übrigen Pflegsöhne des katholischen Volksvereins, die sich natürlich bei ihren Wählern gehörig in Respekt setzen wollen, noch alles anrichten. „Wir wissen uns“, schließt Fasangel, „mit den besten und erfahrensten Führern des Zentrums in vollster Uebereinstimmung, wenn wir sagen, daß hier ein böses Stück Mauerkrach am Zentrumsturm zutage tritt. Die Erfahrung wird uns recht geben.“

In einem besonderen Artikel in der Sonnabendnummer seiner Zeitung kommt Fasangel noch einmal auf die „Arbeitervertreter“ seiner Partei zu sprechen. Er redet dort von „Arbeiterbeglückern“, die mit unerlösten und unerfüllbaren Versprechungen die Wege der Lichter der Arbeiter gewissenlos steigern, sie mit Mißtrauen nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen die ihnen nahestehenden politischen Parteien erfüllte. Diese Leute, so schreibt Fasangel, ständen nicht ohne Grund in dem Verdacht, daß sie es angenehmer finden, als Beamte von Arbeitergrößen zu leben, als selbst schwere körperliche Arbeit zu verrichten.“ Zum Schluß wendet sich Fasangel mit besonderem Eifer gegen die Anschauung, daß Arbeiter ihre Interessen parlamentarisch am besten vertreten könnten; das gerade Gegenteil sei der Fall: „Die Treibhauspflanzungen, die sich nach einem Kursus von sechs Wochen bis zwei Monaten auf der bekannten Galopp-Universität für befähigt halten, als Gescheher im Deutschen Reich zu figurieren, imponieren uns in keiner Weise und wir werden uns kaum jemals dazu verstehen, daß das Zentrum durch solche „Kräfte“ verhärtet wird.“

Man würde schlagern, wenn man in alle dem nichts als den Ausfluß der Verärgerung des ehemaligen Zentrumsgesandten darüber sehen wollte, daß er in seinem bisherigen Wahlkreise einem der Gladbacher Röglinge hat weichen müssen. Fasangel spricht hier aus, was zahlreiche Zentrumsteute von Einfluß denken, aber aus Rücksicht auf das ultramontane Arbeitererfolge nicht zu sagen wagen. Die „Arbeitervertreter“ im Zentrum werden als notwendiges Uebel geduldet, aber über die traurige Rolle, die sie in der Gesellschaft der Grafen, Prälaten und Abolaten der Partei spielen, läßt sich kein Einklagendes täuschen. In dieser Hinsicht genügt die Tatsache, daß ein Angehöriger und bisheriger Abgeordneter der eigenen Partei sie als „unreife Elemente“, als eigenständige Streber und Spekulanten auf Arbeitergrößen verdächtigen und, unter Berufung auf die „Besten und berufensten Führer des Zentrums“, als Parteiverderber bezeichnen darf. —

Die Zeugnisföller in Kulmbach.

Zu der von uns bereits gemeldeten Anwendung der Zeugnisföller zu Kulmbach gegen den Genossen Schlegel wird und geschrieben:

In der feuchtschweißigen Vierstadt Kulmbach wird seit einiger Zeit ein schändlicher Kampf gegen die Arbeiterbewegung geführt. Der Ort hat eine große Brauereindustrie, auch die Textilindustrie ist stark vertreten; in den Betrieben herrschen vielfach noch sehr rückständige Verhältnisse. Nun fangen aber auch diese Arbeiter an zum Klassenbewußtsein zu erwachen, was die Unternehmer mit großem Mißbehagen bemerken. Deshalb sind sie eifrig bestrebt, die vorwärtstrebende Bewegung mit allen Mitteln einzudämmen, wobei ihnen die Behörden hilfreiche Hand leisten, allen voran der Bürgermeister Fleck, der es sogar unternommen hat, amtliche Verträge über die Mittelbeerdigungen der Brauereiarbeiter dem Unternehmerverbande zur Einsichtnahme zu überlassen, und den Rat fand, dieses Vorgehen damit zu begründen, daß er nur im Interesse der Arbeiter handle und dem sozialen Frieden diene wolle. Gegenüber jeder öffentlichen Kritik, die an dieser Art Klämpfung der Arbeiterbewegung geübt wird, ist man sehr empfindlich, sofort sind die Herrschaften mit einer Klage bei der Hand. Das Schöffengericht Kulmbach ist in letzter Zeit durch mehrere exemplarische Urteile gegen Arbeiterführer bekannt geworden. Es verurteilte unter anderem zweimal den verantwortlichen Redakteur der „Frankl. Volkstribüne“, Genossen Paul Schlegel-Kulmbach, zu Gefängnis, einmal wegen Verleumdung der Kulmbacher Brauereibesitzer und das andere Mal wegen Verleumdung des Spinnereidirektors Hornschuh. In beiden Fällen hob das Landgericht Bayreuth das Urteil auf und erkannte auf Geldstrafen. Der Fall Hornschuh hat jetzt dazu geführt, daß das Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur Schlegel in Anwendung gebracht wurde. Die ganze Verleumdung bestand darin, daß in der „Volkstribüne“ berichtet wurde, H. habe seine Arbeiter auf die Rürnbergger Landesausstellung geschickt, es aber verstanden, die dadurch entstandenen Kosten durch vermehrte Ueberstundenarbeit wieder einzubringen. Hornschuh ärgerte sich darüber, daß Schlegel dem Urteile entschlüpfte, deshalb suchte er auch den Verfasser des betreffenden Artikels herauszubringen und dazu sollte ihm Schlegel behilflich sein. Als Verfasser verurteilte man den Parteivorstandigen Genossen Goller in Kulmbach, gegen den H. kurzerhand ein Verfahren anstrengen ließ. Zur Verhandlung, die am Dienstag stattfand, ließ man den Genossen Schlegel laden und verlangte von ihm die Bekanntgabe des Namens des Verfassers. Schlegel weigerte sich natürlich entschieden, zum ehrlosen Verdräer zu werden, worauf er zu 150 M. Geldstrafe verurteilt und sofort in Zeugniszwangshaft genommen wurde. Beim Landgericht Bayreuth wurde telegraphisch Beschwerde eingelegt. —

Der Journalisten- und Schriftstellerverein Nürnberg's sah am Sonnabend anlässlich der Verhängung der Zeugniszwangshaft in Mannheim und Kulmbach eine Resolution gegen die Erzwingung von Aussagen, die einen Vertrauensmißbrauch bedeuten.

Dienstreifige Unteroffiziere. Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 15. April: Der Sergeant Schulze vom Infanterie-

Regiment Nr. 88 in Dessau hatte eines Tages seine Korporalkraft auf dem Korridor aufstellen lassen, um die Anzüge zu mustern. Da der Musikdirektor Hennicke Koppel etwas zu weit war, packte dieser Vorgesetzte den Mann an die Brust, ließ ihn zurück und versetzte ihm dann noch mit dem Gewehrkolben einen Stoß vor die Brust, daß der Geführte gegen einen Schrank slog und bitter weinte. Hennicke meldete sich krank und bekam eine Lungenentzündung. Der Sergeant, der nun wegen seiner Rohheit vor dem Kriegsgericht der 8. Division angeklagt war und bereits wegen einer ähnlichen Tat mit 14 Tagen Arrest bestraft ist, will im Dienstleister gehandelt haben. Der Ankläger meinte, so wie Schulze dürfte kein preußischer Unteroffizierhandeln, und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht nahm aber nur einen minder schweren Fall als vorliegend an und ahndete die Rohheit mit vier Wochen Mittelarrest.

Gleichfalls minder schwer und ebenfalls im Dienstleister gehandelt haben will der Unteroffizier Dreher vom Regiment Nr. 88 in Halle. Er hatte dem Rekruten Kellermann, der keine Zeit gehabt, seinen Kof zu waschen, zwei kräftige Ohrfeigen appliziert und dem Mann mit den Handknöcheln derartig am Kunde gerieben, daß sich das Nahnsfleisch entzündete und der Wundwunde sich krank melden mußte. Dreher wurde mit zehn Tagen Mittelarrest bestraft. Militärstrafgesetz!

Vertagung des Reichstages? Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Regierung, um den Parteien des „nationalen“ Blocks Gelegenheit zu positiver Arbeit zu bieten, den Reichstag nach Ablauf der gegenwärtigen Session nicht zu schließen, sondern ihm noch schnell einige ältere gesetzgeberische Aufgaben vorzulegen und ihn dann bis zum November zu vertagen.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses beschloß, dem Hause zu empfehlen, von der in dem Urteil gegen mehrere sozialdemokratische Redakteure wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses ausgesprochenen Publikationsbefugnis Gebrauch zu machen.

Ausland.

Schweiz.

Abst. Verbot.

Genf, 14. April. Bei der kantonalen Volksabstimmung wurde das Gesetz, welches den Kleinverkauf von Abstinenz im ganzen Kanton verbietet, mit 7895 gegen 7173 Stimmen angenommen. (729 Stimmen Majorität.) Das Abstinenz-Verbot erstreckt sich nunmehr auf die beiden Kantone Waadt und Genf.

Italien.

Ein sozialistischer Sieg.

Am Sonntag fand in Florenz III eine Erziehungswahl statt. Genosse Pescetti siegte, wie uns eine Privatdepesche mitteilt, mit 3190 gegen 2750 Stimmen, trotzdem die Merikalen sich stark zugunsten des Regierungskandidaten beteiligten.

Der Wahlkreis Florenz III, der zwei Legislaturperioden hindurch von der sozialistischen Partei besetzt wurde, ging ihr bei den Wahlen 1904 in der Stichwahl verloren. Pescetti erhielt damals im ersten Wahlgang 2137, im zweiten 2523 Stimmen, gegen 2219 und 2608, die der konservative Segner Pucci erhielt.

Gewerkschaftliches.

Reichsverbandsmannern im wirtschaftlichen Kampfe scheinen jetzt die Unternehmer und die ihre Interessen vertretende gelbe Ordnungspresse anzuwenden zu wollen. Nachdem die national liberale „Dresdner Zeitung“, das Organ der Herren Heinze und Stresemann, bisher schon in der schamlosesten und unverfrorensten Weise über den Konflikt bei der Firma Seidel u. Raumann berichtet haben, werfen sie sich nun auch noch auf das Gebiet der persönlichen Verleumdungen der Beamten des Metallarbeiter-Verbandes und der von der Firma gemahregelten Arbeiter. So veröffentlichten sie vor einigen Tagen einen angeblichen Brief von Angehörigen der Selben Gewerkschaft, in dem dem Bezirksleiter Gaack sowie dem Bevollmächtigten der Dresdener Metallarbeiter, Veinkämper, nachgelagt wurde, sie hätten den Streik aus persönlichen Rachegehrungen inszeniert, sie stachelten die Vertrauensmänner des Verbandes der bei der Firma beschäftigten Arbeiter in geheimen Zusammenkünften auf, in der Fabrik und Kneipe tüchtig zu wühlen, um die Leute unzufrieden zu machen. Da wird von großen Ansammlungen vor dem Betriebe gelogen. Aber allem wurde die Krone aufgesetzt durch die Notiz in der Sonntagsnummer, wo der von der Firma gemahregelte Metallarbeiter Ungerade unter voller Namensnennung als unbrauchbar und als Trinker hingestellt wird, weshalb er entlassen sei. Dabei ist U. entlassen, d. h. gemahregelt worden, weil er in der Betriebskrankenkasse die Interessen der Versicherten wahrnahm. Er war über zehn Jahre bei der Firma tätig und ist ein durchaus solider Mensch, der überhaupt nicht trinkt. Die drei so schwer in der „liberalen“ „Dresdner Zeitung“ Verleumdungen wollen dem Kapitalistenorgan Gelegenheit geben, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen, um diesem Beginnen, die Reichsverbandsspraxis auf den wirtschaftlichen Kampf zu übertragen nach dem Motto: „Verleumde nur kühn darauf los, etwas bleibt schon hängen!“ gleich von vornherein einen Riegel vorzuschieben.

Berlin und Umgegend.

Zur Klempner-Bewegung.

Die Klempnermeister haben das dringende Bedürfnis, unter sachgemäßer Leitung des Herrn Rechtsanwält Blaskauer sich im Schleifsteinreden zu üben. Die Innungs-Generalversammlung hatte sich gestern Abend mit dem bekannten Konflikt wegen Abrechnung der beiden bisherigen Schlichtungskommissionsmitglieder Cohen und Weigel zu befassen. Die Herren Scharfmacher unter den Arbeitgebern konnten es sich nicht verkneifen, ihrem Haß gegen die „Genossen“ von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, sowie gegen den Tarif überhaupt kräftigen Ausdruck zu geben.

Trotzdem erregte es das Entsetzen des gesamten Vorstandes, als ein Herr Wischke unter heifälligen Gelächter der Anwesenden christlichweise erklärte: „Meine Herren, seien wir doch mal offenerzig. An dem Tarif ist uns gar nichts gelegen; im Grunde haben wir ihn doch alle schon gebrochen.“ Der Obermeister Berger versuchte, dem ehrlichen Erguß dieser schönen Seele dadurch entgegenzutreten, daß er den „Vorwärts“ an die Wand malte — „Meine Herren, wenn das, was Kollege Wischke eben gesagt hat, morgen im „Vorwärts“ steht, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn man uns vorwirft, daß wir den geforderten Lohn nicht zahlen wollen.“ — Es wurden denn auch Klageklieber darüber angestimmt, daß die Arbeiter den Tarif brechen wollen. (Darum haben die Arbeitgeber den Konflikt heraufbeschworen?)

Es wurde zuguterletzt ein Antrag Bussse angenommen, der besagt, daß die Meister abzuwarten hätten, was sich aus der Sache entwickeln würde.

Belont wurde, daß sich jetzt eventuell Gelegenheit biete, den Tarif zu umgehen; die Arbeitnehmer aber seien durch Beschreitung des Klageweges zu zwingen, eine neue Schlichtungskommission zu wählen. Wo die Klempnergegenseiten die Weisheit hernehmen, sei ihre Sache. Anerkannt wurde ja, daß der Obmann der Arbeitnehmer sehr viel Arbeit veräumen müsse, in Arbeit wollte ihn aber selbst der Antrag begründen nicht.

Die Klempner werden also auf der Hut sein müssen, um den Wackinationen der Scharfmacher im Beruf gewappnet entgegenzutreten zu können.

Achtung, Metallarbeiter!

Wegen Differenzen sind folgende Orte für die betreffenden Kollegen gesperrt: Darmstadt für Installateure (Klempner, Rohrleger, Elektromonteur), Erfurt für Metalldräher, Hamburg, Altona und Wandsbeck für alle im Heizungsfach beschäftigten Kollegen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zur Tarifbewegung im Baugewerbe.

Der Zentralverband der Zimmerer hielt am Sonntagvormittag in der „Alhambra“ eine Delegiertenversammlung der Zahlstelle Berlin und Umgegend ab, um über den Vorschlag des Verbandes der Baugeschäfte, auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten, endgültig zu beraten und zu beschließen. Im voraus war die Angelegenheit schon in allen Bezirken gründlich erörtert worden, und sämtliche Bezirksleitungen hatten sich fast einstimmig für Aufrechterhaltung der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung erklärt. Der Vorsitzende Witt gab nun der Versammlung nochmals sachlich Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Daran schloß sich eine kurze Debatte. Sodann beschloßen die Delegierten einstimmig, das Verlangen der Unternehmer abzulehnen und auf Verkürzung der Arbeitszeit zu bestehen. — Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der alte Vertrag fortbesteht, solange er nicht von einer der Parteien schriftlich für aufgehoben erklärt wird. Keinerlei Schritte sollen unternommen werden, bevor nicht ein Beschluß der maßgebenden Körperschaften vorliegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Genossen Auer von den Plätzen erhoben und in gleicher Weise das Andenken ihres Kameraden Emil Schulze geehrt, der sein Leben bei einem Bauunfall einbüßte.

Die Leitergerüstbauer haben noch nicht einen Abtrünnigen zu verzeichnen. Die vereinigten Leitergerüstbauinteressenten machen in der „Morgenpost“ bekannt, daß sie mit Rücksicht darauf, daß die wenigen Arbeitswilligen durch die Streikposten von der Arbeit abgehalten werden, vom 9. April ab keine Aufträge für Gerüstaufstellungen mehr annehmen, und zwar so lange, bis im Baugewerbe wieder Ruhe eingetreten ist. Es wurde jedoch festgestellt, daß die Firma Ullmann-Charlottenburg, obwohl sie den „Aufzug“ auch unterzeichnet hat, täglich neue Gerüste aufstellt und 8 Kolonnen beschäftigt. Dadurch werden selbstverständlich die übrigen Unternehmer geschädigt. Dieser Umstand hat den übrigen mit unterzeichneten Unternehmern die Augen geöffnet und haben verschiedene Firmen die Absicht ausgesprochen, den Streik zu beenden und die Forderungen zu bewilligen. In der Marineausstellung hatten die dortselbst beschäftigten Kaler am Donnerstagmittag die Arbeit eingestellt und forderten, daß die Arbeitswilligen von der Firma Krudt u. Co. die Ausstellung verlassen. Ein Vertreter der Streikleitung wurde seitens der Geschäftsleitung in der Ausstellung beauftragt, eine freie Firma zu beschaffen, welche die Kalararbeit dortselbst ausführen kann, was leider nicht gelungen ist. Die Kaler haben infolgedessen die Arbeit am Freitagmittag wieder aufgenommen. Die Unternehmer hielten am Freitag eine Versammlung ab, in der es der Scharfmacherpartei noch einmal gelungen ist, die Majorität für sich zu gewinnen. Der Geist der Streikenden ist ein guter und sind alle gewillt, den Kampf so lange zu führen, bis ihre Forderungen anerkannt werden.

Ein Streik der Wöttcher

in den Brauereien, die den Reunstantag bis zum nächsten Sonnabend nicht bewilligt haben, ist beschlossen worden. In einer Wöttcher-Versammlung in Boelers Saal am Sonntag wurde die Angelegenheit, die seit einiger Zeit schon der Gegenstand vieler Verhandlungen zwischen den Ringbrauereien und den organisierten Wöttchern war, beraten. Von Seiten der Brauereien wurde nach dem Bericht von Klappschuß erklärt, daß sie über die den Brauereimachern gemachten Zugeständnisse nicht hinausgehen könnten. Die Brauer hätten den Reunstantag nicht erhalten und es könnte mit keiner anderen Organisation eine Ausnahme gemacht werden. Im Wöttchergewerbe besteht aber der Reunstantag und die Innungsmeister beobachten mit Spannung, ob die Wöttcher, wenn sie in den Brauereien arbeiten, sich eine Verlängerung der gewöhnlichen Arbeitszeit gefallen lassen werden. Dies wäre für die Meister ein Signal, auch eine längere Arbeitszeit von ihren Gesellen zu fordern. In einer Anzahl von Brauereien ist der Reunstantag für die Wöttcher anerkannt. Es würde sich um 13 Brauereien mit 136 Wöttchern handeln, wo es gilt, den Reunstantag einzuführen. Der alte Vertrag war bereits am 31. März abgelaufen; es war keine Einigung zu erzielen und der 15. April wurde als letzter Termin festgesetzt. Durch den erwähnten Streikbeschluss in der Sonntagversammlung ist den Brauereien dieser Termin noch einmal, bis Sonnabend, den 20. April, verlängert worden. Eine starke Minderheit war für den sofortigen Streik. Der Antrag der Kommission, erst vom nächsten Sonnabend an in den Streik zu treten, wurde in einer geheimen Abstimmung mit nur 9 Stimmen Majorität angenommen. In ihrem Kampfe gegen die Ringbrauereien, die bis nächsten Sonnabend keinen ausmündenden Bescheid gegeben haben, rechnen die Wöttcher natürlich auf die wirksame Mithilfe der organisierten Arbeiter. Eine Einigung ist immerhin schon in den nächsten Tagen möglich. Heute vormittag finden bereits Verhandlungen statt. Klappschuß vom Verbands wurde zu einer Besprechung der Streitfrage eingeladen.

Friedensausichten im Steinschneidergewerbe.

Die Lage scheint sich etwas friedlicher zu gestalten. Dieser Tage hat eine Sitzung der Schlichtungskommission unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz stattgefunden. Gegenwärtig war auch der Vertreter des neugegründeten Arbeitgeberverbandes „Freie Vereinigung der Steinschneider“, Dr. Grande. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der Stundenlöhne. Die Arbeitnehmervertreter begründeten die Forderung der Arbeitszeitverkürzung damit, daß die Arbeitslosigkeit sich immer mehr und mehr auf die Peripherie des Tarifgebietes ausdehne und dem Arbeiter von und zur Arbeitsstelle unverhältnismäßig Zeit verloren gehe, wofür keine Gegenleistung stattfindet. Die Forderung der Lohnhöhung wurde mit der allgemeinen Teuerung begründet. Es wurde schließlich von der Gesamtkommission folgendes vereinbart: „Sämtliche Arbeiterkategorien (Steinschneider, Hammer, Steinschläger und Hilfsarbeiter) erhalten sofort eine Lohnzulage von 5 Pf. die Stunde. Nach drei Jahren — vom 31. März 1910 ab — tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit um ¼ Stunde, von 9 auf 8½ Stunden, ein, sowie eine abermalige Erhöhung um 5 Pf. die Stunde. Jahrgeldvergütung 90 Pf. die Woche. Tarifdauer 4 Jahre, bis zum 31. März 1911. — Hierüber soll ein Tarifvertragsentwurf ausgearbeitet und den in Frage kommenden Innungen sowie den Filialen Groß-Berlins des Verbandes der Steinschneider, Pflasterer und Berufsangehörigen Deutschlands zur Genehmigung unterbreitet werden. Eine kombinierte Versammlung der Arbeitnehmer wird in der nächsten Zeit zu den Vereinbarungen Stellung nehmen. — Der Vertreter der „Freien Vereinigung der Steinschneider“, Dr. Grande, erklärte auf Anfrage, daß im Fall mit den Innungen ein Tarifvertrag nicht zustande kommen sollte, dem Abschluß eines Vertrages mit der „Freien Vereinigung“ nach den Statuten nichts im Wege stehe.“

Die Bäckermeister der Germania-Innung waren gestern nachmittag im großen Germaniaaal, Chausseestraße, versammelt, um zu den Forderungen der Gesellen Stellung zu nehmen. Altmeister Müller wies in längeren Ausführungen alle Forderungen der Gesellen als unannehmbar zurück. Es sei ihm unverständlich, wie ein Fachmann solche Forderungen stellen könne, die doch direkt den Ruin des Gewerbes bedeuten. Die Forderungen gehen auch über die von 1906 hinaus. Das Kof- und Logiswesen beim Meister solle gänzlich abgeschafft werden. Das sei schon wegen der Kofarbeit unmöglich, da fehlende Gesellen die Arbeit völlig unmöglich machen würden und kein Ersatz zu finden wäre. Wenn die Gesellen eine Verbesserung der Kof- und des Logis verlangen hätten, ließe sich mit ihnen reden. Die Innung sei jederzeit bereit gewesen, Rücksicht darin abzustellen. Der paritätische Arbeitsnachweis höre sich sehr schön an. Er werde aber nur ein Verbandsnachweis sein. Wir wollen einen Innungsnachweis haben, wo nur bei Innungsmeistern beschäftigte Gesellen an der Verwaltung teilnehmen können. Die Innungen würden sich ja auch der besten Waffe berauben, wenn sie hierin nachgäben. Die anderen Forderungen, von denen die Gesellen behaupten, sie seien gleich den 1906 gestellten, enthalten auch größere Ansprüche als bisher. So solle jede angefangene Ueberstunde voll bezahlt werden. Diese Forderungen könne also niemand anerkennen; die dies doch tun, seien zu bedauern, da sie das nicht lange ausfallen würden. Alle kleinen Meister, die höchstens 2—3000 Mark verdienen, würden diese Summe hingeben müssen. Er kommt dann auf die eventl. Verhandlungen zu sprechen und lehnt das Gewerbegericht entschieden ab. Das Gewerbegericht sei über die Bäckermeister partiell hergezogen, und das kann nicht anerkannt werden. Als Leiter der Verhandlungen sei die geeignete Person Obermeister Schmidt, dem ja nach den Verhandlungen 1906 die Leiter des Verbandes wegen seiner unparteiischen Leitung dieser Verhandlungen die vollste Anerkennung ausgesprochen haben. Nach der Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Innungsversammlung bevollmächtigt ihren Innungsvorstand gemeinsam mit den Vorständen der anderen Innungen Berlins und der Bororie in Unterhandlungen mit der Gewerkschaft zu treten. Diese sind jedoch nicht vor dem Gewerbegericht, sondern vor dem Einigungsamt des Innungsschiedsgerichts oder als freie Verhandlungen zu führen, und zwar mit dem Gesellenauschuss unter Hinzuziehung zweier Vertreter des Verbandes und des „Bundes“. Die Forderungen in ihrer jetzigen Gestalt sind auf jeden Fall abzulehnen.“

Deutsches Reich.

Achtung, Maschinisten und Heizer!

Den organisierten Maschinisten und Heizern der Elberfelder Papierfabrik in Jehlendorf wurde am Sonnabend, den 13. d. M., von der Direktion, eingereicherter Lohnforderungen halber, gekündigt. Die Firma sucht unorganisiertes Maschinen- und Kesselhauspersonal. Wir erlauben, Zugang fernzuhalten.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Der Streik der Maschinisten und Heizer der Braunkohlengruben und Bräufabriken Willi und Emanuel in Bodowig wurde nach zweitägiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeit wurde in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Zur Aussperrung der Hamburger Schauerleute.

Ueber das prozig ablehnende Verhalten der Reeder gegenüber den Vorschlägen der Schauerleute, „das nach außen hin nicht ganz verständlich erscheine“, muß die Reederpresse Bescheidungsartikel bringen, in denen die „inneren Gründe“ zu diesem Vorgehen dargelegt werden. „Es müßte auch der Schein vermieden werden, als hätten die Arbeitgeber in irgendeinem Punkte nachgegeben“, das ist die Quintessenz dieser Artikel, wie auch in einer offiziellen Erklärung der Reeder dies als Grund zur Ablehnung der Ausgleichsverhandlungen angeführt wird.

Wie bereits telegraphisch mitgeteilt, haben die Schauerleute in ihrer Riesenversammlung am Sonnabendmittag erklärt, jederzeit zu weiteren Verhandlungen auf annehmbarer Grundlage bereit zu sein, und die Organisationsleitung beauftragt, in diesem Sinne zu wirken. Als Differenzpunkt bleibt nur noch die Abschließung der ausländischen Streikbrecher bis spätestens 14 Tage nach Aufhebung der Aussperrung übrig, da die Arbeiter glauben wollen, daß die Arbeitgeber ihr Versprechen, nach Aufhebung der Aussperrung die übermäßig lange Arbeitszeit einschränken zu wollen, einlösen werden. Die Reeder haben ihnen versprochen, über die Liebelhände mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Die Reeder werden das Wort, das sie ihnen gegeben haben, wahr machen. Schauen Sie diese Erzeugnisse nicht zu gering ein“, sagte in der Versammlung Reichstagsabgeordneter Dr. Hoescher, der auch weiter vermittelte will. Der Herr, der, wie wir anerkennen wollen, sich die redlichste Mühe gibt, um einen für beide Teile annehmbaren Vergleich herbeizuführen, rief den Arbeitern weiter, in diesem Jahre die Maifeier lassen zu lassen, da sonst eine abermalige Aussperrung erfolgen würde. Die Maifeier soll ja auch, wie die Scharfmacher „vertraulich“ beschlossen haben, unter allen Umständen „niedergeritten“ werden, wie das „Niederreiten“ ja jetzt in Mode gekommen ist.

Ausland.

Die Massenaussperrung in Dänemark soll offenbar immer weiter ausgedehnt werden. Kaum hatte man am Sonnabend gegen 4000 an den Konflikten gänzlich unbeteiligte Arbeiter aus der Arbeit gedrängt, da lag auch schon eine neue Aussperrungsanündigung der Arbeitgebervereinigung dem Gewerkschaftsverbande vor. Sie besagt, daß sämtliche organisierten Arbeiter, die bei Mitgliedern des Eisenindustriellen-Verbandes in Kopenhagen oder in der Provinz, die in den Maschinenabteilungen der großen Werften in Kopenhagen und Helsingör, sowie die bei der Aktien-Gesellschaft „Standia“ in Randers und in Kof-Fabriken in Fredericia tätig sind, ausgesperrt werden sollen, und daß das gleiche mit allen Mitgliedern des dänischen Arbeitsmanns-Verbandes geschehen soll, die bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes beschäftigt sind. Ueber diese Aussperrung muß allerdings noch eine kompetente Mitgliedsversammlung beschließen. Wird sie durchgeführt, so erhöht sich die Zahl der Aussperrten auf 16—18000.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wertzuwachssteuer.

Breslau, 15. April. (B. T. B.) Die heutige Stadtverordneten-Versammlung nahm mit großer Mehrheit die Einführung einer Wertzuwachssteuer an.

Aus der Zwangsverziehung entwichen.

Kaiserlautern, 15. April. (B. T. B.) Die „Pfälzische Presse“ meldet aus Speyer: Von einem Spaziergang entwichen 13 Jünger der hiesigen staatlichen Zwangsverziehungsanstalt; nur drei sind bisher ergriffen worden.

Einstellung der Vorlesungen.

Lissabon, 15. April. (B. T. B.) Wegen des Studentenstreiks hat die Regierung die Unterbrechung der Vorlesungen an der Universität Coimbra und allen höheren Schulen des Landes angeordnet; nur die höheren Militärschulen bleiben offen.

Ueberschwemmung.

Tosai, 15. April. (B. T. B.) Der Theißfluß ist in stetigem Steigen. Mehrere der umliegenden Ortschaften sind überflutet. Die Orte Tisza-Daba, Tisza-Est und Makamaj sind geflutet. Die Einwohner konnten sich bei Zeiten auf die Tosaier Anhöhen flüchten. Klein-Tosai und die tiefliegenden Tosaier Weinberge sind unter Wasser.

Ignaz Auer.

Die schlicht gewaltige Trauerfeier, die am Sonntag das Berliner und das deutsche Proletariat seinem Ignaz Auer veranstaltet, hat wieder einmal die stumpfe Bourgeoislegende von der angeblichen banalsten Verständnislosigkeit der niederklassigen Demokratie für markige Verblichtheiten, von dem Unabkann der Massen gründlich widerlegt. Ignaz Auer besaß nicht die leichste Spur einschmeichelnder Demagogie. Seine kraftvolle Kernnatur — denn starke Willenskraft und scharfer kritischer Verstand schließen echte Gemüts-tiefe ja keineswegs aus — verschmähte jede schwächliche und vornehmlich kalkulierende Rechenungsstrategie. Unverblümt vertrat er jederzeit den Standpunkt, den er für richtig hielt. Und bewußt und ungewollt nur milderte zuweilen die Herbitheit seiner Persönlichkeit und seines Auftretens sein bei aller Drahtil und Ironie oft gemüthlich nachsichtiger Humor. Wiederholt — namentlich in den letzten Jahren seines Wirkens — fand Auer's Standpunkt nicht die Billigung mancher Kreise der Partei. Aber darum gab es keinen einzigen in der Partei, der sich nicht durch die prächtige Persönlichkeit des Verstorbenen angezogen gefühlt hätte. Die eigenartige, scharf umrissene Individualität des Mannes bezeugte vollstem Verständnis. Und die Massen bezeugten dem durch ein tragisches Geschick allzu Gebrochenen durch die imposante Leichenfeier ihre Liebe und Dankbarkeit.

Das Bürgerium besitzt noch immer keine Kenntnis von der Psyche des modernen sozialistischen Proletariats. Beweist das Proletariat einmal, daß es trotz aller Verehrung eines verdienten Führers das demokratische Recht der geistigen Selbstbestimmung über alles stellt, so spricht unser Bürgerium über schnöden Unabkann; was dasselbe Bürgerium aber nicht hindert, bei anderen Gelegenheiten wieder umgekehrt von Personenkult der Sozialdemokratie zu fasseln.

In Wirklichkeit ist das sozialistische Proletariat von Unabkannbarkeit und banalster Engherzigkeit ebenso weit entfernt, wie von oberflächlichem, unwürdigem Personenkult. Das gesellschaftliche und ethische Ideal des Sozialismus ist die völlige politische und wirtschaftliche Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Jedem Menschen soll die ökonomische und kulturelle Grundlage zu einem im edelsten Sinne menschenwürdigen Dasein bereitet werden. Jedem soll die Pforte zu lauterster Daseinsfreude erschlossen werden. Der geistig Ueberragende oder der auch nur listig Struppellose soll nicht den minder Bevorzugten oder minder Rücksichtslosen ihren Anteil am Lebensgenuß ver-lämmern dürfen. Aber über der Gleichheit der Menschenrechte und Menschenpflichten verkennt der Sozialismus keineswegs die Ungleichheit der Begabung, der Neigungen, des Charakters und des Temperaments. Er zollt dem un-gewöhnlichen Talent und ungewöhnlichen Leistungen neidlos begeisterte Anerkennung. Er bezeugt dem Idealismus des Willens und der resillosen Hingabe für die große Sache des Sozialismus seine Dankbarkeit durch unverhüllteste Liebe und Verehrung. Diese Verehrung gilt der Person, aber sie gilt gleichzeitig der Sache, dem Idealismus und der Pflicht-treue, dem großen Vorbild der großen Vorkämpfer. An die Stelle des blinden Personenkults ist der Kult des durch das Streben des Führers verkörperten Ideals getreten, die Verehrung für die gemeinsame Sache. Und da die Verehrung für die Sache höher steht als die pietätvollste, dank-barste Verehrung für die Person, so entscheidet sich das Proletariat auch unter Umständen gegen den verehrten Vorkämpfer, ohne darum auch nur im geringsten die Rechte der Pietät und des Dankes für die Person zu verletzen!

Die unergleichliche Volksdemonstration am Sonntag galt auch diesmal der Person Ignaz Auer's, der herben, knorrigen und doch wieder humorvollsten Kampfnatur, deren fesselnde Eigenart in den proletarischen Massen vollstes Ver-ständnis gefunden hatte. Sie galt darüber hinaus dem Manne aus der kraftgährenden Äckertrume des Volkes, dieser typischen Gestalt des intelligenten, rastlos zu geistiger Freiheit und fruchtbarer öffentlicher Tätigkeit sich emporarbeitenden Proletariats. Sie war nicht zuletzt auch eine machtvolle Kundgebung des klassenbewußten Proletariats selbst, eine spontane Lebensbetätigung der „niedergelassenen“ Sozial-demokratie, die wieder einmal ihre Bataillone musterte, stolz bescheiden, ohne eitles Gepränge, im Gefühl ihrer unversie-glichen Kraft und ihres durchsichtigen Wirkens.

Abermals ist dem deutschen Proletariat einer seiner besten bewährtesten Vorkämpfer entzissen. Mit Schmerz und Behnuit um-standen die Tausende den winzigen Erdenfleck, in dem nun die Gebeine des geliebten Toten ruhen. Und so wenig das deutsche Proletariat seinen „Alten“ vergessen hat, so wenig wird es Ignaz Auer's vergessen! Aber der Tag, das Leben, der Kampf beansprucht sein Recht. Ohne Jagen und Wanken behauptet das klassenbewußte Proletariat das Schlachtfeld. Es weiß, daß es keine bessere Ehrung des Verstorbenen gibt, daß es seinem Wirten keinen würdigeren Dank erlitten kann, als durch die kraftvollste opfermüthigste Fortführung jenes Werkes, für das fast anderthalb Menschenalter hindurch Ignaz Auer gekämpft und gelitten!

Im Trauerhause.

Im schlichten Heim Ignaz Auer's stand aufgebahrt der dunkle Sarg. Ernster Trauerstimm umgab ihn; aus ihm häuften sich die Kranzspenden, die letzten Grüße der Liebe. Die unserm Auer im Leben die nächsten gewesen, hatten sie ihm dargebracht: Die Familie und der engere Freundeskreis, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Berlins und der Provinz, die Genossen aus dem arbeitenden Volk in allen Teilen des deutschen Reiches. Draußen harrete der Zug der Trauernden, die den hingen-schiedenen Kämpfer zur letzten Ruhe geleiten wollten. Drinnen fand noch mancher seiner Mitkämpfer sich ein, um der Witwe und den Ährigen in herzlicher Teilnahme die Hand zu drücken. Mäher noch trat vor den geschlossenen Sarg und verteilte in stillem Ge-denken, Stamm grühte von der Wand herab das Bild des Verstorbenen, das schwarzer Flor umhüllte. Wie lebenswache es uns jetzt erschien! Ja, das war unser Ignaz Auer, der lang beobachtende, scharf prüfende, klar urteilende! Er liebte nicht das Schmückliche und Feierliche. Und nun sollte er selber Gegenstand

einer Feierlichkeit werden, die der Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins gewaltig ans Herz griff!

Um ein Uhr mittags hoben sie den Sarg auf, der den Leichnam des toten Freundes und Genossen barg, und trugen ihn still hinaus. Unter den Klängen eines Trauermarsches setzte der Zug sich in Bewegung.

Der Aufmarsch.

In allen Straßen Berlins, besonders aber in den Arbeiter-vierteln, merkte man am Sonntagvormittag, daß ein außergewöhnliches ernstes Ereignis bevorstand. Aus allen Stadtteilen kamen die Arbeitermassen, um dem einen toten Manne, der sein Leben ihrem Wohle geweiht hatte, die letzte Ehre zu erweisen. Die Straßenbahnen, die nach dem Kreuzberg führten, waren überfüllt, und mancher Arbeiter, Kranzträger und solche, die vorher noch eine wichtige gewerkschaftliche Angelegenheit zu regeln hatten, leisteten sich auch wohl eine Drofschle, während andere, die mehr Zeit zur Verfügung hatten, oder näher dem Ziele waren, zu Fuß gingen. Um die Zeit, wo die Berliner sich sonst zu frohen Ausflügen nach allen Himmelsrichtungen rüsten, strebten alle diese Arbeitergruppen dem Süden der Stadt zu. Aber man fühlte bald, daß dieser Sonntag für die Massen der Arbeiter kein Tag des Frohsinns in der freien Natur war, sondern daß es galt, einen Mann zu Grabe zu geleiten, der sich in erster Arbeit die Liebe des Volkes erworben hatte.

Die Straßen, die nach dem Kreuzberg führten, wimmelten von der Masse der Leidtragenden und Schaulustigen. Früh schon hatten sich die Ordner mit den rot leuchtenden Armbinden eingefunden, um ihres Amtes zu walten. Bald sammelten sich in den bekannten Straßen die Massen der Proletariat, stellten sich auf in Zügen, die immer länger wurden, je näher der Zeitpunkt heranrückte, wo der Tote auf seinen letzten Weg geführt werden sollte. Unabsehbar war der Zug des fünften und sechsten Kreises, der die Bergmannstraße hinauf bis weit nach der Hasenheide reichte. Und überall an den anderen Sammelpunkten sah man die langen Züge der Leidtragenden, geduldig und in würdiger Ruhe des Aufmarsches harrend. In der Fockstraße, wo hinter den Genossen aus Nieder-Barnim die lange Reihe der Kranzträger von den Fabriken und Werkstätten stand, waren die Gitter vor den Häusern eine Zeitlang mit den blühenden Beweisen der Liebe und Verehrung behängt, die dem Toten zur Grube folgen sollten. Mancher Vorüberwandelnde las mit Rührung die Inschriften hinter dem schwarzen Flor, und mancher bisher Gleichgültige mag so vielleicht einen Hauch des Geistes verhaßt haben, der in dem Verstorbenen lebendig war, der mit wachsender Kraft weiterlebt und wirkt in den Massen derer, die bereit standen, seiner Leiche zu folgen. Dazu die Menge der Kränze, gespendet von den Gewerkschaften und Parteiorganisationen, die die Lichterfelderstraße hinaufgetragen und gefahren wurden! Diese Blumenfülle in rot und weiß auf dunkelgrünem Grunde, ein Symbol für das Lebenswerk des Mannes, der seine besten Kräfte dahingegeben hatte, um blühendem Völkerrühm den Weg zu bahnen!

Als der Zug sich in Bewegung setzte, erschienen vorn an der Spitze drei berittene Polizeibeamte, um demselben einen Weg durch die ungeheure Menschenfülle zu bahnen! Ihnen folgten in einer Drofschle Mitglieder des Zentralvorstandes der Wahlvereine mit einem mächtigen Banner, dessen leuchtendes Rot durch schwarzen Flor gedämpft war. Dann die Reichstagsfraktion unserer Partei. Auch einige bürgerliche Abgeordnete hatten sich eingefunden. So der nationalsoziale Herrar Kaumann, ferner Dowe von der Freisinnigen Vereinigung, Pfundner von der Freisinnigen Volkspartei, Giesberts, der christliche Arbeitervertreter und andere. Es folgten die ausländischen Delegierten, unter ihnen Vertreter der russischen und georgianischen Sozialdemokratie, Genosse Viktor Adler aus Wien, Genosse John Astle von der englischen sozialdemokratischen Federation, Genosse Wisaut von der nieder-ländischen Arbeiterpartei und noch mancher andere, die sich auch im Trauerhause eingefunden hatten. Dann kamen die deutschen Ab-geordneten der Genossen aus dem Reich, kam die Generalkommission der Gewerkschaften. Ihr folgten die Kranzdeputationen, voran die sozialdemokratischen Frauen mit einem mächtigen Blumenreihen Kranz. Daran schloß sich der Leichenzug mit dem Sarg, von Blumen bedeckt; dann die Wagen der Angehörigen des Toten und der Parteivorstand.

Nun folgten in schier unabhsehbaren Massen die Parteigenossen von Berlin und Umgegend. Wer hätte wohl gedacht, daß ein Bourgeoiskreise, wie der erste Berliner, eine solche Menge Leidtragender für den sozialdemokratischen Abgeordneten aufbringen würde! Aber der längste Zug war selbstverständlich der aus dem sechsten Kreise; eine halbe Stunde dauerte es, bis diese Genossen ausmarschiert waren. Im ganzen aber währte es volle anderthalb Stunden, bis der letzte Zug, die Nieder-Barnimer mit ihrer roten florumbüllten Fahne des Arbeitervereins von Rummelsburg, die übrigen Teilnehmer und die vielen Kranzdeputationen der Fabriken und Werkstätten, ihren Standort verlassen konnten.

Die Bürgersteige standen dicht gedrängt voll von einer Masse Schaulustiger und auch die Fenster der Häuser waren besetzt von Leuten, die von dort aus die in der Reichshauptstadt so seltene Erscheinung eines Massen-zuges beobachten wollten. Sie hatten genug zu sehen. Manche Zuschauer versicherten, daß sie nie zuvor solch ungeheuren Zug erblickt hätten, der wie dieser, lieblichste Leichenzug noch weit übertreffe. Leicht begreiflich für die, die mitwirkten in der Arbeiterbewegung! Sind doch die Scharen der Klassenkämpfer seitdem mächtig gewachsen!

Die Polizei hatte zu tun, um dem Zug freie Bahn zu schaffen, im Zuge selbst aber wurde alles in bester Weise durch die Ver-trauensleute der Partei geregelt, so weit dies bei der vom Ernst und der Würde der Trauerfeier durchdrungenen Menge überhaupt nötig war.

Unterwegs.

Im Südsien.

Ein Brennpunkt großstädtischen Verkehrs an der Grenze von Süd und Südost. In plötzlicher Erweiterung schneiden einander vier Straßenzüge, und jeden durchrollen die Ungelähme der Straßenbahn. Darüber hinweg braust die Hochbahn, die hier auch eine Station hat. Von Südost geht der Hauptweg nach Kirdorf, der Arbeiterstadt, die weithin in aller Frühe durch die Kottbuserstraße Kaufende und Abertausende von Mühseligen und Beladenen ausstieft, hinein in die Berliner Fabriken, Werkstätten, Kaufhäuser und Kaffstuben, zu neuer Arbeit. Jetzt aber ist Sonntag. Und die

meisten derer, die in dieser sonnenleuchtenden Mittagsstunde den-selben Weg herankommen, sie wollen einen krummen Scheidegruß widmen dem toten Felden, der ein Leben lang für das Wohl ihrer Klasse gestritten hat und den man binnen kurzem hier vor-überfahren wird, der letzten Ruhestätte zu. Vor ein Uhr schon bilden sich Gruppen auf der Promenade, zwischen dem Eisenrippen der Hochbahn im Zuge der Staliberstraße und auf den Straßen-inseln. Polizeihelme beginnen in der Sonne zu blitzen. Kontroll-beamte der Straßenbahn postieren sich in der Nähe der Punkte, wo die Gleise die Trauerstraße schneiden. Sie sollen die Regu-lierung des Verkehrs unterstützen. Aus den Gruppen wird bald ein dichtes Spalier zu beiden Seiten des Süddammes der Staliber-straße, hinauf und hinab, soweit man blicken kann. Die Fenster der hohen einstöckigen Mietlokalen öffnen sich. Volkens werden besetzt. Ueber das Gitter der Perronverlängerung der Hochbahn hebt sich Kopf an Kopf, „Fahrer!“, die „warten können“. Die Treppe des Bahnhofs bis zur Speisestelle bieten anderen gute Aus-blicke. Der Verkehr in der Reichsberger-, Kottbuser- und Admiral-straße hinein bewegt sich nur noch auf dem Straßenpflaster.

Um 1 1/2 Uhr ertönt Musik: „Jetzt kommen sie“, heißt es. Es ist aber eine Militärabteilung, die mit klingendem Spiel die Admiralstraße hinaufzieht. „Die Wache“, auf der Heimkehr vom Dienst. Kaum, daß jemand den Zwischenfall kommentiert; so ist alles von Erwartung erfüllt.

Nicht lange, und der Trauerzug naht. Feierliche Stille tritt ein, nur unterbrochen von leisen Aeußerungen der Bewunderung über die prächtigen und zahlreichen Kranzspenden.

Der Leichenzug. — Worte verfliegen. Stumm entblöhen Männer und Jünglinge das Haupt. — Vorbei. —

Das Trauergefolge. Es vergeht eine Viertelstunde, eine halbe Stunde. Der Zug wird unterbrochen, um einen Teil der Straßen-bahnen und Omnibusse durchzulassen, die sich in der Dresdener- und Kottbuserstraße und in der Adalbert- und Admiralstraße in langer Reihe angeammelt haben. Dasselbe wiederholt sich öfter, wie sich aus dem großen Durchgangsverkehr der Stelle von selber ergibt. Es geht in Ruhe. Die Polizei verfährt mit Umsicht, so-wie man es übersehen kann. Das Sonntagspublikum im allge-meinen paßt sich der Situation an. Wer nicht bis zu einer der politischen Unterbrechungen des Leichenzuges warten will oder kann, wird ohne weiteres von den marschierenden Genossen hin-durchgelassen. „Es sind ja keine Soldaten“, so beruhigt ein Ar-beiter einen ängstlichen Postanten.

Leider auch einige Ungezogenheiten: Ein Bourgeoisjüngling will nicht zehn Minuten warten „um eines Privatmannes willen“. Er rüffelt: „Es ist ja, als wenn ein Kaiser wäre.“ Ihm wird zur Antwort: „Es ist auch einer.“ Verblüfft zieht er von dannen. Ein Chauffeur will in Karriere in das Trauergefolge hineinfahren. Helle Empörung des Spalier bildenden Publikums. Er muß um-kehren, einen anderen Weg nehmen.

Zwei Stunden währt der Vorbeimarsch des Zuges. Wenige Minuten später zeigt der Platz am Kottbuser Tor das gemohnte Bild.

Im Osten.

In der Warschauerstraße und Frankfurter Allee zeigte das gewohnte Straßenbild um die Mittagszeit mancherlei Veränderung. Trupps von Polizisten, unter Führung eines Leutnants, zogen auf, um auf die verschiedenen Posten verteilt zu werden. Drofschlen mit großen Kränzen und Blumensträußen, die die prachtvoll glänzende rote Farbe noch unverhüllt zeigten, sah man auf dem Wege nach Friedrichsfelde. Auf der breiten Mittelpromenade bildeten sich immer mehr Gruppen von Menschen, die das herrliche Frühlings-wetter an jedem anderen Sonntag längst ins Freie gelockt hätte. Heute warteten sie auf den Trauerzug.

Bald nach ein Uhr wurden die Ansammlungen größer; ganze Arbeiterfamilien standen beieinander, und ohgleich der Zug noch weit entfernt sein mußte, begannen sich dichte Reihen zu bilden auf dem bekannt gegebenen Wege.

Wo die Warschauerstraße in die Frankfurter Allee mündet, wogten große Massen auf und ab. Von zwei Uhr an wurde dort der Andrang außerordentlich stark. Von der Peters-burgerstraße, von der anderen Seite der Frankfurter Allee, von der Liebig- und von der Warschauerstraße ergossen sich wahre Menschenströme nach dieser Ecke. Hier sah einen Platz zu sichern, war den meisten natürlich nicht möglich und sie zogen die Frankfurter Allee immer weiter hinauf nach Friedrichs-felde zu.

Jeder Omnibus, jede Elektrische auf diesem Wege war dicht besetzt. Aus einiger Entfernung sah es geradezu lebensgefährlich aus, wie die elektrischen Bahnen hart an der Menschenmauer entlang strichen; aber es herrschte eine musterhafte Ordnung, die aufrecht zu erhalten Jedermann bemüht war. Nirgend war ein unnütiges Gedränge oder ein wüster Lärm, obgleich die Kinder, die im Osten Berlins sehr zahlreich sind, in der Menge natürlich nicht fehlten. Es herrschte überall eine, dem Moment angemessene, feierliche Stimmung; die dunkle Trauerkleidung schien vor-herzschend; schwarze Kravatten, weniger rote, fielen durch ihre Häufigkeit auf.

Anfangspostkarten mit dem Bilde Auer's, einmal Porträt, dann auch als Anekdoten, wurden von Händlern vielfach angeboten.

Einen eigenartigen Anblick gewährte es, wie in der langen Häuserflucht alle Fenster mit Menschenköpfen dicht besetzt waren, und ebenso eigenartig wirkte der Anblick aus der Höhe, von den Fenstern und Balkonen aus auf die nach vielen Tausenden zählende, dichtgedrängte, in erster Reihe verbarrende Menschenmasse.

Ein Wägenführer, Frankfurter Allee 156, hat vielen einen, wenn auch nicht bequemen, aber für die Ueberfüllung vorzüglichen Stand-punkt. Auf Sitzhaufen, Häser und Bauhuden, ja auf die Dächer kletterten die Leute, um einen freieren Ausblick zu gewinnen. Die Eltern trugen Sorge, daß auch die Kinder irgendwo sicher unter-kamen, damit sie sich ruhig verhielten.

„Mutti, kommen die Sozialdemokraten auch in den Himmel?“ fragte ein kleiner Knirps, der dem Gespräch der Umstehenden auf-merksam zugehört hatte, keine Mutter. Diese, anscheinend eine be-häbige Bürgerfrau, blickte verlegen umher und wußte nicht recht, was sie antworten sollte. Da beschiedigte ein Arbeiter die Neugierde des Kleinen, indem er meinte: „Jawoll, mein Junge, die Sozial-demokraten predigen ja immerzu dasselbe, was Jesus gepredigt hat; und wenn es einen Himmel gibt, kommt der brave Mann, den wir heute begraben, auch hinein.“

Der Junge wollte noch mehr wissen, aber der Frau schien das unbequem zu sein. Sie zog den Kleinen an sich und suchte sich einen anderen Platz.

Von der hier gelegenen Frankfurter Allee sah man den Trauerzug aus der Ferne die Warschauerstraße langsam herunter-kommen. Es war halb drei Uhr vorbei, als der Zug jene Ecke, wo sich die Massen von allen Seiten häuten, erreichte.

Eine weite Stille verbreitete sich; ein ernstes, lechtes Grühen von allen Seiten, als der Leichenzug vorbeizog.

Und der Zug der Leidtragenden will kein Ende nehmen. Es ist vier Uhr vorbei und es folgen immer neue Scharen.

Am Bahnhof Frankfurter Allee schwenkten plötzlich die polizei-lichen Epikureiter nach links ab. Der Zug hatte das Weichbild von Berlin verlassen!

Auf dem Friedhofe.

Knospendes Leben spricht aus jedem Reis an Sträußern und Büschen. Ein dufziger Schleier, aus jungem Grün und Sonnengold gewebt, liegt über dem Boden des weiten Totenhains ausgebreitet. Ein leiser Lufthauch spielt in den noch kahlen Zweigen der Bäume. Hier, in diesem parkartig eingerichteten Reiche der Gräber erscheint uns der Tod nicht als ein grauenvoll Schreckliches, sondern er ruhet uns an als ein natürliches, wenn auch schmerzliches Ereignis im ewigen Wechsel vom Werden und Vergehen. —

Wachsel von Werden und Vergehen. — Für diesen Nachmittag steht der Gräberhain nur unserem großen Toten offen und denen, welche ihm auf seinem letzten Gange das Geleit geben. Für jeden anderen Besuch ist der Friedhof gesperrt. Eine Kette unserer Ordner hält den Zugang zum Tore besetzt. — Hunderte von Ordner stehen in Reihen längs der Wege des Friedhofes.

Am Hauptwege, unweit der Reichenhalle, ist ein frisches Grab ausgehoben. Das ist der Fleck, der unserem Ignaz Auer als letzte Ruhestätte nach einem arbeits- und tatenreichen, leider zu früh abgeschlossenen Dasein bestimmt ist. — Eine Gruppe von Männern steht schweigend in der Nähe der Gruft. Es ist der Gesangsverein „Typographia“, der des Zeitpunktes harret, wo er an der Trauerfeier mitwirken wird. — Stunde auf Stunde vergeht. —

Die nach Tausenden zählende Menge, die sich draußen, vor dem Tore des Friedhofes, angesammelt hat und den Schluß der vom Trauerhause bis hierher reichenden ununterbrochenen Kette bildet, blickt erwartungsvoll die Straße hinab. Am Ende derselben taucht ein mächtiges, in schwarzen Flor gehülltes Banner auf.

„Sie kommen,“ geht es von Mund zu Mund. — Von ferne tönt Musik. Einzelne Töne nur erreichen das Ohr. Sie fügen sich nach und nach, immer deutlicher vernehmbar werdend, zu der uns allen wohlbekannten Melodie: „Ein Sohn des Volkes“.

Die Spitze des Juges erreicht das Tor. Unter den Klängen der Musik betreten sie den Friedhof, ein langer Zug von Genossen, die als Mitarbeiter und Mitkämpfer an erster Stelle im Dienste der großen Sache stehen, für die der Verstorbene gelebt, gelitten und gestritten hat: die Reichstagsfraktion, die auswärtigen Delegierten und dann die große Schar der tranztragenden Deputationen, die als Vertreter politischer und gewerkschaftlicher Organisationen der Trauerfeier beizuwohnen. Nun kommt der Leichenwagen mit dem von großen Vorbeerkränzen bedeckten Sarg. Ihm folgen die Angehörigen des Verstorbenen und der Parteivorstand.

Das Tor schließt sich. Für das weitere Gefolge bieten die Wege und Steige des Friedhofes auch nicht annähernd Raum.

Langsam bewegt sich der Zug nach der Reichenhalle. Sie nimmt den Sarg und nur einen kleinen Teil der Trauerversammlung auf.

Die Kranzträger stellen sich, soweit der Raum das zuläßt, zu beiden Seiten des Weges auf, den der Sarg bis zur Gruft passieren muß. —

In der Halle

wird der Sarg auf den Sotofall gesetzt. Unter den Vorbeerkränzen und Blumengewinden verschwindet er ganz. Eine rote Schleife hat sich aus der Florhülle gelöst, und nun leuchtet sie rot auf dem schwarzen Grunde. Das Parteibanner wölbt zu Häupten des Sarges herab, und die Träger der Palmen nehmen im Halbkreis Aufstellung. Die Masse der Teilnehmer füllt die viel zu enge Halle. Und nun einen Augenblick tiefes Schweigen.

Dann löst aus einem Nebenraume hervor: „Es stand seine Wiege im niedrigen Hause“. Als der Gesang verklungen, tritt

Rebel

an den Sarg heran und sagt etwa Folgendes:

„Verehrte Trauerversammlung! Liebe Freunde und Genossen! Der Kreis der Alten in der Partei wird lichter und lichter. Einer nach dem anderen geht zu der großen Keme, von der es keine Rückkehr mehr gibt. Denn, was geboren wurde, muß auch sterben. Wenige Monate sind verflossen, seit wir einen dieser Braven, August Dressbach, die letzte Ehre erwiesen haben, und erst wenige Tage, seit die Genossen Parthen-Eberfelds ebenfalls einen dieser Alten, Hermann Grimpe, zur letzten Ruhe geleiteten. Und heute, verehrte Anwesende, stehen wir abermals an der Bahre eines unsrer Besten, Brabben und Tappersten. Als am 10. dieses Monats der Telegraph die Nachricht durch die ganze Welt jagte: Ignaz Auer ist nicht mehr! da haben Millionen proletarischer Herzen in heißem Schmerze gezuckt. Denn er war Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein. Ein Sohn des Volkes von seiner Geburt, durch seine Geburt, ein Sohn des Volkes von jeher bis zu seinem letzten Atemzuge.“

Ignaz Auer war der Sohn einer armen Bauernfamilie aus einem kleinen Dorfe Niederbayerns. Die Familie hatte zahlreiche Kinder. Mochte die Ärmung noch ausreichend sein, um so weniger war es die geistige Nahrung. Unser Ignaz Auer, von Natur aus ein hochintelligenter Knabe, mußte im späteren Leben durch eheernen Fleiß und eiserne Ausdauer, die dem Höchsten nachstrebte, die Lücken, die die Jugendberziehung hinterlassen hatte, ausfüllen, und seinem Fleiße und seiner Ausdauer ist das im höchsten Maße gelungen. Auer wurde ein Mann von großem Weitblick und eindringendem Verstand, der die Menschen und Dinge zu beurteilen und zu behandeln wußte. Nahezu 40 Jahre sind es her, seit Ignaz Auer in die Arbeiterbewegung eintrat und ungefähr ebenso lange, daß er in der Gewerkschaftsbewegung wirkte. Es gab eine Zeit, wo man des Glaubens war, und es auch offen aussprach, daß Auer ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung wäre. Niemand ist ein ungerechterer Vorwurf erhoben worden. Denn Auer hat von jeher volles Verständnis für die Größe des Gewerkschaftsgedankens gehabt und die ganze Persönlichkeit für seine Ausbreitung eingesetzt. Nahezu 3½ Jahrzehnte ist es her, daß Auer von seinen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, genannt die Eisenader, auf Grund seiner Parteilichkeit als Sekretär neben Fort in die Leitung berufen wurde. Er kam gerade zur rechten Zeit. Denn Theodor Fort, unser Anbergehlicher, starb in der Nacht von 1874 zu 1875, und so fiel denn unserem Auer die Aufgabe zu, im Auftrage der Parteileitung mit der anderen sozialdemokratischen Organisation, dem deutschen Arbeiterverein, die Verhandlungen zu führen, durch die endlich im Mai 1875 die lang ersehnte Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeigeführt wurde. Ganz selbstverständlich wurde er, wie von der anderen Seite Derossi, unsererseits als Sekretär präsentiert, er wurde gewählt, und die Wahl Auer's hat sich als eine höchst glückliche erwiesen. Freilich hat er diese Stelle zunächst nur drei Jahre lang bekleidet. Dann sah er sich veranlaßt, am Rufe der Berliner Genossen zu folgen, und an der Seite Johann Ross in die Redaktion der „Freien Presse“ einzutreten.

Das war im Jahre 1877. Dasselbe Jahr brachte ihm auch das Mandat zum Reichstage aus dem 22. sächsischen Wahlkreise. Freilich mußte er im nächsten Jahre das Mandat wieder opfern. Denn die Auflösung des Reichstages und die furchtbare Hege gegen die Sozialdemokratie, der man die Attentate gegen den alten Kaiser an die Rochschiefe hing, brachte es dahin, daß auch Auer vom Reichstage ferngehalten wurde. Erst als im Jahre 1880 unser ebenfalls unvergesslicher Brabe durch schwere Krankheit sich gezwungen sah, das Mandat für den 17. sächsischen Wahlkreis niederzulegen, wurde Auer sein Vertreter, und diesen Wahlkreis hat Auer mit Ausnahme der Perioden von 1881 bis 1884 und 1887 bis 1890 bis zum letzten Tage seines Lebens vertreten. Aber dazwischen kam die schwere verhängnisvolle Zeit Ende der 70er Jahre. Es kam das Sozialistengesetz, es kam auf Grund des Sozialistengesetzes der kleine Belagerungszustand, und Bismarck war der letzte, der eine Waffe nicht benutzt hätte, die man ihm in die Hand gab. Auer mußte mit seiner Familie und 66 anderen Genossen Ende November 1878 Berlin verlassen. Er ging nach Hamburg, wo ihm die Möglichkeit gegeben war, zunächst in die Redaktion der „Gerichtszeitung“ einzutreten, wie sich damals unser dortiges Parteiorgan nannte. Auch dort konnte er nicht lange bleiben. Bismarck hat alles auf, um die großen Städte unter die Fuchel des Belagerungszustandes zu bringen. Und so sehr sich auch die Hamburger Staatsgewalten sträuben mochten, sie mußten dem Drängen Bismarck's zuletzt nachgeben: Auer wurde auch hier mit seiner Familie und vielen braven Genossen auf Grund des Belagerungszustandes ausgewiesen. Jetzt aber war die Situation ungünstig böser. Denn das Sozialistengesetz hatte hunderte und aberhunderte ergriffener Genossen geschaffen. Die Partei hatte keine Möglichkeit, ihnen eine Existenz zu bieten. Denn wenn einer Anspruch darauf gehabt hätte, eine Existenz zu bekommen, wäre es unser Ignaz Auer gewesen. Nachdem alle Versuche mißglückt waren, sich eine andere Existenz zu gründen, griff Auer zum letzten, er walfahrte in die Heimat seiner Frau und wandte im Geschäft seiner Schwiegermutter die Fertigkeiten an, die er sich als Sattler und Tapezierer erworben hatte. Sein Aufenthalt in Schwerin dauerte von 1882 bis 1886. Sie alle werden mir glauben, daß dieser Aufenthalt nicht zu den angenehmsten Erinnerungen unseres Auer gehörte, obgleich seine Angehörigen alles taten, um ihm diese Existenz so angenehm wie möglich zu machen. Aber er hatte keine Möglichkeit, sich in einer seinen Neigungen, seinen Kenntnissen und seiner hohen Intelligenz entsprechenden Weise für die Partei betätigen zu können. So hat er es mit Freuden begrüßt, als endlich im Jahre 1886 die Parteileitung ihn bat, sich in München anzusiedeln, dort eine Korrespondenz zu übernehmen, und zugleich Rebaud's des Organs der Tabak- und Zigarrenarbeiter zu werden. Dort hat sich ihm wenigstens einigermaßen ein Wirkungskreis, der seinen Neigungen, Interessen und Fähigkeiten entsprach. Mittlerweile aber hatten sich andere Dinge ereignet. Selbstverständlich konnte die Partei unter dem Sozialistengesetz nicht darauf verzichten, Parteitage abzuhalten. Die Notwendigkeit dazu war im Jahre 1880 sogar außerordentlich dringend, und da war es wieder selbstverständlich, daß Auer sowohl an dem Kongreß in Byden als auch an dem Kongreß in Kopenhagen teilnahm. Hier aber ereilte ihn das Mißgeschick, daß er mit einer ganzen Anzahl seiner Freunde, die Kopenhagen besucht hatten, auf der Rückreise polizeilich festgenommen wurde. All den Verhafteten wurde der Prozeß gemacht, und im Jahre 1880 verurteilte das Landgericht zu Freiberg die Angeklagten wegen Zugehörigkeit zu einer ungesetzlichen Verbindung auf Grund des § 129 teils zu 9 und teils zu 6 Monaten Gefängnis. Zu denen, die am schwersten verurteilt wurden, gehörte auch Auer. Wir verbrachten damals die 9 Monate gemeinsam hinter den Kerkermauern des Juidauer Landgefängnisses, und da war es zum erstenmal, wo Auer, was man nach seinem Äußeren nicht für möglich gehalten hätte, mir gestand, daß allerlei innere Gebrechen seinen Körper zerrütteten. Darum hatte er auch schwerer als alle anderen unter dem Aufenthalt im Gefängnis zu leiden. Endlich erschien der Tag der Freiheit. Auer war 1886 nach München übersiedelt, aber dem Freiburger Geheimbundsprozeß folgte bald auch ein Geheimbundsprozeß in München, und bei der Stellung Auer's war er natürlich neben Bollmar der hervorragendste Angeklagte, und natürlich boten Polizei und Staatsanwalt alles auf, um wieder seine Verurteilung zu erzielen. Hier aber gelang es in erster Linie dem außerordentlichen Geschick Auer's, die Anlage des Staatsanwalts zu widerlegen und die Freisprechung der Angeklagten herbeizuführen. Wenige Monate später beauftragte ihn die Partei, nach Zürich zu gehen und dort hat er — wobei ihm unser Freund Richard Fischer tätig zur Seite stand — in einem Aufenthalt von wenigen Monaten das Buch: „Nach 10 Jahren“ geschrieben, das in klassischer, drahtischer Weise die Geschichte des Sozialistengesetzes und die Schandthaten darstellte, die von den herrschenden Klassen unter dem Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie begangen worden sind. Aber alle diese Vorgänge hatten dahin geführt, daß Auer weit mehr, als es äußerlich schien, innerlich nervös, zerrüttet wurde. Die Erschütterungen seines Nervensystems zwangen ihn nunmehr im Laufe des Jahres 1888, sich von allen Geschäften und Arbeiten zurückzuziehen, auf eine Reihe von Monaten in einer Wasserheilanstalt seinen Aufenthalt zu nehmen und dann an den Ufern des Genfer Sees durch einen längeren Aufenthalt seine erschütterte Gesundheit wiederherzustellen. Ich will es dankbar anerkennen, daß es damals die Hamburger Genossen waren, die in der schwersten Zeit des Sozialistengesetzes die nötigen Mittel aufbrachten, um ihm die Erholung zu ermöglichen. Sie hatten den Erfolg, daß er nun lange Jahre wieder arbeits- und kampffähig war. Dann kam das Jahr 1890, in dem es feststand, daß das Sozialistengesetz unmöglich geworden war, indem es feststand, daß es im Dezember zu Ende gehen würde. Als dann im Sommer 1890 die Leitung der damaligen Partei zusammentrat, um zu beraten, welche Vorlagen dem Parteitag, der in Halle stattfinden sollte, unterbreitet werden müßten, trat sie an Ignaz Auer mit der Frage heran, ob er bereit sei, seine alte frühere Stellung als Sekretär der Partei wieder einzunehmen. Selbstverständlich erklärte Auer sich mit tausend Freuden dazu bereit, und die Partei hat ihn dann durch ihre Vertreter zu diesem Ehrenposten gewählt. Nun, verehrte Parteigenossen, die Partei hat ihn wiedergewählt und immer wieder gewählt. Und was Auer seit 1890 für die Partei geleistet hat, was er als ihr Organisator, ihr parlamentarischer Vertreter und ihr Agitator vollbracht hat, das lebt noch in unser aller Gedächtnis. Leider aber kam die Zeit wieder, wo sich das frühere Uebel in verstärktem Maße wieder einstellte. Seit vollen vier Jahren war er verhindert, in der alten liebgewordenen Weise an der Tätigkeit im Amte teilzunehmen. Wohl suchte er sich durch längere Pausen die nötigen Kräfte zu verschaffen, um sich von neuem dem Dienst der Partei widmen zu können. Aber die Natur versagte, das Uebel wurde stärker und stärker; wir sahen alle mit Schrecken, daß seine Kräfte mehr und mehr abnahmen, daß ein schleichendes Uebel an ihm schritt, das keine Heilung zuließ. Und ich darf es offen aussprechen: Wenn ihn vor ein paar Tagen ein Schlaganfall, der uns allen überraschend kam, aus dem Leben abberufen hat, so war das bei dem Gesundheitszustand, in dem er sich befand, und der ihm für die Zukunft drohte, eine Wohlthat.

So ist Ignaz Auer dahingegangen, sein Name aber wird allezeit auf der Ehrenliste der Parteigeschichte leben. Ein Mann des Volkes ist er im besten Sinne gewesen, vom ersten Gedanken bis zum letzten Atemzuge. Ignaz Auer ist durch seinen Tod der Gattin entrissen worden, mit der er mehr als 30 Jahre in glücklichster Ehe lebte, ist seinen Kindern und Enkeln entrissen worden, die in schwärmerischer Liebe an ihrem Vater und Großvater hingen; ist der Partei entrissen worden, den Freunden und Kampfgenossen, die Jahre und Jahrzehnte mit ihm in einer Reihe standen. Nach einem selten reichen Leben ist er dahingegangen. Ignaz Auer, ruhe in Frieden! So lange wir leben, werden wir Deiner in Ehren gedenken!

In das ergriffene Schweigen der Versammlung klingen die ersten Worte von

Victor Adler

hinein:

Werte Leidtragende und Genossen! Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie bin ich hier, um mit Ihnen von Ignaz Auer Abschied zu nehmen. Wir waren uns nicht fremd. Wir standen ihm näher, als die Genossen, die ihn heute umfassen, aus Büchern und Zeitungen allein wissen können. Wir Oesterreicher haben ihn gut gekannt, — wir haben ihn sehr geliebt. An diesem Sarge empfinden wir besonders schwer den Verlust, der die gesamte Internationale betroffen hat. Die deutsche Sozialdemokratie hat das Glück, eine Reihe von ganz bedeutenden Männern hervorgebracht zu haben, und in dieser Reihe gehörte Auer mit zu den Allerersten. Er war nach unserem Empfinden der beste Typus des deutschen Proletariats mit all seinen Vorzügen, mit seinen großen Anlagen, seiner großen Begabung und seiner ungeheuren Fähigkeit, die Dinge nicht nur zu übersehen, sondern auch handelnd in sie einzugreifen und — sich zu opfern. Wir Oesterreicher insbesondere haben etwas Verwandtes in ihm gefühlt, lassen Sie mich es sagen, etwas Süddeutsches. Ignaz Auer ist ein Kämpfer gewesen, und da er ein proletarischer Kämpfer war, so hat er sich zu Tode gekämpft, wie viele Hunderte und Tausende in unseren Reihen. Sie starben, aber unsere Sache lebt, und ihre Gräber geben Zeugnis für die Unsterblichkeit unserer Ideen.

Nun spricht

Rosa Luxemburg:

Ich ergreife das Wort im Namen der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die mir den Auftrag gegeben hat, ihren Gefühlen an der Bahre unseres Ignaz Auer Ausdruck zu verleihen. Die russische Sozialdemokratie ist, als das jüngste Glied in der großen Familie des internationalen Proletariats, darauf angewiesen, von den älteren Geschwistern, von der westeuropäischen Arbeiterbewegung und namentlich von ihrer alten Vorhut, der deutschen Sozialdemokratie sowohl in der Theorie wie in praktischen Kämpfen wegweisende Lehren zu schöpfen. Die russische Arbeiterbewegung ist international nicht nur ihrem Geiste, ihren Idealen, ihren Endzielen und ihren Kampfmethoden nach, sie sieht zu der westeuropäischen und namentlich zu der deutschen Sozialdemokratie in dem warmen persönlichen Verhältnis eines treuen und dankbaren Schülers zum innig geliebten und hoch verehrten Lehrer. Und deshalb sind sowohl unsere großen Lehrmeister auf dem Gebiete der Theorie, wie auch die Bannerträger und Führer im praktischen Kampfe der deutschen Arbeiterklasse für die russische Sozialdemokratie, in der russischen Bewegung wohlbekannte und liebgeordnete Namen, nahe und vertraute Gestalten. Und unter ihnen ragt die redenshafte Gestalt Ignaz Auer's in erster Reihe empor. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß es keinen noch so engherigen Winkel in dem großen Zarenreiche oder richtiger heutzutage: in dem großen Revolutionsreiche Rußland gibt, wo der Name Ignaz Auer's in den Reihen der Kämpfer um die Sache der Freiheit nicht wohl bekannt wäre, wo man jeder seiner Weisungen in der Offenlichkeit nicht die größte Beachtung geschenkt, jedem seiner Worte nicht mit gespannter Aufmerksamkeit gelauscht hätte. Unser großer Vater hat es wohl in seiner großen Bescheidenheit kaum selbst geahnt, aber sicher hat er sich auch in den Herzen hunderttausender Kämpfer im fernen Rußland ein unvergängliches Denkmal errichtet.

Doch gibt es etwas in der markanten Persönlichkeit unseres betrübten Führers, was die Mäße der russischen Sozialdemokratie ganz besonders fesseln muß, es war nämlich etwas in unserem Ignaz Auer, was ihn teuer macht jeder sozialdemokratischen Partei, die eine wirkliche Arbeiterpartei sein will. Das ist: er war ein echter Sohn des Volkes, ein einfacher Proletarier, der sich durch eigenen Fleiß, durch eiserne Energie, durch höchsten Idealismus, durch glänzende Begabung zu der Stellung eines Parteiführers großen Stils emporgearbeitet hat. Ein echter Volksmann, hatte er auch auf den höchsten Stufen der Partei nicht nur Fühlung mit der proletarischen Masse bewahrt, nein, er war und blieb bis zum letzten Atemzuge Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein. Und das ist es gerade, was der russischen Sozialdemokratie am meisten not tut, das ist auch die wundete Stelle der heutigen revolutionären Kämpfe in Rußland, daß die junge russische Arbeiterbewegung noch nicht Zeit gehabt hat, aus eigenen Reihen des Proletariats solche Führer hervorzubringen. Dies ist auch die einmütige Meinung, die tiefe Ueberzeugung aller Kämpfer und Freunde der proletarischen Sache in Rußland: erst wenn das russische Proletariat imstande sein wird, nicht bloß begehrte und todesmutige Soldaten, sondern auch kuge, weitblickende Feldherren aus eigener Mitte zu stellen, Feldherren, Strategen und Organisatoren von der Größe und von der Begabung Auer's, ganz abgesehen von ihren jeweiligen Ansichten und ihrer Weisrichtung, — dann erst wird die Sache des Sozialismus wie der Revolution in Rußland ein rocher so bronze sein, der jedem Sturm trotzige die Stirn bieten kann. Erst wenn die russische Arbeiterklasse solche Söhne wie Ignaz Auer aus ihrem Schoße gebären wird, dann wird das Wort unserer Lehrmeister von der Befreiung der Arbeiterklasse selbst auch in Rußland in Erfüllung gehen.

Und deshalb hängen in diesem Augenblicke die Mäße der russischen Sozialdemokratie an der Bahre Ignaz Auer's mit innigster Verehrung. In den Peterburger Kafematten, in den Bergwerken Sibiriens, in den Holzkammern der Ostseeprovinzen, in den feineren Kaminen des polnischen Weichselgebietes trauert heute alles, was die Nationen Rußlands an Besten besitzen und überall sagen sich die Kämpfer der Revolution: heute wird ein Mann zur letzten Ruhe bestattet, dessen Lebenswerk und als leuchtendes Vorbild vor den Augen schweben muß, dem nachzuleben und nachzustreben unser, der Lebenden, Ziel sein und bleiben wird.

Im Namen der sozialdemokratischen Partei Hollands ruft dann

Niebuur-Amsterdam

Ignaz Auer den Dank seiner jungen Partei und ein Lebewohl ins Grab nach. Er sagt: Die sozialdemokratische Partei Hollands bringt dem großen modernen Kämpfer Ignaz Auer ihren letzten Gruß. Wir kleine, verhältnismäßig junge Partei stehen tiefbewegt an dem Grabe des Vorkämpfers, in dem großen Sturze unseres

Zeit. Sein Gedächtnis wird uns stärken in dem Kampf um die Befreiung des Proletariats, die Erinnerung an Ignaz Auer wird allen Parteien der Internationale ein Vorbild sein. Ignaz Auer, wir danken Dir für das Vorbild, das Du uns gegeben hast und hoffen, daß es uns vergönnt sein möge, mit den schwachen Kräften, über die wir verfügen, Deinen Schritten zu folgen.

Dann spricht

Fraunhölzel-Meckane

Die schlichten beweglichen Worte: Im Auftrage der Parteigenossen des 17. sächsischen Reichstagswahlkreises, den Auer 27 Jahre lang im Reichstage vertreten hat, bringe ich ihm die letzten Grüße. Was uns Ignaz Auer in diesen 27 Jahren war, wird unvergänglich bleiben. Lebe wohl, Ignaz Auer!

Aus der Hauptstadt Bayerns senden die Genossen ihrem alten Freunde durch

Pickelmann-München

die letzten Grüße. Er sagt: Was uns Auer speziell in den achtziger Jahren gewesen ist, wie er mit uns und für uns gekämpft und gestritten hat, das läßt sich in wenigen Worten heute hier nicht schildern. Was Auer auch der deutschen Partei und der internationalen Bewegung galt, uns Münchenern galt er seinerzeit mehr. Er war unser Führer, unser Berater, unser Lehrer und unser Freund. Auf dem Parteitag zu München vor einigen Jahren, als Auer zur Einigkeit mahnte und vor der Trennung warnte, da zitierte er das alte Verschen an das Dirndl, daß man ja nicht voneinander könne, weil man ja sonst allein bleibe. „Wir bleiben halt miteinander“. Damals hat er wohl nicht daran gedacht, daß er selbst uns sobald verlassen und allein lassen werde. Aber sein Wirken und Schaffen wird in uns fortleben, und der Name Ignaz Auer wird unvergänglich, unsterblich sein.“

Damit schließt der Kreis der Redner. Der Arbeitergesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ singt als Scheidegruß: „Wenn sich zwei Herzen scheiden“. Dann heben die Träger den Sarg hoch und es geht hinab zum Grabe.

Am Grabe.

Eine Stunde vergeht in erstem Schweigen. Eine Bewegung kommt von der Halle her. Unser Loter legt das letzte Stück seines Weges zurück. Entblößtes Hauptes lassen ihn die Genossen an sich vorüberziehen.

Die Sänger stimmen das Kuborsische Lied an: Zum Reich der Gräber rief uns die Freundespflicht. Ein teures Leben zerbrach die Todeshand. Wie ist der Schmerz so groß, wenn in der Erde Schoß Ein liebes Wesen hinab wir senken.

Langsam sinkt der Sarg in die Gruft bei den Klängen des Liedes: „Über allen Gipfeln ist Ruh“. Der letzte Ton ist verhallt.

Genosse Singer tritt an das Grab. Er sagt: Den Wunsch, Dir, teurer Freund, noch ein paar Worte des Nachrufes an der Gruft zu sagen, darf ich nicht erfüllen. Ich muß mich damit begnügen, Dir als letzten Gruß im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, als letztes Abschiedswort Deiner Freunde und Kampfgenossen zuzurufen: Du wirst uns nie vergessen sein, Du lieber Freund und Mitkämpfer. Sei gegrüßt, Du Unvergänglich. Der Gesangsverein intoniert das Lied: „Da unten ist Frieden“.

Die Angehörigen des Verstorbenen und die durch langjährige Waffenbrüderschaft mit ihm verbundenen Genossen aus dem Parteivorstande und der Reichstagsfraktion treten als erste heran, um als letzten Gruß eine Handvoll Erde in die Gruft zu werfen. — Dann folgt die lange Reihe der Kranzträger. Neben dürfen sie nicht halten. Sechs beehimte Staatswächter geben acht, daß dies Gebot nicht übertreten wird.

Jeder, der einen Kranz niederlegt, spricht einige Worte der Widmung. Meist wird noch mit Worten das Gelübde abgelegt, weiter zu kämpfen für das große Ziel, dem der unvergänglichste Tote sein Leben geweiht hat.

Nach und nach wächst ein langer, mannshoher Berg von Kränzen am Grabe empor. Rote und weiße Blumen leuchten aus kräftigem Grün und ein würziger Duft von frischem Lorbeer schwebt über der Gruft des Kämpfers.

Nun treten auch die übrigen Teilnehmer des Trauergefolges, nach Wahlkreisen geordnet, an das offene Grab. Eine nach Jehntausenden zählende Schar von Männern und Frauen zieht an der Gruft vorüber. Im Kampfe ergraute Genossen, Männer auf der Höhe des Lebens, Jünglinge am Beginn der Lebensbahn gehen einer nach dem anderen entblößtes Hauptes vorbei, werfen aus ernsten Augen einen langen Blick in die Gruft, einen letzten stummen Scheidegruß dem wackeren Kämpfer für die Ziele des klassenbewußten Proletariats.

Der letzte der Leidtragenden ist vorüber. Dumpf fallen die Erdschollen auf den Sarg. Die Gruft schließt sich. — Die Abendsonne scheint mit roter Blut auf den Hügel, unter dem ein Mann schläft, der, einfach und schlicht, großes geleistet hat. Ein Sohn des Volkes in des Wortes schönster Bedeutung.

Eine Gedächtnisfeier.

Die Parteischule ehrte noch am Sonntagvormittag in einer schlichten Trauerfeier das Andenken des verstorbenen Genossen Auer. Vor den Schülern und dem Lehrkollegium hielt Genosse Franz Mehring die folgende Gedächtnisrede:

Sie haben sich heute in diesem Saale versammelt, um sich noch einmal das Bild unseres Genossen Auer zu vergegenwärtigen, ehe Sie seine entseelte Hülle auf ihrem letzten Gange geleiten. Und wenn ich Sie recht verstehe, so leitet Sie dabei nicht allein ein Gefühl der Verehrung für eines der verdientesten Parteimitglieder, sondern auch ein Gefühl der Dankbarkeit für das Wirken des Parteivorstandes, der diese Schule gegründet hat, die Ihnen den Weg in die Kämpfe und Stürme des Lebens leichter macht, als es den alten Genossen und namentlich auch dem Genossen Auer möglich gewesen ist. Denn er hat sich ganz mit eigener Kraft aus den Tiefen der kapitalistischen Gesellschaft emporarbeiten müssen; es war ein weiter Weg mühsamer Selbstzucht, der aus dem armen Bauernbuben des bayerischen Waldes den Meister der Rede und Schrift machte, der sich sicher auf den geistigen Höhen des modernen Lebens bewegte. Sie alle oder doch viele von Ihnen kennen seine freie und wichtige Verehrbarkeit, die alle physischen Mittel verschmähte; aber Auer war auch ein ausgezeichnete Schriftsteller, so wenig Wesen er davon machte. Ich erinnere mich noch mit lebhafter Freude der Leitartikel, die er noch

in den letzten achtzig Jahren für das „Berliner Volksblatt“ schrieb; so geschickt umlegten sie die zahllosen Klippen des Sozialistengesetzes und strichen doch nie ihre rote Flagge, die sie am Masten führten. Genosse Auer gehörte nicht zu den ganz Alten in der Partei, obgleich er auf bald vierzig Dienstjahre zurückblicken durfte. Er zählte zu der Generation, die in den fiebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufkam, als die Partei vor einer Fülle neuer praktischer Aufgaben stand, als die eifrige Propaganda für die sozialistische Gedankenwelt nicht mehr genügte, als es hieß, sich zurechtzufinden in allen politischen und sozialen Tagesfragen. Der klassische Typus dieser neuen Generation, die im praktischen Dienste heranwuchs, ist Ignaz Auer geworden. Er hatte noch nicht dreißig Jahre erreicht, als er bei den sächsischen Reichstagswahlen im Jahre 1874 seltene organisatorische Talente entwickelte, die ihm in demselben Jahre schon den Posten des Parteisekretärs bei der Eisenacher Fraktion verschafften und das Jahr darauf auch bei der gemeintgen Partei. Diese Stellung hat er dann versehen bis an sein Ende, auch unter dem Sozialistengesetz, wenn nicht formell, so doch tatsächlich. Um ihn ganz zu verstehen, muß man die historischen Umstände würdigen, unter denen er zum Mann und Meister heranreife. Er kam noch mitten in den Streit zwischen Eisenachern und Lassalleanern, doch in einem Zeitpunkt, wo dieser Streit längst seinen historischen Sinn verloren hatte, wo die deutsche Einheitsfrage, um die er eigentlich entbrannt war, durch den deutsch-französischen Krieg für immer entschieden war. Der Kampf hatte zu lange gewährt, als daß die Bogen sich schnell hätten beruhigen können, aber er entartete und veränderte mehr und mehr in theoretische Haarpalaverien und Listereien, und wie Auer ein wesentliches Verdienst an der Einigung der beiden Fraktionen hatte, so hat er aus diesen Tagen überkommen auf der einen Seite die eiserne Energie, soweit er in der geschlossenen und ungetriebenen Einheit der Partei ihr höchstes Gut erblickte, auf der anderen Seite das Mißtrauen gegen alle theoretischen Auseinandersetzungen. Er selbst wurde der praktische Organisator der neuen Gesamtpartei und auf den Gotthard Parteitagen von 1876 und 1877 konnte er als Berichterstatter schildern, wie schnell der alte Haber erloschen sei und wie gewaltig die Bewegung wachse. Aber eben diese Erfolge erregten den Haß und die Wut der Gegner; das Sozialistengesetz wurde erlassen, dessen Schläge wenige so scharf empfanden wie Auer. Er stand seinen Mann auch in dieser schwersten Zeit. Danach kamen Tage, die wohl entschädigen konnten für alle überstandene Mühsal, die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo Auer einen Wirkungskreis gewann, um den ihn Könige hätten beneiden können, an leitender Stelle des gewaltig wachsenden Arbeiterheeres. Es waren Jahre glücklichen Schaffens für unseren vereinigten Genossen, aber auch sie haben ihm manch tiefes Leid gebracht. Die Arbeiterbewegung ist gewaltiger und größer als auch der gewaltigste und größte ihrer Träger, und wie selbst einem Warg nicht die Stunde heftigen Unmuts feripart geblieben ist, wo er die Partei auf falschen Wegen und seinen guten Rat mit Unrecht von ihr mißachtet zu sehen glaubte, so hat sich Auer nicht zurecht gefunden in den theoretischen Kämpfen, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in der Partei ausbrachen. Er hat ihre historische Verdrängung nicht verstanden, und indem er die doch einmal vorhandenen Gegenstände zu verweisen bemüht war, erreichte er das Gegenteil von dem, was sein Ziel war, verschärfte er sie mehr als nötig war, und es hat ihn ins Herz getroffen, als es im Jahre 1899, auf dem Parteitage in Hannover, einen Augenblick so schien, wenn auch mit Unrecht so schien, als sei das Vertrauen der Partei in ihn erschüttert. Sie werden nicht mißverstehen, wenn ich auch dieser Dinge an dem Tage gedenke, wo wir unseren Freund und Böhmer bestatten. Sein Verfehlen ist kein Schatten, der auf sein Bild fällt; es ist ein tragisches Schicksal, das sein Andenken verklärt. Denn es entsprong aus derselben Quelle, die ihn soviel Glänzendes und Großes, soviel Unsterbliches und Unvergängliches für die Partei schaffte; seine Ablehnung der Theorie war die Rehrseite der ungemein praktischen Begabung, der die deutsche Arbeiterbewegung so unendlich viel verdankt. Nichts Irrtümer, als wenn bürgerliche Gegner ihn halb und halb zu den Jhrigen zählen wollten, weil er wohl einmal über unser Endziel spottete. Es war seine Stärke und Schwäche, die Ursache seiner Kraft und ihre Schranke, daß er immer eine ausschließliche Arbeiterpolitik trieb, eine Politik, die völlig klar sah in der Gegenwart, aber die nicht ebenso klar zu machen verstand, daß die Arbeiterklasse, wenn sie sich wohlhabend emancipieren will, ihre Pläne auch in die Zukunft spannen muß, um eine neue Welt zu schaffen. Mit tiefer Trauer und Wehmut gebeten wir noch des ständigen Siechtums, das diesen Riesen an Geist und Kraft vor der Zeit gefällt hat; wer den Genossen Auer in den letzten Jahren gesehen hat, wird den herzerreißenden Anblick des unaufhaltsamen Verfalls nicht leicht vergessen. Nun aber, da wir seine sterblichen Reste dem Schoße der Erde übergeben, tritt sein Bild in ungetrübter Klarheit vor unser geistiges Auge, das Bild eines ganzen Mannes, eines Mannes aus einem Gusse, der hart gehämmert war in der gewaltigen Schmelze des proletarischen Massenbewußtseins, die ihn dann selbst den Hammer mit unvergleichlicher Meisterkraft schwingen sah. Für die Partei zu leisten, was Auer für sie geleistet hat, ist nur wenigen Auserwählten beschieden. Aber seines Wesens Wesenheit, die völlige Umgebung an den proletarischen Massenkampf, in dessen Dienst er jeden seiner Gedanken und jede seiner Handlungen spannte, sie ist uns allen als Erbe geblieben, und wir alle müssen dies Erbe verwirklichen, ein jeder nach seiner Kraft. Und wenn Sie sich nun bald wieder über Deutschland zerstreuen, so bitte ich Sie, nehmen Sie die Erinnerung an diesen Tag der Trauer mit, als eine bleibende Mahnung, dem Vorbilde des unvergänglichsten Genossen nachzueifern, dem wir heute das letzte Lebewohl sagen müssen.“

Tief ergriffen von den mit starker Innerlichkeit gesprochenen Worten erhoben sich die Versammelten zum Schluß, als wollten sie dadurch ein süßes Gelächern im Sinne der Mahnung des Redners ablegen.

Der von der Parteischule gestiftete Kranz trug die Widmung: „Dem leuchtenden Vorbild wahrer Arbeiterbildung — Die Parteischule.“

Die Internationale am Grabe Auers.

Den am Sonnabend mitgeteilten Beileidstelegrammen von den Bruderparteien des Auslandes schließen sich noch die folgenden an: Bern.

Wir betrauern im hingeschiedenen Ignaz Auer den neben dem unvergänglichsten Grillenberger hervorragenden Vorläufer des internationalen Proletariats, der aus der Arbeiterklasse Süddeutschlands hervorging.

Für die sozialdemokratische Stadtvertretungsfraktion Bern: Karl Moor.

Petersburg. Die sozialdemokratische Fraktion der Reichsduma sendet an die deutsche Bruderpartei den Ausdruck ihres tiefsten Beileids anlässlich des Todes des unermüdbaren Kämpfers für die Sache der Arbeiterklasse Ignaz Auer. Ehre dem Andenken

des verschiedensten Genossen; sein Name lebe ewig in den Herzen der Proletarier aller Länder. Im Auftrage der Fraktion: Der Vorstand.

Genf.

Unser tiefempfundenes Beileid anlässlich des Hinscheidens Auers, des unermüdbaren Kämpfers für die Sache des Proletariats.

Das Auslandskomitee des Jüdischen Arbeiterbundes.

Kopenhagen.

Die Sozialdemokratie in Dänemark drückt hierdurch ihr tiefstes Beileid aus bei dem schmerzlichen Verlust, welchen die internationale Sozialdemokratie durch das Ableben unseres energischen und tüchtigen Genossen Ignaz Auer erlitten hat. Wir rufen ihm einen herzlichen Dank nach für seine große und bedeutungsvolle Arbeit, deren Früchte auch uns zugute gekommen sind. Wir werden sein Andenken in fortwährender dankbarer Erinnerung behalten. Für die Sozialdemokratie in Dänemark: P. Knudsen.

Teplitz-Waldster.

Herzliches Beileid zum Dahinscheiden unseres alten Ignaz Auer senden die Glasarbeiter von Teplitz-Waldster, Böhmen.

Aus dem Reiche

sind noch folgende, teils der Familie des Toten, teils dem Parteivorstand zugegangene Beileidstelegramme zu verzeichnen:

Geier.

Dem Freund, dem Kämpfer für Recht und Brot, wir halten ihm Treue bis in den Tod. Wahlverein Geier-Lannenberg im Erzgebirge.

Johannsgorgenstadt.

Die herzlichste Teilnahme übermitteln die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins für den 20. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Sachsenh.

Dem tapferen Kämpfer einen letzten Gruß! Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Detmold.

Der heute versammelte Ortsverein Detmolds empfindet tief den Verlust, der uns durch das Hinscheiden Auers betroffen hat.

Ohlig.

Die versammelten Solinger Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes senden dem verstorbenen Vorläufer der Arbeitersache Ignaz Auer den letzten Scheidegruß.

Die Kranzspenden.

Ungemein groß ist die Zahl der Kranzspenden, die unserem verbliebenen Vorläufer auf seinem letzten Gange vorangetragen wurden. Nach einer oberflächlichen Zählung sind etwa 700 Kränze, alle mit entsprechenden Widmungen, im Zuge bemerkt worden.

Als diejenigen Körperschaften, welche dem Verstorbenen in der Parteioffiziation, der Parteiarbeit und dem Parteikampf am nächsten standen, waren der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sowie die Reichstagsfraktion durch Kranzspenden vertreten. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Berlins hat ihrer Kranzschleife die Widmung gegeben: „Tapfer im Kampf wie im Leid stehst Du in unseren Herzen immerdar.“

Auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Vororte hatten Kränze gesandt. Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin und Umgegend widmet dem Verstorbenen die Worte:

„Nun ruht der Schmerz, nun ruht auch der Schmerz, Den wir mit kühlendem Rasen beschütten. Raubte der Tod auch ein glühendes Herz, Das gegen Lüge und Dunkel gestritten. Schlummere nun sanft in der friedlichen Gruft.“

Jeder einzelne Wahlverein von Berlin, sowie die Wahlvereine der Vororte hatten außerdem noch besondere Kränze gesandt. — Natürlich waren auch die Parteioffiziationen aus allen Teilen des Reiches durch Kranzspenden vertreten. Aus der großen Fülle der Widmungen können wir nur einige herausgreifen. An die schwerste Zeit des Sozialistengesetzes, die ja auch in das persönliche Geschick unseres Auer hart eingegriffen hat, erinnert die Widmung, welche die Parteigenossen von Mecklenburg-Sirelitz auf ihre Kranzschleife setzten. Sie lautet:

Als gehobtes Bild der listern Reaktion, Kampf Du in schwerer, trüber Zeit zu uns; Rau und öde traufft Du unsern Ader an, Das Ertrungene war überall zerhäut in Dunst. Ein frischer Keim gelegt von Deiner mutigen, willigen Hand, Gepflegt mit Ausdauer, vereint mit der Besonnenheit, Er wuchs und schoß empor, gedieh auch in dem mecklenburgischen Sand.

Zum Trost der Gegner, aber uns und Dir zur Freud', Die Frucht zu reifen heißt noch mit im Obotritenland, Singst aber doch zu früh — zu ernten war Dir dort nicht viel beschieden.

Doch fahr wohl! Dein Erbe, es liegt sicher in der Genossenhand, Wir geloben Dir's! Ruhe sanft! und schlaf in Frieden!

Die Widmung des Agitationskomitees von Chemnitz nimmt auf die Wirksamkeit des Verstorbenen Bezug mit den Worten:

Jedweden zog er seine Kraft hervor, Die eigentümliche, und zog sie groß, Dieß jeden ganz das bleiben, was er war. Er wachte nur darüber, daß er's immer sei Am rechten Ort. So wußt er aller Menschen Vermögen zu dem feintigen zu machen.

Der Wahlkreis Auerbach-Reichenbach, den der Verstorbene früher vertrat, widmet seinen Kranz „Dem ersten sozialdemokratischen Vertreter unseres Kreises.“

Von der großen Verehrung, die Auer in dem bis jetzt von ihm vertretenen Wahlkreise Glauchau-Meerane genöß, zeugen eine große Zahl von Kränzen, die von einer Reihe politischer und gewerkschaftlicher Organisationen aus verschiedenen Orten des Kreises gesandt sind.

Ein Kranz, von den sozialdemokratischen Frauen Deutschlands gewidmet, trägt die Inschrift:

„Er hat für unsern Kampf auf Erden Ein scharfes Schwert verliehen, Daß eine neue Welt soll werden, Drum ehret ihn.“

Die sozialdemokratischen Berlinerinnen widmen dem Verstorbenen die Worte:

„Als Vorbild wirst Du allzeit gelten, Der Du, bis Dich des Todes Hände fällten, Dem Feind nicht einen Fuß breit Raum gegeben.“

Neben der großen Menge von Kränzen einzelner Wahlvereine aus allen Teilen Deutschlands sind auch solche von den Vorständen der Landes- und Provinzorganisationen vorhanden. Außerdem sind noch vertreten: Der Vorstand der Partei Polnischer Sozialdemokraten (P. P. S.), die russische Sozialdemokratie, die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens, die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs, die organisierten ungarischen Parteigenossen in Berlin.

Die Parkeisule widmet ihren Kranz dem leuchtenden Vorbild wahrer Arbeiterbildung. Die Teilnehmer des ersten gewerkschaftlichen Unterrichtsurses sind durch einen Kranz vertreten, ebenso die Berliner Arbeiterbildungsschule. Die Reihe der gewerkschaftlichen Organisationen eröffnet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit der Widmung: Am Volke, für das Du gekämpft und gestrebt, Dein Wirken unergänglich weiter lebt. Der Kranz der Berliner Gewerkschaftskommission trägt die Aufschrift:

Die Rechte hoch, die starke, eisenfeste, Geschicht zur Kunst, gestählt zum Tagewerke. Laßt frei erdönen unsern Schreie zur Weite, Daß jeder neu zu neuem Kampfe sich stärke. Unter den Gewerkschaften Berlins ist wohl keine, die dem modernen Kämpfer für die Rechte des Proletariats nicht einen Kranz gewidmet hätte. Von den größeren Gewerkschaften sind durchweg mehrere Kranzspenden vorhanden, sowohl von den Hauptverbänden, wie von den einzelnen Mitgliedschaften und Berufsgruppen. Der Vorstand des Sattlerverbandes widmet seinen Kranz „Dem Mitbegründer unserer Organisation“.

Aus Berlin und der Umgegend haben auch die Arbeiter vieler einzelner Fabriken, besonders der Metallindustrie, Kranze gesendet. Zwei dieser Kranze nehmen auf die neuesten politischen Ereignisse Bezug mit den Worten:

„Dein Mund ist stumm, doch Deine Worte leben Und führen uns zu der Erkenntnis Licht. Den Niederreiter wird man bald vergessen, Doch Dich vergißt man nicht.“

Auch aus dem ganzen Reiche haben Gewerkschaftskomitee und gewerkschaftliche Organisationen Kranzspenden gesandt. Die aus-gesprochenen Schauerleute in Hamburg-Altona sind gleichfalls mit einem Kranz beteiligt.

Katzenbach hat sich auch die Parteipresse durch Kranzspenden an der Leichenfeier beteiligt. Die „Neue Zeit“ widmet ihre Spende dem genialen Organisator des Proletariats. Der Kranz der „Neuen Welt“ trägt die Aufschrift: „Dem unerschrockenen Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Die Redaktion des „Vorwärts“ wählte die Widmungsworte: „Dem unermüdblichen Kämpfer und Organisator. Im Kampf für die Arbeiterfrage gabst Du Dich selbst.“ Der Kranz vom „Hamburger Echo“ trägt die Widmung:

„Er ist gefallen. Tragt ihn aus der Schlacht. Ein tapfres Kämpfer wars und kluger Führer.“

„Leipziger Volkszeitung“, „Sächsische Arbeiterzeitung“ und eine Reihe anderer Parteiblätter sind gleichfalls vertreten.

Schließlich sei noch erwähnt, daß auch von Arbeitervereinen, die keinen politischen oder gewerkschaftlichen Charakter tragen, Kranzspenden gesandt sind, so von der freien Volkshilfe, der Arbeiter-Samariterkolonne, dem Turnverein „Fichte“, dem Arbeiter-Raucherbund, dem Arbeiter-Sängerbund, dem Arbeiter-Radfahrer-verein, dem Ruderverein „Vorwärts“, dem Arbeiter-Athletenbund.

Von Patienten in Veelitz und in Buch, sowie von einzelnen Personen, die dem Verstorbenen als Freunde nahestanden, sind ebenfalls Kranze gesendet.

Eine auch nur annähernd umfassende Aufführung aller Spenden ist nicht möglich, dazu ist die Zahl der Zeichen dankbarer Liebe und Verehrung unseres unergelichen Auer zu groß. Sie alle legen Zeugnis dafür ab, daß das gesamte Klassenbewußte Proletariat Deutschlands und über die Grenzen des Reiches hinaus einen großen Todten betrauert.

Dankagung.

Allen lieben Freunden und Parteigenossen, die aus Anlaß des Todes meines geliebten Mannes und unseres Vaters so viele herzliche Beweise ihrer Teilnahme gegeben haben, sage ich auf diesem Wege in meinem und meiner Kinder Namen innigsten Dank. Besonders danke ich dem Parteivorstand, der mir in diesen schweren Tagen treu und hilfreich zur Seite gestanden hat, sowie allen hiesigen und auswärtigen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen für ihre große Teilnahme an dem schweren Verlust, der uns betroffen, und danke jedem herzlich, der gestern unserem teuren Toten die letzte Ehre erwiesen hat.

Berlin, 15. April 1907.

Frau Agnes Auer.

Zum Kampfe gegen die Kindergärten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte darauf aufmerksam gemacht, daß der heroische Kampf, den die Potsdamer Regierung gegen die Kindergärten eröffnet hat, einen berühmten Vorgänger in der Geschichte preussischer Auktorität gehabt hat. Sie hatte das Verbot angeführt, daß der Kultusminister Kammer im Jahre 1851 gegen sämtliche preussischen Kindergärten erlassen hatte, weil sie „einen Teil der Kräfte des sozialistischen Gebietes, das auf Heranbildung der Jugend zum Atheismus berechnet ist“, bilden.

„Durch das Verbot“, führte unser Leipziger Organ aus, wurde damals auch neben Froebel Diefenweg betroffen, der gerade vier Tage vor dem Verbot in Berlin den ersten Kindergarten eröffnet hatte. Diefenweg hat mit seinem Horn über diesen plumpen, von der Unwissenheit und dem Haß gegen freie Entfaltung in gleichem Maße diktierten Eingriff nicht zurückgehalten. Froebel, der damals schon ein alter Mann war und durch das Verbot in seinem innersten Herzen auf das schmerzhafteste betroffen wurde, sandte an den preussischen Kultusminister eine Aufklärung. Aber er erhielt eine Antwort, aus der der ganze Unfehlbarkeitsdünkel der preussischen Zensurbürokratie spricht: „Auf die Eingabe vom 27. d. M. erwidere ich Ew. Wohlgeboren, daß weder die in Ihrer Eingabe angeführten Gründe, noch die Einsicht der beigelagten Drucksachen Veranlassung bieten können, das von mir reichlich erwogene Verbot der nach Ihrem System eingerichteten und geleiteten Kindergärten wieder aufzuheben.“ Punktum!

Die „Neue Zeitung“ stellt sich über diese Ausgrabung aus der Geschichte der nationalen Schmach Preußens entzückt. Sie wittert gegenüber der jetzt inkonsequenten Nachahmung der Kammerischen Maßregel, daß die Schließung des Kindergartens berechtigt war, unterliegt keinem Zweifel“ und führt zur Begründung ihres Diktums an: „Genosse Hoffmann habe im August vergangenen Jahres bei dem Kinderfest eine Rede gehalten. Ob in der Tat dies fürchtbare Verbrechen begangen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Daß der Genosse Hoffmann die Liebeshörigkeit gehabt, zu den kleinen Kindern zu reden, so ist von ihm hierbei höchlich der Grundtat des freien Kindergartens beobachtet, jede Art der religiösen oder politischen Gefährdungsbefürchtung der Kinder grundsätzlich zu vermeiden. Und selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, so liegt nicht der geringste, durch irgend ein Gesetz gerechtfertigte Grund zur Schließung der Kindergärten vor. Die Regierung hätte dann erst Monate gebraucht, um einen ebenso unbedenklichen, die Kindererziehung berechtigtigenden Schritt zu tun, als der selbige Kammer unwilligen Angebensens. Das Verbot steht auf einem noch weit tieferen Niveau als die verfassungswidrige Anordnung, Sozialdemokraten nicht als Turnlehrer zuzulassen.“

Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Vorgehens der Regierung dümmert jetzt langsam auch der Charlottenburger „Neuen Zeit“ auf. Am 6. d. Mts. hatten wir das Eintreten dieses „freiwiligen“ Organs für die Wahrung der Rechte der Kinder niedriger gehalten. Das Blatt antwortet am 12. d. M. mit einer Schimpfandrohung gegen den „Vorwärts“. Ein ganz „gemeines Falschschreiben“ hätten wir verübt. Dem das Blatt habe die von uns niedriger gehaltene Verteidigung der Regierung nur als „Ein-

sendung“ gebracht und sei so „objektiv“ gewesen, auch einer zweiten Einwendung Raum zu geben, die die Maßnahme der Regierung nicht gut hieß. Das Blatt, das auch jetzt noch so „objektiv“ ist, mit keiner Zeile zu verraten, daß es die Kulturart gegen Kindergärten mißbilligt, spottet durch sein neuestes Elaborat seiner selbst und weiß nicht wie.

Der Artikelung des erziellichen Grundgebantens des freien Kindergartens gegenüber dem behördlichen Eingriffe soll eine demnächst stattfindende öffentliche Versammlung dienen.

Aus der Partei.

Adressen der deutschen Arbeitersekretariate.

(Die mit einem * bezeichneten sind Sekretariate des Bergarbeiter-Verbandes.)

- Zentral-Arbeitersekretariat, Berlin SO. 16, Engel-Allee 15. T. A. IV. 4631.
- Wachen*, Mauerstr. 46.
Münster (S.-A.), Wallstr. 89 p.
Angsborg, Jesuitengasse F 406 (Wittelsbacher Hof).
Sant-Wilhelmshafen, Peterstr. 30.
Barmen, Marienstr. 22, I. I.
Berlin SO., Engel-Allee 15 I.
Bernburg, Roschewigerstr. 26.
Bielefeld, Turnerstr. 45.
Bochum, Wiemelhauserstr. 40b.
Brandenburg a. H., Neustädtischer Markt 2.
Braunschw. Schloß- und Schlossengüter-Edde, I.
Bremen, Ostertorstr. 20 I.
Bremerhaven, Am Hafen 49.
Breslau, Nikolaistraße 18/19.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Wildemannsgasse 80 I.
Castrop, Vh. Hermes, Carlstr. 153a.
Chemnitz-Kappel, Zwickauerstr. 152.
Coburg, Mauerstr. 26.
Cöln a. Rh., Pergelgraben 20 I.
Cottbus, Burgstr. 29.
Crefeld, Klotterstr. 48.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Dessau, Altmühlstr. 107.
Dortmund, Kiehlstr. 5 I.
Dresden, Riesenbergstr. 2 III.
Duisburg, Friedrich-Wilhelmstr. 76.
Düsseldorf, Kasernenstr. 67a.
Eberfeld, Robertstr. 8a.
Effen, Kirchstr. 20.
Frankfurt a. M., Promenade 5.
Frankfurt a. M., Stolzestr. 17 p.
Freiburg i. Br., Kleinstr. 64.
Fürth, Theaterstr. 19 part.
Gelsenkirchen, Karlstr. 19.
Gera (Neub.), Alte Schloßgasse 11 I.
Gersdorf* (Bez. Chemnitz), Rob. Frauenstein.
Glabbeek*, Kolpingstr. 3.
Gotha, Erfurterstr. 2 (altes Gerichtsgebäude).
Guben, Schulstr. 7.
Halle a. S., Herz 42/43.
Hamburg I., Besenbinderhof 57/66 II.
Hamm i. W., Ritterstr. 43.
Hannover, Nützenstr. 2.
Hannover, Ringstr. 5.
Harburg a. Elbe, Sand 1 I.
Hildesheim, Schulstr. 4.
Hohheide*, Anton Duncker, Prinzstraße 95.
Jena, Ernst Otto, Frauengasse 9.
Karlsruhe, Kurdenstr. 10.
Kattwin (D.-S.), Mathausstr. 12.
Kiel, Gasstr. 24 partier.
Königsberg i. Pr., Boderrothgarten 50, Hof I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., Gasthof „Zur Sonne“, II.
Leipzig, Heigerstr. 32.
Ludensweiler, Karlstr. 56.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Lüdenscheid, Rob. Fischer, Mauerstraße 8.
Magdeburg, Fürsten-Allee 6 I.
Mainz, Junggasse 18, Hinterh. II.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Volkstr. 4.
Menden i. W., R. Litzinger, Kampstraße 39.
München I., Baderstr. 1.
Neu-Ruppin, Siedenstr. 1a II.
Nordhausen, Vorländerstr. 12.
Nürnberg, Gaudenzplatz 22.
Oberhausen Nbl., Marktstr. 5.
Offenbach a. M., Auster 9 II.
Osnabrück, Klusstr. 11.
Pferzheim, Waisenhausplatz 3.
Pöten, Halldorferstr. 19.
Recklinghausen, Hernerstr. 68.
Remscheid, Köhlerstr. 11a.
Roßau, Döbernerstr. 6.
Siegen, Heeserstr. 8 II.
Solingen, Kaiserstr. 25.
St. Johann - Walfahrt, St. Johannerstr. 37.
Stettin, Widmarstr. 9.
Straßburg i. E., Rintmatlbad 2.
Stuttgart, Ehlingerstr. 17/19.
Thamm b. Saalfeld, Eisenbahnstr. 7.
Waldenburg i. Schl., Friedländerstraße 28.
Wiesbaden, Borthstr. 11, I.
Worms, Mainzerstr. 19.
Wunsiedel, Koppentor 324.
Würzburg, Oberdürferstr. 11.
Zeitz*, Al. Dölle, Nordstr. 4.
Zwickau*, Ant. Strunz, Richardstraße 15.

Vorbereitungen zur Raifeier.

In Schweinfurt wurde die bisherige Art der Raifeier — Abhaltung eines Arbeiterfestes am ersten Sonntag im Mai — als der Bedeutung des Tages wenig würdig bezeichnet und daher beschlossen, die sonntägige Feier fallen zu lassen und auf den ersten Mai selbst zu verlegen.

In Fürth wird für die Arbeiter, die in der Lage sind zu feiern, am ersten Mai eine gemüthliche Zusammenkunft und abends eine Volksversammlung arrangiert, ein großes Raifeier findet am darauffolgenden Sonntage statt.

Personalien. Genosse Redakteur Wollenkühn verläßt die Redaktion des halleischen „Volksblattes“ und tritt am 1. Mai in die Redaktion der „Freien Presse“ in Eberfeld-Warmen ein. Die halleische Redaktion ist durch den Genossen Redakteur Leopold verstärkt worden.

Deutsche Sozialisten in der Schweiz. Der in Zürich domizillierte Landesauschuss der deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz hat seinen Jahresbericht für 1906 veröffentlicht, nach dem die Landesorganisation an 37 Orten 41 Sektionen zählt. Vier derselben haben keine näheren Angaben gemacht, die übrigen 37 haben zusammen 2787 Mitglieder. Nach den leider nicht genaueren Angaben waren 1878 Deutsche, 495 Oesterreicher, 333 Schweizer und 97 Angehörige anderer Nationen. 35 Sektionen haben in ihren Bibliotheken zusammen 11 686 Bände, von denen 5899 ausgeliehen wurden. Sozialdemokratische usw. Schriften wurden für 6658,51 Fr. in den Sektionen verkauft. Die zugeworfenen Genossen wurden mit 2405,15 Fr. teils in bar, teils in Natura (in den Speisegenossenschaften der Arbeiterbildungsvereine) unterstützt. Die Einnahmen des Landesauschusses betragen 2147,10 Fr., die Ausgaben 1810,65 Fr., der Kassenbestand 336,45 Fr., um 502 Fr. weniger als Ende 1905. Von den Ausgaben entfallen 521 Fr. auf Agitation. Der internationale Flüchtlingsfonds hatte 774,40 Fr. Einnahmen und 529,40 Fr. Ausgaben, so daß auf das Jahr 1907 ein Saldo von 245 Fr. verbleibt. Für den sozialdemokratischen Wahlfonds der deutschen Gewerkschaften wurden anlässlich der jüngsten Reichstagswahlen 8018,95 Fr. gesammelt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Leipzig, 15. April.

(Privattelegramm.)

Die Revision des Genossen Lojewski von der Erfurter „Tribüne“ gegen das Urteil des Erfurter Landgerichts vom 29. Oktober 1906 wurde heute vom III. Senat des Reichsgerichts verworfen.

Zu einem Artikel in der Nr. 33 der „Tribüne“ vom vorigen Jahre ist das Verhalten des Pastors Kirchner in Vösendeim bei der Verurteilung des Veteranen Brand kritisiert worden. Brand soll angeblich mit einer jüngeren Verwandten zusammengelebt haben und Pastor Kirchner unterließ deshalb einige bei der Verurteilung sonst übliche Zeremonien, was von den Ortseingewohnten und Angehörigen unangenehm empfunden wurde. Durch die Feststellung dieser Tatsache in dem Artikel fühlten sich Kirchner und das Konsistorium der Provinz Sachsen, das auf eine Beschwerde hin eingeschritten hatte, Kirchner sei im Rahmen seiner Befugnisse geblieben, entsetzt. Das Reichsgericht deshalb zu drei Monaten Gefängnis verurteilte, las auch noch aus dem Artikel den Vorwurf heraus, Kirchner habe mit seiner Hausgatterin in wilder Ehe gelebt. Die Revision rügte, daß Lojewski in der Verteidigung beschränkt wurde und daß die Weisungsanträge abgelehnt worden seien. Das Urteil, das Lojewski den Schwur des § 193 verlangte, enthalte an verschiedenen Stellen Widersprüche und sage selbst, daß der Pörrer objektiv nicht recht gehandelt habe. In Vösendeim sei wegen des Vorganges gegen den Pörrer eine starke Stimmung aufgekommen, und da die Erfurter „Tribüne“ viele Leser dort habe, sei die Zeitung verpflichtet gewesen, diesen Vorgang kritisch zu bezeichnen.

Der Reichsanwalt führte aus, die Anwendung der §§ 185 und 186 sei einwandfrei, § 193 sei mit Recht verjagt worden, da Lojewski kein persönliches Interesse gehabt habe. Mit den Weisungsanträgen habe er nur eine Verschleppung des Prozesses herbeiführen wollen. Der Senat schloß sich diesen Ausführungen an und verwarf die Revision.

Strafkants der Presse. Wegen Beleidigung des Bergwerksdirektors Haase in Zipsendorf ist Genosse Thiele vom Volksblatt für Halle* nun doch in der Berufungsinstanz (Strafkammer) zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Schöffengericht hatte auf Freisprechung erkannt. — Am 27. April kommt vor dem Reichsgericht der Pörrerbeleidigungsprozess zur Verhandlung, in dem Genosse Thiele bekanntlich wegen Beleidigung der Pörrer der Provinz Sachsen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Aus Industrie und Handel.

Wirkung der Zollschranke.

Aus den Aufzeichnungen eines Familienvaters, der in der Nähe der schweizerischen Grenze wohnt und eine Familie von acht Köpfen zu ernähren hat, bringt die „Frankfurter Ztg.“ Angaben über Preisdifferenzen, die sich bei Nahrungsmitteln im Wadischen gegenüber der Schweiz ergeben. Danach kostete

	im Wadischen	in der Schweiz
1 Pfd. Rindfleisch	80	85
1 „ Fett	80	84
1 „ Kalb- oder Schweinefleisch	100	80
6 „ Brot	80	65
1 „ Zucker	28	22
1 „ Kaffee	120	96

Da der Mann seinen Familiengebrauch auf 3 Pfd. Rindfleisch, 3 Pfd. Fett, 3 Pfd. Kalb- oder Schweinefleisch und 42 Pfd. Brot berechnet, ergibt sich in Waden allein für Brot und Fleisch eine Mehrbelastung von 142 Mark pro Jahr gegenüber den Preisen in der Schweiz. Für die Grenzabnehmer müssen solche handgreiflichen Erfolge der deutsch-preussischen Heimatpolitik das patriotische Gefühl außerordentlich heben.

Fünfhundertdreißig Mark Reingewinn pro Kopf. Die Continental-Gaoutchou- und Gutta-Percha-Compagnie, Hannover, erzielte im letzten Jahre einen Reingewinn von 2 956 455 M., bei einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 5556 Mann. Demnach entfällt auf den Kopf ein Reingewinn von 532 M. oder 62 M. mehr als im Vorjahre.

Verträgt kein Licht! Der letzte Geschäftsbericht der Viehzentrale, eine Gründung des belamten Herrn Ring, trägt die Aufschrift: „Vertraulich, nicht für die Presse!“ Die „Leipziger Zeitung“, der der Bericht zugegangen ist, teilt mit, aus welchem Grunde man die Oeffentlichkeit scheut.

Der Umsatz des Fetteiweißgeschäfts auf dem Zentralviehhofe hat im Jahre 1906 den ungeheuren Rückgang von 796 383,40 M. gegen das Vorjahr gemacht. Da müßte es doch stutzig machen, daß trotzdem eine Anleihe von 500 000 M. aufgenommen verurteilt werde. Die Viehzentrale habe Schulden in der Höhe von 936 086,71 M. und eigene Akzente im Betrage von 1 460 000 M. im Umlauf. Die Unkosten haben im Jahre 1906 190 450,04 M., die Ausgaben für Finken 111 071,00 M., und das Gehalt- und Lohnkonto auf dem Magdewiehhofe 95 389,87 M. betragen. Grundstück, Gebäude und Gebäude stehen mit 5 104 899,54 M. zu Buch und sind mit 4 190 000 M. belastet. — Danach ist anzunehmen, daß die Viehzentrale bald den Weg der Milchzentrale geht.

Neugründungen im I. Quartal 1907. Nach Ausweis der deutschen Handelsregister sind im I. Quartal 1907 63 Gesellschaften mit 79 285 Millionen Mark Kapital gegründet worden, gegen 71 Gesellschaften mit 140 073 Millionen Mark in der Parallellzeit des Vorjahres.

Steigerung der Holzfuhr. Die Einfuhr von rohem und teilweise bearbeitetem Bau- und Kuchholz nach Deutschland stieg von 8 402 298 Doppelzentner in den Monaten Januar und Februar 1906 auf 9 689 787 Doppelzentner in derselben Zeit 1907; es ergibt sich mithin eine Zunahme von 1 287 489 Doppelzentner. Wohl hat auch die Ausfuhr zugenommen, sie ist aber nicht beträchtlich genug, um das Plus der Einfuhr wesentlich herabzumindern. Sie ging von 417 374 Doppelzentner in den ersten beiden Monaten 1906 auf 675 291 in der Vergleichszeit 1907 hinauf. Die Ausdehnung in der Einfuhr ist in der Hauptsache auf die kräftige Wiedereinfuhr russischen Holzes zurückzuführen, während überseetische Hölzer noch immer ungenügend zugeführt werden.

Deutschlands Rohleistung.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands spiegeln die Produktionsziffern der Eisenindustrie. Es stellt sich nach den Zusammenstellungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Deutschlands:

Jahr	Rohleistung-erzeugung	einheimischer Verbrauch, Erzeugung und Einfuhr-Ausfuhr	pro Kopf der Bevölkerung Erzeugung Verbrauch
1880	2 729 088 t	1 752 634 t	61,2 kg 39,3 kg
1890	4 658 451	3 920 951	97,1 „ 81,7 „
1900	8 520 541	7 377 330	151,4 „ 131,1 „
1905	10 987 023	7 053 467	181,3 „ 116,4 „
1906	12 478 007	8 278 389	203,43 „ 134,96 „

Aus der Frauenbewegung.

Die englische Frauenbewegung. London, 15. April. Im Hydepark fand gestern ein Riesenmeeting statt, welches die Frauenrechtlerinnen veranstaltet hatten. Es wurden sehr scharfe Reden gegen die Regierung, namentlich gegen den Premierminister Campbell-Bannerman gehalten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Spandan. Am Dienstag, den 16. April, 8½ Uhr, bei Wöffe, Linden-ufer 17. Vortrag.

Charlottenburg. Mittwoch, den 17. April, 8½ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Vortrag: „Die Rechte und Pflichten der Frauen in der Kranken- und Invalidenversicherung.“ Referent: Dr. S. Rosenfeld. Kassenbericht der Revisoren.

Treptow-Baumgartenweg. Mittwoch, den 17. April, 8½ Uhr, bei E. Christ, Rantienhallerstraße-Edde Ernststraße. Vortrag: Herr Kurt Heimig.

Zegei-Vorshau. Mittwoch, den 17. April, 8½ Uhr, bei Schmidt, Zegei, Schlieperstr. 64. Vortrag von Fel. Krauß: „Einiges aus der französischen Revolution.“

Reinickendorf-Dt. Mittwoch, den 17. April, 8½ Uhr, bei Hoffmann, See- und Regierstraße-Edde: Vortrag Frau H. Schulz.

Pankow. Donnerstag, den 18. April, 8½ Uhr, bei Großfurt, Berlinerstr. 27. Oeffentliche Versammlung. Vortrag. Genossin Emma Thier: „Die Fürsorge-Erziehung und ihre Wirkung.“

Lichtenberg. Wanderversammlung für den Ortsteil Neu-Lichtenberg Montag, den 22. April, 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Kühnel, Wilhelmstraße-Edde Sophienstraße.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht für das Jahr 1906 der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Druck: D. S. Hermann, Berlin SW. 19.

Schriften der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterjugend. Nr. 5. Verhandlungsbericht der IV. Generalversammlung des Komitees der Vereinigung. 157 Seiten. Verlag G. Fischer, Jena.

Reichstag.

29. Sitzung vom Montag, den 15. April 1907, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Innern zum Titel Staatssekretär.

Abg. Horn (Soz.):

Wäre es den bürgerlichen Parteien wirklich damit Ernst, den Marken der Sozialpolitik, der so tief im Groben stecken geblieben ist, wieder flott zu machen, so könnte niemand froher darüber sein als wir Sozialdemokraten. Es wäre das eine Anerkennung für uns und eine Selbsteinschätzung Ihrerseits dafür, daß Ihre bisherige Sozialpolitik nichts taugte und daß die Versuche der Sozialdemokratie, Ihre bisherigen Gesetze durch Anträge zu verbessern, Anerkennung verdienen. Wir wollen nun einmal sehen, ob es Ihnen auch Ernst damit ist, alle die schönen Versprechungen, die Sie in Ihren Wahlreden gemacht haben, zu erfüllen. Wenn Sie es nicht tun, werden wir, die „Niedergerittenen“, Ihnen die Masse der betwählten Volkstauschung vom Gesichte reißen und werden dem getäuschten arbeitenden Volke zeigen, daß Sie keine Berechtigung haben, sich als Freunde und Vertreter der arbeitenden Klasse aufzuspielen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Pauli hat hier in der vorigen Woche behauptet, die Sozialdemokratie hätte überhaupt noch nichts geleistet und hätte sogar gegen das Krankenversicherungs Gesetz gestimmt. Er hätte nur auch angeben sollen, aus welchem Grunde das geschehen ist. Alle unsere Anträge haben Sie abgelehnt. Die Vertrauensärzte in den Krankenkassen sind Vertrauensärzte der Unternehmer, nicht der Arbeiter. Die Arbeiter wurden gezwungen, ihre schwer erworbenen Rechte in den freien Kassen aufzugeben.

Dann war hier auch sehr viel die Rede von dem Terrorismus der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften; besonders die Herren Pauli und Strefemann haben ihrem beschränkten Verstande Luft gemacht. Herrn Pauli weise ich auf die Tischarauswertung hin; da kann er den ausgeprägtesten Terrorismus finden. Aber auch Herr Strefemann kann in den Kreisen der Unternehmer, wenn er nur irgendwie aufmerksam die Vorgänge verfolgen wollte, sehr viel Terrorismus finden. Ich habe hier ein Schreiben des Verbandes der Glasindustriellen Deutschlands vom 10. April 1907, das zugleich mit einer Liste von 71 Arbeitern der Glas- und Spiegelmanufaktur R. Simon zu Kachen an alle Glasindustriellen von Kachen verandt ist, wodurch diese 71 Arbeiter vollkommen existenzlos gemacht, dem Hungertode überliefert werden sollen. Und was war das todeswürdige Verbrechen dieser Arbeiter? Sie hatten die Entlassung eines Schleifmeisters und mehrerer Botenarbeiter verlangt, von denen sie in schämmster Weise schikaniert wurden, und sie hatten gegen willkürliche Lohnabzüge bei schadhafte Gläsern sich gewehrt. Dafür werden sie auf eine schwarze Liste gesetzt und zum Hungertode verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das aber nennen Sie nicht Terrorismus!

Das der Arbeiterschutz in der Glasindustrie

größere Beachtung verdient, als er bisher beim Reichstag wie beim Bundesrat gefunden hat, ist allmählich auch dem Zentrum zum Bewußtsein gekommen; sonst würde sich Herr Kollege Trindorn nicht so abgemüht haben, diese Sache immer wieder zu betonen. Ich möchte aber doch feststellen, daß das Zentrum in hervorragender Weise mit schuld daran ist, daß der Arbeiterschutz in den Glasbetrieben noch so durcheinander mangelhaft ist. Alle unsere auf Verbesserung in dieser Richtung zielenden Anträge sind von den Herren Kollegen des Zentrums bekämpft und abgelehnt worden. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Augenblicklich handelt es sich beim Zentrum auch nur darum, daß die verbündeten Regierungen eine Verordnung erlassen sollen, durch welche in den Glashütten der familiäre Maximalarbeitstag eingeführt und die Sonntagsarbeit mit Ausnahme der erforderlichen Hilfsarbeiten zur Unterhaltung der Gasöfen verboten wird. Eine ähnliche Resolution des Zentrums sowie meiner Fraktion hat schon der vorige Reichstag angenommen. Der Bundesrat aber stellt uns noch erst Erhebungen und Berichte in Aussicht, und derentwegen beschäftigt uns dieselbe Angelegenheit noch einmal, sowohl in der vom Zentrum eingebrachten als in einer noch weitergehenden Resolution meiner Fraktion. Die Verarbeitung der Glasmasse an Sonn- und Festtagen ist noch immer zugelassen, sie ist nicht verboten, sondern nur etwas eingeschränkt. Mit vollem Recht kann man also sagen: die angebliche Sonntagsruhe in den Glashütten ist Fiktion und Scheinwert geblieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Verbiere man doch endlich einmal kurzweg die Verarbeitung der Glasmasse an Sonn- und Festtagen für alle Betriebe, dann erst sind die berechtigten Forderungen der Arbeiter in dieser Richtung erfüllt, und die Fabriken werden den Betrieb so regeln müssen, daß keine Umgehungen dieses Verbotes mehr vorkommen können. Das intensive heiße Gaslicht, die abnorme

Hitze bis zu 2000 Grad,

die den Ofenlöchern und Kloten entströmt, bringen die große Gefahr der Erblindung für die Bläser und Schmelzer mit sich. Das ist keine Übertreibung, wie schon die ständigen Versuche der Technik beweisen, diesem Uebel zu steuern. Aber private Verhütungsmittel können nur in sehr geringem Maße helfen; es müssen eben gesetzliche Vorschriften erlassen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welchen Gefahren die Glasarbeiter besonders in den Glashütten ausgesetzt sind, habe ich an dieser Stelle schon wiederholt ausgeführt. Ich freue mich, daß meine Schilderungen nicht ganz ungehört verlungen sind, daß wenigstens Erhebungen in den Glashütten und Schleifereien angestellt und darüber besondere Berichte erstattet werden sollen. Dr. Heuschner, ein hervorragender Kenner der Glasindustrie, übrigens kein Sozialdemokrat, also ein Mann, der nicht an sozialdemokratischer „Übertreibung“ leidet, hat eingehende Untersuchungen über die gesundheitlichen Gefahren in den Glashütten angestellt, und es geht aus ihnen mit logischer Konsequenz hervor, daß für diese Betriebe nicht nur die strengste Durchführung hygienischer Anordnungen, sondern auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf das notwendige Maß eine unbedingte Notwendigkeit ist. Insbesondere ist die Nachtarbeit zu verbieten; namentlich ist dies notwendig mit Rücksicht auf die jugendlichen Arbeiter. Das sollten nicht nur die sozialreformerischen Gelehrten, sondern alle verlangen, denen das Volkswohl am Herzen liegt. Würde das Reichsamt des Innern eine Zusammenstellung aller jugendlichen Arbeiter in den Glashütten veranstalten, so würde sich zeigen, wie zerrütend der Glasarbeiterberuf auf die Gesundheit dieser Arbeiter wirkt und der Bundesrat würde vielleicht ein durchschlagendes Verbot der Nachtarbeit erlassen. Es besteht auch kein Zweifel, daß auch unsere Industrieellen sehr wohl in der Lage sind, ihre Betriebe einem solchen Verbote anzupassen. Das Verbot der Kinderarbeit, das Verbot der Frauenarbeit in den Glashütten und an den Schleifständen hat eine gute Wirkung getan. So wird es auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit und dem Verbot der Nachtarbeit der Fall sein. Die Unternehmer behaupten, sie könnten das nicht mit Rücksicht auf die Konkurrenz, das ist aber ein Widerspruch in sich. Eine achtstündige Arbeitszeit, die für alle gilt, kann die Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigen. Der Bundesrat, der ja auch sonst internationale Verbindungen hat, würde doch leicht auch zu einer Vespöchung mit auswärtigen Mächten gelangen können, um internationale Vereinbarungen zu treffen. Ich lege Wert darauf, um zu betonen, daß man in Dänemark die Nachtarbeit in den Glashütten vollständig verboten hat, daß in Frankreich die Arbeitszeit in

den Glashütten erheblich eingeschränkt ist, daß auch in Belgien daselbst der Fall ist, freilich sind es überall die Arbeiterorganisationen gewesen, welche zu Verbesserungen gedrängt haben. Unsere Unternehmer wenden ein, daß in den Zeiten der Krise ihre Konkurrenzfähigkeit leiden würde. Aber auch das ist ein Widerspruch in sich; denn eine Krise würde in Ihren Wirkungen auch auf die auswärtigen Staaten übergehen, und gerade mit Rücksicht auf die Krise wäre es erst recht notwendig, die Nachtarbeit zu beschränken und die Arbeitszeit zu verkürzen, damit es dem Arbeiter durch die Einschränkung der Produktion möglich gemacht wird, auch während der Krise zu existieren. Die bürgerlichen Parteien von Normann bis Bismarck und Mugdan, die im Wahllampfe zur Vernichtung der Sozialdemokratie so großen Wert auf die Fortführung der Sozialreform gelegt haben, mögen nun einmal zeigen, daß sie ihre schönen Versprechungen auch einhalten können. Wenn Sie unsere Resolution annehmen und wenn der Bundesrat sie ausführt, würden Sie einer der geplagtesten Arbeiterschaften einen guten Dienst erweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dirksen (Rp.): Wir müssen Sozialpolitik treiben ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie; ihre Zustimmung zu irgend welchen Maßnahmen der Sozialpolitik werden wir niemals erreichen. Welche Konzessionen wir auch machen, sie übertrumpft uns doch immer. Ist doch von der Sozialdemokratie im Auslande sogar der Sechsstundentag gefordert worden. (Hört! hört! rechts.) Bei dem internationalen Charakter der Sozialdemokratie können wir nicht wissen, ob nicht auch die deutsche Sozialdemokratie solche Forderungen stellen wird. Meine Freunde wünschen Fortführung der Sozialpolitik im Geiste des verstorbenen Führers unserer Partei, des Freiherrn v. Stumm. Die Sozialpolitik darf sich nicht nur auf die Arbeiter erstrecken, auch der Mittelstand bedarf dringend des Schutzes. (Bravo! rechts.) Die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs haben wohl jedem Freunde der Sozialpolitik die beruhigende Gewißheit gegeben, daß an der Spitze des Reichsamts des Innern eine Arbeitskraft ersten Ranges steht, die das umfangreiche Ressort vollständig beherrscht. — Die Ausführungen des Herrn Raumann über die Erziehung der Industrieuntertanen durch Industriebürger usw. hörten sich ja sehr schön an, aber der Weisfall, den Herr Raumann auf der äußersten Linken fand, wird ihm wohl gereicht haben, daß er durch solche Ausführungen mehr die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt. — Daß das heutige Vereins- und Versammlungsrecht, insbesondere in Preußen, rückständig ist, geben wir zu; hier muß eine moderne Gesetzgebung Platz greifen. Ausgeschlossen möchte ich allerdings wissen, daß Kinder- und jugendliche Versammlungen zugelassen werden. Wenn der Herr Staatssekretär übrigens bemerkte, die Aufhebung des Verbindungsverbots sei ihm sehr verdacht worden, so befindet er sich da wohl im Irrtum. Nicht diese Aufhebung selbst, sondern der Zeitpunkt, zu welchem sie erfolgte, gleich nach der unqualifizierbaren Behandlung der Arbeitswilligenvorlage durch den Reichstag, erschien vielen als unzulässige Nachgiebigkeit gegenüber der äußersten Linken.

Redner geht des weiteren auf die vorliegenden sozialpolitischen Anträge ein und kündigt dabei einen Antrag seiner Freunde auf Reform der Besindeordnung im preussischen Abgeordnetenhaus an! Sehr zu bedauern ist es, daß die Gesetze über den kleinen Befähigungsnachweis und zur Sicherung der Bauforderungen nicht schon in dieser Session eingebracht sind; sie würden zweifellos erledigt werden können.

Redner kommt dann auf seine früheren Angriffe gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer Stellung zum Mittelstand zurück: Herr Que hatte mir vorgeworfen, ich hätte die Debatte auf ein tiefes Niveau heruntergedrückt und hätte seinen Freunden Peus und Bod unanständige Unterstellungen gemacht. Nach der eigenen Darstellung des Herrn Peus aber im „Vorwärts“ für Anhalt-Desau hat Herr Peus, wie ich es ausgeführt, gesagt, daß er durch seine Agitation für die Genossenschaften dafür sorgen wolle, daß noch einige Wärdmeister dankrott würden. Ich halte das nicht für besonders handwerkerfreundlich. Auch die von mir zitierte Aeußerung, „den Arbeitern könne der Untergang des Mittelstandes gleichgültig sein“, hat tatsächlich in dem Munde des Herrn Bod in Göttinge standen, und zwar nicht als „Eingeländ“, wie Herr Que meinte. Ebenso halte ich meine Aeußerung aufrecht, daß die Agitatoren der Sozialdemokratie von den Großen bezahlt werden, die man von den Arbeitern erpreßt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Nach den Berechnungen der Parteitage und der Gewerkschaften betragen die Gehälter der Beamten 2400—4200 M., und daß die Gelder dafür tatsächlich vielfach nur unter Ausübung von Zwang von den Arbeitern erlangt werden, beweist eine Reihe von Briefen, die mir aus Anhalt meiner damaligen Ausführungen zugegangen sind. Gegen meine damaligen Ausführungen ist der „Vorwärts“ später in einem äußerst scharfen Artikel losgezogen, und angezogen durch diesen Artikel des Herrn Stadthagen hat dann am 19. März Herr Bebel Angriffe gegen mich gerichtet, die wunderbarer Weise dem Ordnungsruf entgangen sind. Wir müssen es uns verbitten, daß ein solcher Ton von den Vertretern der Sozialdemokratie in dies Haus hineingebracht wird. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Es wäre traurig, wenn es Uebung würde, persönliche Titel und Beziehungen in die Debatte zu bringen. Herr Bebel würde es wohl sehr unheimlich empfinden, wenn man davon spräche, daß er sich als früherer Drechslermeister sehr ungehobelt gegen mich benommen hat. (Sehr gut! rechts.) Ich möchte dem Abg. Bebel raten, wenn er sich an einem Mitgliede des Hauses reiben will, sich nicht Herrn Stadthagen zum Muster zu nehmen. Herr Stadthagen hat sich sehr musterergültig gezeigt bei Treibspulationen oder der Aufstellung von Liquidationen (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Stadthagen: Führen Sie Tatsachen an, nicht Verdächtigungen), aber für den guten Ton ist Herr Stadthagen oder der „Vorwärts“ nicht maßgeblich. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Herr Bebel sollte sich lieber Herrn Heine zum Muster nehmen. Wir kämpfen lieber gegen ein scharfes Messer als gegen einen Wafelbecken. (Bravo! rechts.)

Zum Schluß kommt Redner wieder auf einige Fälle von angeblichem Terrorismus sozialdemokratischer Arbeiter zu sprechen, unter anderem beim Hamburger Hafenarbeiterstreik, und fordert schärfere Maßregeln zum Schutze der Arbeitswilligen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich möchte einmal rein sachlich klarlegen, wie im einzelnen der Schutze der Arbeitswilligen wirklich gestaltet werden kann. Jeder unabhängige Mensch, jeder, der das Prinzip der Freiheit im bürgerlichen Leben hoch hält, muß es mißbilligen, wenn Zwangsmaßregeln gelbt werden gegen irgend jemand, auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes Handlungen zu ergreifen oder zu unterlassen. Wenn man aber alle Fälle in der Presse, die hier im Parlament vorgeführt werden, wegen eines ungerathenen Zwanges gegen Arbeitswillige, gegen Arbeiter näher prüft, so wird man immer finden, daß alle diese Fälle bereits jetzt unter das bestehende Strafgesetzbuch fallen. (Sehr richtig! links.) Daß diese Fälle nicht verfolgt werden können, liegt nicht daran, daß die gesetzlichen Strafvorschriften nicht ausreichen, sondern es liegt daran, daß sehr häufig sich kein Kläger findet und noch häufiger kein Zeuge. Wenn man solche Fälle, wie sie mir auch an o n h m häufig zugehen, den zuständigen Behörden zur Verfolgung übergibt, so zerrinnt die ganze Sache unter den Fingern (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Weil sie nicht wahr sind! Lachen rechts.), nach meinem Eindruck häufig, weil die Geschädigten nicht den Mut hatten, die Klage ausrecht zu erhalten und häufig, weil die Zeugen nicht den Mut hatten, Zeugnis abzulegen. (Hört! hört! rechts.) Daraus folgert ich, daß neue gesetzliche Maßregeln wahrscheinlich an der Sache nicht viel ändern werden. Es kommt darauf an, daß sich die Geschädigten zusammenschließen, gemeinschaftlich gegen einen solchen ungesetzlichen Zwang Front machen und die Hüße in Anspruch

nehmen, die ihnen Staatsanwalt und Polizei gewähren muß, wenn diese Fälle, wie behauptet wird, wirklich richtig und zutreffend sind. Im Reichsjustizamt wird ja der Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch aufgestellt. Dabei wird die Frage ernst zu prüfen sein, ob es möglich ist, durch schärfere, korrektere Fassung der Paragraphen gegen Verpressung, gegen Ehrverletzung, gegen unberechtigten Zwang, gegen Verurteilung etwas zu erreichen. Wenn man aber an einer so verantwortungsvollen Stelle steht, wie ich, lernt man jeden Tag zu. Ich muß Ihnen offen gestehen, ich bin auf Grund meiner Erfahrungen zu der Ansicht gekommen, daß ich es für falsch halten würde, jetzt diese Sache anders zu verfolgen als auf Grund eines allgemeinen Strafgesetzbuchs, das gegen jeden gilt. Wird dies korrekter gefaßt, falls es nicht genügen sollte — was mir zweifelhaft ist — so wird es Sache der Gerichtsbehörden sein, die einzelnen Fälle energisch zu verfolgen und demjenigen, der sich nicht leicht wehren kann, den Schutz angedeihen zu lassen, auf den jeder Staatsbürger unzweifelhaft Anspruch hat. Wenn man aber häufig Angriffe richtet gegen die Regierung, gegen die Gesetzgebung, gegen die Behörden, daß sie nicht einschreiten, so wiederhole ich: Die Schuld liegt nicht daran, daß das Gesetz nicht da ist, sondern daran, daß häufig weder ein Kläger noch ein Zeuge da ist.

Abg. Dr. Potthoff (rs. Vg.): Nicht weniger, wie Herr v. Dirksen meint, sondern mehr muß auf sozialpolitischem Gebiete in Rücksicht auf die Sozialdemokratie geschehen. Darin gebe ich Herrn v. Dirksen recht, daß die sozialpolitische Unfruchtbarkeit der letzten Jahre nicht ganz Schuld des Bundesrats ist. Tatsache ist aber, daß für eine Reihe von Gesetzentwürfen eine Mehrheit vorhanden sein würde. Das ist auch der Fall bei der Fürsorge für die Privatbeamten.

Mit großer Freude werden die technischen Angestellten die Ankündigung des Staatssekretärs begrüßen, daß sie gesetzlich den Handelsangestellten gleichgestellt werden sollen; nur möchte die Konkurrenzklause, dieser schärfste Beweis des unsozialen Charakters unserer Gesetze, für die technischen Angestellten ebenfalls beseitigt werden.

In dem angeforderten Vereins- und Versammlungsrecht wird das wichtigste sein, die polizeilichen Befugnisse einzuschränken. Offenbar wird es einen Fortschritt bedeuten auch zur Erweiterung des Koalitionsrechts, das allen Staatsbürgern ohne Ausnahme zustehen muß.

Herr v. Dirksen klagte über den Terrorismus der Arbeiter. Ich möchte ihn fragen, wie er über den überaus schlimmen Terrorismus der Reeder denkt, ob er auch hier den Verpressungsparagraphen angewendet wünscht. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Präsident Graf Stolberg: Von mehreren Seiten ist mir der Wunsch ausgedrückt worden, daß diesmal, entgegen unserer sonstigen Gewohnheit, schon bei der zweiten Lesung über die Resolutionen abgestimmt werde. Auch ich halte es angebracht, die zahlreichen Resolutionen für angebracht, daß im Anschluß an die Diskussion über sie abgestimmt wird.

Abg. Jund (nall.): Schärfere gesetzliche Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb sollten eingeführt werden; dies liegt im Interesse des Mittelstandes, dem wir den Sieg in der letzten Wahlschlacht ausschließlich verdanken. Glaubt der Mittelstand, daß der kleine Befähigungsnachweis und der Schutz der Bauhandwerker in seinem Interesse liegt, so werden meine Freunde die Hand dazu bieten, wie überhaupt zu Maßnahmen, die den Mittelstand fördern. — Bei dem angeforderten Vereins- und Versammlungsrecht sollte man die freierliche Gesetzgebung Württembergs und Hessens zum Muster nehmen; daß die Ausschließung der Frauen von politischen Vereinen und Versammlungen überlebt ist, darin sind wohl alle Parteien einig. Auch ein absolutes Verbot der Teilnahme von Minderjährigen an politischen Versammlungen läßt sich nicht aufrechterhalten; auch die jungen Leute müssen teilnehmen dürfen, wo es sich um ihre Berufsinteressen handelt, und das ist häufig in politischen Versammlungen der Fall. Dagegen kann ich in der Vorlage über die Reichsbürgerschaft der Berufsvereine zu meinem Bedauern keine annehmbare Regelung der Materie erblicken; dazu sind zu viel kleinliche polizeiliche Maßnahmen in ihr enthalten. — Dem Herrn Staatssekretär muß ich darin vollkommen recht geben, daß die jetzigen Strafbestimmungen vollkommen zum Schutze der Arbeitswilligen ausreichen. Uebrigens liegt im § 153 der Gewerbeordnung zweifellos eine Inparität zumungunsten der Arbeiter. Nach diesem Paragraphen wird ein Arbeiter wegen der bloßen Drohung bestraft: „Wenn Du Dich nicht koalierst, wirst Du verachtet“, nicht aber ein Arbeitgeber, der durch irgend welche Mittel verhindern will, daß seine Arbeiter sich koalieren! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Inparität ist aus dem Gesetz schlechterdings nicht hinwegzulegen; sie wird nicht nur bestraft von den Sozialdemokraten, sondern auch von den Hirsch-Dunderschen und den Christlichen (Sehr richtig! im Zentrum) sowie von namhaften Sozialpolitikern. Freilich müßten vor einer Änderung der Gesetzgebung die Arbeitgeber gehört werden darüber, ob sie bei einer solchen Einschränkung ihres Hausrechts die Weiterführung des Betriebes noch für möglich halten. Das beste wäre, den § 153 ganz zu streichen und es nur bei den allgemeinen Strafbestimmungen zu belassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Betonen möchte ich jedenfalls, daß das ganze Arbeiterrecht im Koalitionsrecht gipfelt. Nur durch dies kann erreicht werden, worin das Interesse der Arbeiter gipfelt: möglichst hohe Löhne. Zum Schluß muß ich mich gegen die geplanten Schiffabgaben wenden; es ist unabweisbar geblieben, daß auch das Reichsjustizamt erklärt hat, daß sie im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Götze v. Ohlenhufen (Welfe) bringt zur Sprache, daß ein Beamter gemahregelt wurde, weil er bei den Wahlen für ihn eingetreten ist.

Abg. Schiffer (Z.): Die Sozialdemokratie hat bisher, wie sie behauptet, die sozialen Gesetze abgelehnt, weil sie ihr nicht weit genug gingen. Sie hätte aber dann, wenn sie sie für unbrauchbar hielt, konsequenterweise Anträge auf Abschaffung dieser Gesetze einbringen müssen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube freilich, daß heute kein Arbeiter, auch kein vernünftiger Sozialdemokrat, wünscht, daß alle unsere sozialen Gesetze nicht existierten. Wir national und kritisch gesinnten Arbeiter halten die soziale Gesetzgebung für eine große Errungenschaft. Die Grundlage einer guten Sozialpolitik ist ein gutes Koalitionsrecht; es müßten diejenigen bestraft werden, die den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben. Tatsächlich tun das manche Unternehmer. Redner führt hierfür Beispiele an. Solche Fälle sind nicht vereinzelt, die Gewerkschaften aller Richtungen wissen ein Lied davon zu singen, wie groß der Terrorismus der Unternehmer ist. Schon aus Gerechtigkeitsgefühl sollte man das Staatsbürgerrecht der Arbeiter anerkennen. Aber man soll auch nicht vergessen, daß der Unternehmerterrorismus hauptsächlich da gelbt wird, wo die sozialdemokratischen Organisationen noch schwach sind, so daß die christlichen und national gesinnten Arbeiter hauptsächlich darunter leiden. Wäge also endlich der Bundesrat das Koalitionsrecht ausbauen, aber nicht bloß für die gewerkschaftlichen Arbeiter, sondern auch für die Unterbeamten aller Art. Auch auf diesem Gebiete wird sehr viel gefündigt. Der Einschränkung des Koalitionsrechtes der Beamten reihen sich an Versuche der Polizei, den Arbeitern die Lokale zu Versammlungen abzutreiben, wobei unterschiedslos alle Arbeiter als Sozialdemokraten bezeichnet werden.

In Süddeutschland haben die Unternehmer nationale Arbeitervereinigungen gegründet, die aber nichts als richtige gelbe Gewerkschaften sind. In Oera sind jetzt sogar reichstreue Gewerkschaften seitens der Unternehmer in der Textilindustrie gegründet, in welche sie ihre Beamten hineingezwungen haben. Wir verlangen in den Arbeiterorganisationen freies Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und wollen keine Unternehmer drin haben; wir haben

unserer Organisationen nicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet, sondern zur selbständigen Vertretung der Interessen der Arbeiter.

Nun will ich mich noch kurz zu einem anderen Gegenstande wenden:

Es ist vom Beisitzungsstag für Arbeiterinnen gesprochen worden; wir verlangen diesen als Maximalarbeitstag für alle Industrie-arbeiter. Man soll mit der Arbeitskraft der deutschen Arbeiter nicht klüppeln. Für die in Fabriken beschäftigten verheirateten Frauen muß die Arbeitszeit wesentlich herabgesetzt werden. Wir wünschen eine großzügige Sozialpolitik.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.): Herr Semler gegenüber behauptete ich, daß die Meeres- so ziemlich die rückständigste Gesellschaft im deutschen Staate sind, während der Stand der Schiffsoffiziere ein vorgezeichnetes und deshalb anspruchsvoller ist. Die Meeres-Veranstaltungen, daß der Schiffsoffizier nur die Interessen der Meeres-Verleiher gegen die Arbeiter und daß er auch seine eigenen Interessen gegen die Meeres-Verleiher vertritt. Das ist aber nicht möglich, weil die Schiffsoffiziere eine Organisation geschaffen haben, die für diesen Stand auch ganz besonders wichtig ist. Den Meeres-Verleiher gilt freilich diese Organisation wie überhaupt jedes Bestreben zur Verbesserung der Lage von Angestellten für sozialdemokratisch. In ungeschminkter Weise gab Herr Börmann dieser Auffassung Ausdruck, um diese Bestrebungen zu diskreditieren. Die Meeres-Verleiher hat bestritten, sie habe eine Anweisung erlassen, daß der wachhabende Offizier nicht auf der Brücke zu sein brauche, sondern Mannschaftsdienst mit zu leisten habe; sie hat Herrn Dr. Semler mitgeteilt, sie könne eine solche Anweisung in ihrer Korrespondenz nicht finden. Nun, ich lege ein Exemplar dieser Anweisung, welche die Offiziere zur Pflichterfüllung im Interesse der Meeres-Verleiher, auf den Tisch des Hauses nieder! (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Ein Verlesungsantrag Singer wird mit den Stimmen des Zentrums angenommen.

Es folgen

persönliche Bemerkungen gegen v. Dirlsen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr v. Dirlsen hat in Bezug auf mich erklärt, daß ich für den guten Ton nicht maßgebend sei. Für guten Ton halte ich, offen und rücksichtslos dem Gegner die Antwort zu geben, wie es der Wahrheit und seinem Verhalten entspricht. Den guten Ton werde ich beibehalten und weise den Versuch des Herrn Dirlsen zurück, mit Behauptungen zu teil werden zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat Herr v. Dirlsen gesagt, ich hätte mich sehr musterhaft gezeigt bei Getreidespekulationen oder der Auflösung von Liquidationen. Darauf habe ich ihm, so daß er es hören mußte und gehört hat, zurufen, er möge sich näher darüber auslassen und an Stelle seiner unfaßbaren Redensarten klare und deutliche Behauptungen aussprechen. Das hat Herr v. Dirlsen nicht getan. Ich fordere ihn nun hiermit auf, zu sagen, was er mit diesen Andeutungen gemeint hat. Würde er es nicht tun, so würde das allerdings mit dem guten Ton, wie ich ihn für notwendig halte, nicht übereinstimmen. Es wäre eine unoffene, feige Verdächtigung, die freilich der Art und Weise des Herrn v. Dirlsen durchaus entsprechen würde. Ich fordere ihn also auf, die Tatsachen anzugeben, auf die hin er diese allgemeinen Verdächtigungen hier ausgesprochen hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Sie haben aber nicht das Recht, einem Abgeordneten feige Verdächtigungen vorzuwerfen, selbst nicht in bedingter Form; ich muß Sie deshalb zur Ordnung rufen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hue (Soz.): Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht alles zurückweisen, was Herr v. Dirlsen in Bezug auf meine Person gesagt hat. Ich würde es ja als eine große Ehre empfinden, wenn einer der Herren Abgeordneten sich viel mit meinen Reden beschäftigt, sofern dieses Mitglied sozialpolitisches Verständnis besitzt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vorbeugend will ich bemerken, daß es wirklich schwer ist, gegenüber Herrn v. Dirlsen die Formen des persönlichen Unwesens zu wahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirlsen hat es so dargestellt, als ob beim Vergarbeiterstreik mit meiner Zustimmung Vergewaltigungen der Arbeitswilligen vorgekommen seien. Da kam ich mich auf den Grafen Pofadowsky berufen, der damals erklärte, daß die Meldungen über Ausschreitungen in vielen Häusern, wie von der Polizei festgestellt worden, von der Berichterstattung erfunden werden. Was den angeblich von meinem Parteifreunde Bod im Schlußmacher-Postblatt gelehrten Artikel gegen den Mittelstand anlangt, so hat Herr v. Dirlsen heute wiederum nicht aus dem Original, sondern aus einem bürgerlichen Blatte in Gotha dieselbe Unwahrheit, die ich richtiggestellt habe, wiederholt. Ich glaube nicht, daß es parlamentarisch ist, dies Verhalten mit dem Ausdruck zu belegen, den man im Volke dafür hat. Ich habe die Empfindung, der ja auch Herr Bodhoff Ausdruck gegeben hat, daß Herr v. Dirlsen wiederum die Debatte auf ein sehr tiefes Niveau herabgedrückt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bebel (Soz.): Herr v. Dirlsen hat sich bitter darüber beschwert, daß ich für meine Aeußerungen vom 10. März ihm gegenüber keinen Ordnungsruf erhalten habe. Meine damaligen Aeußerungen waren provoziert durch Angriffe des Herrn v. Dirlsen auf meine Partei. Er warf uns vor, daß wir begabte Agitatoren haben und fuhr wörtlich fort: Sie begabten sie nicht einmal von Ihrem eigenen Gelde, sondern von den Geldern, die Sie von den Arbeitern erpressen! — unter Bezugnahme auf die gesamte hier anwesende sozialdemokratische Fraktion. Herr v. Dirlsen schüttelt den Kopf; das steht aber im Stenogramm, das Wort „Sie“ ist groß geschrieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem Herr v. Dirlsen mit dieser Beschuldigung die allgemeine Enttäufung auf dieser Seite des Hauses hervorgerufen hatte, und der damalige Präsident gesagt hatte, wenn er damit Sozialdemokraten hier im Hause gemeint habe, so würde diese Aeußerung hier im Hause unzulässig sein, erklärte Herr v. Dirlsen, er habe gesagt: „Besonders werden die Gelder, die die Sozialdemokratie braucht, aus den Arbeitern zum Teil erpreßt“, — was er vorher nicht gesagt hatte. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß er sowohl mit den damaligen wie den heutigen Aeußerungen in keiner Weise den Befähigungsnachweis erbracht hat, daß er als Renier für den parlamentarischen Anstand zu gelten hat. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Semler (Nat., persönlich): Gegenüber Herrn Raab habe ich hervor: ich habe nur gesagt, das apokryphe Schreiben einer kleinen Meeres-Verleiher aus dem Jahre 1903 konnte nicht eine genügende Unterlage für eine Resolution eines Offiziersvereins aus dem Jahre 1908 geben.

Abg. v. Dirlsen (Rp., persönlich): Herr Bebel bemerkt ich, daß nach den Gepflogenheiten jedes Parlaments bezügliche Angriffe, wie die in meiner Rede vom 11. März, sich niemals gegen die anwesenden Mitglieder einer Partei richten. (Widerpruch.) Herr Hue erwidert ich, daß ich ihn nicht genannt, nicht einmal an ihn gedacht habe. Den Fall mit Bod habe ich lediglich aus einer Zeitung vorgelesen. Herr Stadthagen hat bestritten was ich gesagt habe. Da bleibt mir als Trost eine Aeußerung, die auf dem Dredener Parteitag von Richard Fischer gefallen ist, daß eine Bestreitung Stadthagens keine Bestreitung ist. Ich meine Darlegungen in der „Post“ am 22. Januar.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg., persönlich): Ich habe den Brief nicht als Originalschreiben bezeichnet, sondern als Facsimile. Ein Datum usw. enthält er nicht, um nicht erkennbar zu machen, woher er dem Offiziersverein zugegangen ist. Die Meeres-Verleiher besitzt 48 Dampfer mit 4000 Tonnen.

Vizepräsident Baasche: Das ist nicht persönlich.

Abg. Bebel (Soz.): Persönlich: Der Abgeordnete v. Dirlsen hat meine allgemeine Bemerkung in der Rede vom 10. März auf sich persönlich bezogen. Meine Bemerkung über die Klatscherei und die

äußerliche Bornhaftigkeit war rein sachlich. Wenn Herr v. Dirlsen sie auf sich bezog, so kann ich nur lebhaft bedauern, daß er sie nicht so beherzt hat, daß ich sie heute zurücknehmen könnte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete v. Dirlsen hat auch heute wieder bestritten, daß er am 11. März schwere Beschuldigungen gegen meine Fraktion gerichtet hat. Das ist mir angesichts des offiziellen, von Herrn v. Dirlsen selbst forgerigierten Berichtes (hier ungedruckt, (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seine Beschuldigung, daß Arbeitergelder erpreßt wurden, bezog sich ausdrücklich auf die hier anwesende sozialdemokratische Fraktion. Erst als der Präsident eingriff, hat Herr v. Dirlsen das, was die Studenten „Ineisen“ nennen. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirlsen hat behauptet, ich hätte den Mitgliedern der Meeres-Verleiher persönlich Bauernlegen zum Vorwurf gemacht. Einen solchen Vorwurf habe ich in der ganzen Session überhaupt noch nicht ausgesprochen. (Weiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Soz., persönlich): Es ist unwahr, daß ich die Behauptungen des Herrn v. Dirlsen bestritten habe. Ich konnte sie gar nicht bestritten, (Abtrufe rechts) weil Herr v. Dirlsen gar nicht behauptet hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe vielmehr Herrn v. Dirlsen ausdrücklich aufgefordert, Behauptungen aufzustellen, Tatsachen anzuführen. Da hat er nun das getan, was Bebel soeben mit „Ineisen“ bezeichnete. Er hat im Rahmen einer persönlichen Bemerkung sich jetzt auf einen Artikel der „Post“ vom 22. Januar dieses Jahres berufen. Diesen Artikel und die Erzählung seines Gewährsmannes Dredner — ich habe die „Post“ nicht zur Hand, ich nehme an, gemeint ist der Angriff eines Rechtsanwalts Dredner — habe ich in öffentlicher Versammlung unter der Annahme, der Verbreiter kommt dem Sachverhalt für eine „freie, unverschämte Verleumdung“ erklärt und gebeten, mich deswegen zu verlagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich halte, führte ich in der Versammlung aus, diese Verbreiter nämlich nicht für wert, vor Gericht zu fordern, nicht einmal für wert, ins Gesicht gespien zu werden. Die Behauptungen, die da aufgestellt sind, sind nach den Reichstagsverhandlungen offenkundig feststehende freie Verleumdungen. Wenn Herr v. Dirlsen sich zum Kolporteur macht — — ihm steht es an. (Weiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Die britische Reichskonferenz.

Die Blüte des englischen Liberalismus fällt in eine Zeit, wo England wirtschaftlich ohne Rivalen dastand und wo seine Besitzungen von niemand bedroht wurden. Seine Maschinen und seine Waren beherrschten den Weltmarkt, und seine Flotte beherrschte das Meer. Die europäischen Staaten hatten nicht besseres zu tun, als ihre Untertanen niederzuhalten; die Vereinigten Staaten von Amerika waren ganz im Innern beschäftigt und Ostasien befand sich noch in mittelalterlichen Zuständen und bildete auf die Briten wie auf Barbaren, denen man zwar nicht widerstehen, aber auch nicht nachahmen darf. Unter diesen außerordentlich günstigen Umständen schritt der Liberalismus von Sieg zu Sieg. England wurde sehr reich, und es blieb scheinbar auch mächtig, trotzdem seine Heeresorganisation in Stille ging, seine Flotte vernachlässigt wurde und seine Kolonien sich um das Mutterland nicht kümmerten. Die Liberalen sahen darin eine glänzende Bestätigung ihrer Lehren und demokratisierten das Land.

Nach und nach trat aber in der außerenglischen Welt ein Umschwung ein. Schon im Jahre 1872 begann Dorothea an der Richtigkeit der englischen Politik zu zweifeln und bezeichnete es in einer Rede als einen Fehler, daß England seine Kolonien befreite, ohne sie durch einen Zolltarif und eine Militärkonvention an das Mutterland zu binden. Seitdem wurde der Umschwung immer klarer. Die Engländer sahen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts mächtige Konkurrenten auf dem Weltmarkt und auf dem Weltmeer entstehen. Europa und Nordamerika industrialisierten sich; es wurden überall Flotten gebaut; es entstanden überall Reibungsflächen, aber die im Liberalismus gezogenen Staatsmänner hatten keine Mittel, diesem Umschwunge zu begegnen. Stolz und Machtbewußtsein besaßen sie wohl genug — dies war das Erbe einer großen Vergangenheit. Aber sobald es zu Taten kam, zogen sie sich kleinmütig zurück. Die englische Politik der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bietet deshalb ein niederdrückendes Schauspiel. Die Desorganisation wurde augenfällig. Doch unter solchen Umständen England nicht nur nichts von seinem Reiche verlor, sondern gar noch bedeutende Eroberungen machen konnte, das ist dem unerschöpflichen Optimismus, dem Selbstvertrauen und dem tiefen politischen Sinn der englischen Nation zuzuschreiben. Aber schlecht stand es damals um das britische Reich.

Hinzu kam noch die Entwidlung der Kolonien, deren Wirtschaftslieben einen nationalen Charakter annahm und sich nicht mehr mit dem englischen Freihandel vereinigen ließ. Die Kolonien begannen eigene Industrien zu gründen und deshalb eine Schutzpolitik zu treiben, durch welche die Einfuhr englischer und überhaupt fremder Waren erschwert wurde. Vom wirtschaftlichen Standpunkte betrachtet, waren die selbständigen Kolonien vom Mutterlande so gut wie getrennt. Diesem auseinanderreisenden Momente wirkten aber zwei andere Momente entgegen. Erstens brauchten die Kolonien einen Markt für ihre Ackerbauprodukte, und der einzige freie Markt war England, da inzwischen alle anderen in Betracht kommenden Staaten zum Schutzoll übergegangen waren; zweitens brauchten sie militärischen Schutz, und diesen konnte ihnen nur die englische Flotte gewähren, da die Kolonien selber finanziell bis jetzt noch zu schwach sind, um sich einen großen Militäretat leisten zu können. Der militärische Schutz wurde ihnen aber um so nötiger, als die Kolonien sich plötzlich von mächtigen Nationen umgeben sahen. Deutschland erwarb Kolonien in Ozeanien und Afrika, Japan schlug China zu Wasser und zu Lande, die Vereinigten Staaten traten in die Weltpolitik ein — die Welt hatte sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts mächtig verändert.

Diese Faktoren veranlaßten die Kolonien, sich wieder dem Mutterlande zu nähern, ebenso veranlaßte dieser Umschwung die englischen Staatsmänner, von der liberalen Kolonialpolitik abzugehen und nach einer neuen Reichsorganisation zu suchen, die sowohl die Vorzüge der Einheitspolitik wie die der Freiheit in sich vereinigen soll.

Wirtschaftliche und politische Bedürfnisse geben unserem Fühlen und Denken einen ihnen entsprechenden Inhalt; sie geben uns neue Empfindungen, Vorstellungen und Gedanken, die sich zu einem Ideale vereinigen. Und dieses neue geistige Leben fesselt unser ganzes Wesen an die neuen, vom materiellen Leben gestellten Aufgaben.

So entstand der britische Imperialismus, dem viele britische Staatsmänner mit allen Fasern ihrer Herzen anhängen und dem englische Dichter und Denker kraftvollen Ausdruck verliehen.

Umfassende gesellschaftliche Organisationsaufgaben lassen sich aber nur langsam lösen, und zwar erst nach vielen Versuchen. Die Geschichte der Organisationsversuche des britischen Imperialismus begann im Jahre 1887. Im April und Mai jenes Jahres tagte in London die erste Kolonial-Konferenz, um „die Bande des Reiches enger zu knüpfen“. Da die Gründe dieser Versuche wirt-

schafflicher und militärischer Natur waren, so betraf die Konferenz über die Zollpolitik und die militärische Verteidigung des Reiches. Der Kap-Holländer Mr. Hofmayer, der geistige Leiter des Afrikaner-Bonds, stellte folgenden Antrag:

Es ist möglich, die Einheit zwischen den verschiedenen Teilen des britischen Reiches zu befestigen durch einen Reichszolltarif. Neben den bestehenden Zöllen soll von den nach dem Reichs vom Auslande eingeführten Waren ein Zoll erhoben werden, der in einem militärischen Reichsfonds fließen soll.

Ein ähnlicher Antrag wurde vom Vertreter Queenslands (Australien) begründet. Die zweite Konferenz tagte in Ottawa (Kanada) im Jahre 1894; sie faßte den Beschluß, „daß es ratsam sei, den Handel innerhalb des Reiches gegenüber dem Handel mit dem Auslande zu begünstigen“. Die Beratungen und Beschlüsse der Kolonial-Konferenzen vom Jahre 1887 und 1894 blieben ohne praktischen Erfolg. Die dritte Konferenz tagte im Jahre 1897 in London, und diese blieb nicht ohne Folgen. Sie führte bekanntlich zur Kündigung der Handelsverträge Englands mit dem deutschen Zollverein und mit Belgien, um es Kanada zu gestatten, dem Mutterlande einen Vorzugstarif zu gewähren. Die vierte Konferenz tagte in London im Jahre 1902 und nahm folgende Resolution an:

Die Konferenz erkennt an, daß ein Vorzugstarif innerhalb des Reiches zur Befestigung des Reiches beitragen wird. Unter den obwaltenden Umständen ist der Freihandel innerhalb des Reiches unmöglich, wohl aber soll jede Kolonie dem Mutterlande einen Vorzugstarif gewähren. Die Premierminister der Kolonien stellen das Verlangen, daß das vereinigte Königreich (Großbritannien und Irland) die koloniale Einfuhr begünstige, entweder durch Befreiung von den bestehenden oder später aufzu-erlegenden Zöllen, oder durch Herabsetzung dieser Zölle.

Diese Resolution hat bereits in Südafrika zur Nachahmung Kanadas geführt. Ebenso haben die Kolonien — mit Ausnahme von Kanada — die Beiträge zu den Kosten der Erhaltung der Flotte erhöht. Diese Beiträge sind jedoch minimal. Das Haupthindernis zu einem allgemeinen Reichsvorzugs-Tarif ist, wie bekannt, das englische Freihandelsystem, das es dem Vereinigten Königreich unmöglich macht, die koloniale Einfuhr zu begünstigen. Diese Einfuhr besteht aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die von England nur begünstigt werden könnten, wenn es zum Kornzoll zurückkehrte. Und eine solche Zollpolitik stößt in England auf fast unüberwindlichen Widerstand. An diesem Widerstande brach sich ja sogar die eiserne Energie Chamberlains.

Am 15. April 1907 tritt die fünfte Kolonial-Konferenz in London zusammen. An ihr beteiligen sich: Australien, Neuseeland, Kanada, Neufundland, Kapkolonie, Natal, Transvaal, die durch ihre Premierminister Alfred Deakin, Sir J. G. Ward, Sir Wilfrid Laurier, Sir Robert Bond, Dr. Jameson, J. R. Moor, General Botha vertreten sind. Die Hauptgegenstände der Beratung sind: die Konstitution der künftigen Kolonial-Konferenzen, Vorzugstarif, Reichsverteidigung, Reichsbürgerrecht und Auswanderung. Dazu kommt eine ganze Reihe kleinerer Punkte, die Münzen, Maße und Gewichte, Post, Reichslabel, Schifffahrt, Rechtsangelegenheiten, Potentia, die Politik im Stillen Ozean und die Bildung eines Reichsrates betreffen. Die meisten und wichtigsten Resolutionen kamen von Australien. Wir geben einige wieder:

Reichsrat. Aus den offiziellen Vertretern Großbritanniens und der Kolonien soll ein Reichsrat gewählt werden, dem ein permanentes Sekretariat beigegeben werden soll, um den Rat des Reiches über alle Reichsfragen zu informieren.

Vorzugsstarif. Der betreffende Resolution vom Jahre 1902 ist hinzuzufügen: Die Vorzugsbehandlung, die die einzelnen Kolonien dem Mutterlande gewähren, soll auch den Kolonien untereinander gewährt werden. Es ist wünschenswert, daß Großbritannien den kolonialen Waren eine Vorzugsbehandlung gewährt.

Schifffahrt und Küstenhandel. Es ist wünschenswert, die Regierungen der Kolonien und Großbritanniens auf die Schifffahrtsgesetze, die im Reiche und in anderen Ländern bestehen, aufmerksam zu machen und es für ratsam zu erklären, die Privilegien des Küstenhandels im Reiche denjenigen Ländern zu verweigern, die diesen Handel in ihren Ländern auf die Schiffe der eigenen Nation beschränken.

Inseln im Stillen Ozean. Angesichts der wahrscheinlichen Vervollendung des Panama-Kanals ist es wünschenswert, die britischen Interessen im Stillen Ozean zu stärken.

Diese Resolutionen zeigen, daß Australien tüchtige Staatsmänner besitzt.

London, 15. April. Die Kolonialkonferenz wurde heute vormittag 11 Uhr eröffnet. Der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman, der in der Eröffnungssitzung den Vorsitz führte, begrüßte die auswärtigen Vertreter und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beratungen zu nützlichen Ergebnissen führen würden. Nach einer Erwidderung seitens der kolonialen Vertreter betraf die Versammlung die Geschäftsführung.

London, 15. April. Die Rede Campbell-Bannermans auf der heutigen Eröffnungssitzung der Kolonialkonferenz bestand im wesentlichen aus allgemeinen Erörterungen. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß hinsichtlich der Frage der Vorzugsbehandlung Wege gefunden werden würden, welche alle Seiten befriedigten.

Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch festgesetzt.

Soziales.

Unternehmerterrorismus verliert nicht gegen die guten Sitten.

Wie vor einigen Wochen mitgeteilt, haben die hanseatischen Gerichte sich mit einem Zivilprozeß beschäftigt, durch den ein Etid Unternehmerterrorismus schlimmster Art enthüllt worden ist. Was wir nicht für möglich hielten, ist doch eingetroffen; das hanseatische Oberlandesgericht unter dem Vorsitz seines Präsidenten Siebeking hat das landgerichtliche Urteil in Bremen bestätigt, wodurch einem Unternehmerverein das „Recht“ zugestanden wird, einen mißliebigen Arbeiter aus seinem Bezirk hinauszujaugen.

Von dem Arbeitsnachweis der Baugewerke an der Unterweser ist ein Kleingewerke D. verbannt worden, weil er agitatorisch aufgetreten und sich sogar vermessend hat, für streikende Arbeiter zu sammeln. Dieses furchtbare Verbrechen wurde mit der Hungerpest geahndet, indem er aus der Arbeit entlassen wurde. Erhält er nach langem Suchen Arbeit, so wurde er stets auf Betreiben des „Arbeitsnachweises“ wieder entlassen, und wollten die Arbeitgeber sich dem Waghelb des „Nachweises“ nicht fügen, so wurde ihnen mit Materialsperrung gedroht. Mit bürren Worten wurde seitens des Nachweises dem Gemahregelten gesagt: „Es ist zwecklos, daß Sie noch kommen.“ D. machte darauf gegen den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für die Unterweser, unter dessen Kontrolle der famose Nachweis steht, eine Schadenersatzklage in Höhe von 588 M. geltend. Das Landgericht zu Bremen wies die Klage ab, weil das Verhalten des Beklagten nicht gegen die guten Sitten verstöße. Wenn der Kläger aus Verheitelheit sei, so hätte er trotzdem die Besetzung verlassen können, um sich im übrigen Deutschland Arbeit zu suchen; denn die Frau bilde kein Hindernis, sie habe dem Manne zu folgen, hieß es unter anderem in dem tiefgründigen Urteil.

Partei - Angelegenheiten.

1. Wahlkreis. Heute Dienstag, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale „Dräpfels Festhale“, Neue Friedrichstr. 35, die Fortsetzung der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis statt; die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Kommissionen. (Presk., Lokal- und Agitationskommission.) 2. Anträge. 3. Vortrag des Parteisekretärs Gen. Kollmann über: „Der Wert des Parlamentarismus für die sozialdemokratische Partei.“ Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 Uhr findet im Mekpalast, Alexanderstr. 110, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Reichstagsabgeordneter Severing. Vielelefeld spricht über: „Das Weiterleben nach Sozialreform“. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Rixdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Hoppes Festhale, Hermannstr. 49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vorstandsb. und Kassenericht. 2. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 3. Bericht von der Kreis-Generalsammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Schöneberg. Parteigenossen! Heute Dienstag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, findet in E. Obys Festhale, Reiningersstr. 8, eine Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Bedeutung der Wertzuwachssteuer. Referent Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum. 2. Die Ablehnung der Wertzuwachssteuer im Stadtparlament und die uferlose Sozialpolitik. Referent Stadtverordneter Küter. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Männer und Frauen! Erscheint in dieser Versammlung, um den Hausagrarern und Bodenspekulanten eine kräftige Antwort auf ihr Vorgehen zu geben. Der Vorstand.

Charlottenburg. Auf die heute, Dienstag, abend stattfindende Generalversammlung machen wir noch einmal alle Mitglieder des Wahlvereins aufmerksam und erwarten deren pünktliches Erscheinen, da die Versammlung Punkt 8 Uhr eröffnet wird. Steglitz. Heute abend findet in allen Bezirken Flugblattverbreitung zu den Stadtverordnetenwahlen statt. Vollzähliges Erscheinen der Genossen erwartet. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend findet bei Grube, Kaiserallee 85, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung, die Generalversammlung von Groß-Berlin, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zehlendorf. Heute abend 8 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von Demo Widley, Potsdamerstr. 25, statt. Auf der Tagesordnung steht außer dem Bericht von der Kreisgeneralversammlung Fortsetzung des Vortrags über das Erfurter Programm durch den Genossen Ullm. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Heute Dienstag 8 1/2 Uhr in Speers Festhale Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Bericht von der Kreis-Generalsammlung. 3. Wahl der sechs Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin und Anträge hierzu. 4. Unsere Reise. 5. Wichtige Mitteilungen des Vorstandes. Genossen! Sorgt für guten Besuch der Versammlung. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Karl Schulze, Haffelwerder- und Hennstraße-Ecke, seine Generalversammlung ab. Der Genosse H. Schubert-Berlin wird einen Vortrag über unsere Volksschule halten und ist es nun Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Teltow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Eugen Dersch, Zehlendorferstr. 4, statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Die Wahlvereinsversammlung findet am morgigen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Schumannschen Lokale in Wildau statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung, Bericht des Mal-Komitees und Verschiedenes. Um zahlreiche Beteiligung der Genossen von Königs-Wusterhausen, Nieder-Teich und Wildau ersucht. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Engel, Eichbornstr. 73, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag über: „Unser Parteiprogramm.“ Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen. Die Mitglieder können in der Versammlung die Einjahrskarten für sie am 1. Mai stattfindende Feier in Empfang nehmen. Der Vorstand.

Vorkwalle. Der Wahlverein hält heute abend 8 1/2 Uhr bei Reuter Diskutierabend ab. Vortrag: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.“ Gäste haben Zutritt. Wilhelmshagen. Heute Dienstag, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Barth, Viktoriastraße. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Spanbau. Heute abend bei Kumpke, Schönwalderstraße, Generalversammlung des Wahlvereins. Vorstandsb. Bericht der Lokal-Kommission, des Arbeiter-Bildungsvereins und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Genossen dringend notwendig. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Monaco in Berlin.

Eine schwere Woche hat die Berliner „gute Gesellschaft“ hinter sich. Sechs Tage hintereinander war im Opernhause Galavorstellung und da dürfen Angehörige der Besten von den Besten nicht fehlen. Der Fürst von Monaco war nach Berlin gekommen und hatte gleich sein ganzes Opernensemble mitgebracht. Dem Kaiser sollte der finanzielle Ertrag der Monte Carlo-Oper für einen bestimmten Zweck zur Verfügung gestellt werden und da schied es sich für einen Angehörigen der oberen Reichtümer, Abend für Abend nach dem Hause am Opernplatz zu fahren; hatten die Beteiligten denn doch auch das Gefühl, für Schließung engerer Beziehungen der Völker mit beigetragen zu haben. Bei uns wird dieser Zweck nicht nur durch Austausch von Professoren von Land zu Land zu fördern gesucht, sondern auch durch Aufmerksamkeiten gegen ausländische Musiker und Theaterregisseure. Das ist heutzutage modern und die Mode muß mitgemacht werden. Was aber die Hauptsache ist, „man“ war dabei; es war übrigens noch eine besondere Ehre, dabei sein zu können, denn auch der Kaiser ließ es sich nicht nehmen, allabendlich mit dem Fürsten von Monaco die Musik der Monte Carlo-Oper anzuhören.

Interessant ist eine Schilderung des „Berliner Tageblatt“ über diese Galaabende. Es heißt in einer derselben:

„Über das merkwürdigste an diesen Galaabenden ist das Zeremoniell, dem alles sich stillschweigend fügt. Es ist noch begreiflich, daß bei diesen Vorstellungen das Publikum sich erhebt, wenn der Hof sichtbar wird, und daß niemand sich setzt, bevor nicht der Hof sich gesetzt hat, aber sonderbar berührt es, daß auch niemand aus eigenem Antriebe aufzustehen wagt. Man sitzt, mit dem Blick nach oben, und wartet auf das erlösende Zeichen, und erst, wenn der Monarch und seine Familie sich erhoben haben, erhebt sich auch das Volk. Es mag Leute im Saale geben, die der Pause mit Ungeduld entgegenbarren und die, trotz geheimer Wünsche, nun doch an ihren Sitzen gebannt sind. Ein solcher Galaabend kann zu inneren Komplikationen führen, auf deren peinliche Folgen man nicht lange zu verweisen braucht.“

Es unterliegt keinem Zweifel: dieses Galazeremoniell entspricht einem tiefen Herzensbedürfnis gewisser Bevölkerungsschichten, und es gibt Leute, die sich niemals von der Galastimmung befreien können. Sehr zahlreiche Personen leben immer mit dem Blick nach oben, und ein großer Teil der Bevölkerung steht erst auf, wenn das Zeichen aus der Hofloge gegeben ist. Bei jedem großen Unternehmen, bei jeder neuen Idee fragen diese Braven zunächst, was man oben davon denke, und sie bedürfen einer hoffmeisterlichen Erlaubnis, um die Idee schön und herrlich zu finden.“

Trotzdem dieser ganze Monacorummel eine volle Woche gedauert hat, scheint die Musik aber genau so schlecht geblieben zu sein, wie sie bereits am ersten Abend von den Kunstreferenten fast aller Blätter bezeichnet worden ist; schrie doch selbst die „Kreuz-Zeitung“ noch in ihrer Freitagsummer:

„Und die Musik? — Wenn würde ich darüber berichten, hätte ich auch nur einen einzigen Strahl, der mich getroffen, nur einen Schatten, der mich berührt, empfunden. Aber über dieses dilettantische Tongemischel, das sich hin und wieder bis zu einer dürftigen Massen- iade erhebt, läßt sich nicht sprechen, wenigstens nicht mit Worten parlamentarischer Höflichkeit. So ist es schon besser, daß man den Schleier des Schweigens darüber breitet und das eigene Mißbehagen mit dem Rüldele aller näher Beteiligten im Orchester und auf der Bühne tröstet.“

Diese Urteile haben aber in keiner Weise vermocht, das gute Verhältnis zwischen dem deutschen Kaiser und dem Protektor des Opernensembles, dem Fürsten von Monaco, zu beeinträchtigen. Der Fürst von Monaco war ständiger Gast am Tische des Kaisers und schließlich hat der Kaiser dem Fürsten sogar den schwarzen Adlerorden verliehen. Zahlreiche Blätter wundern sich über die Verleihung eines solchen hohen Ordens und Maximilian Harden meint in seiner „Zukunft“ sogar, daß der Fürst der Spielhöllen und der Lasterhöhlen eine ganz andere Behandlung verdiente. Wir können in diese Entrüstung nicht einstimmen, zumal uns das nötige Verständnis für die Grade der einzelnen Orden und deren Wertschätzung völlig abgeht. Wir können aber nicht einsehen, warum es einem Herrscher verwehrt sein soll, einen Freund auszuzeichnen, zumal es heißt, daß der Fürst von Monaco gute Beziehungen zu Frankreich unterhalte und als einflussreicher Mittelsmann seine Freundschaft gut zu gebrauchen ist. So ist es auch zu verstehen, wenn außer dem Fürsten auch Mitgliedern der Operngesellschaft zahlreiche Auszeichnungen vom Kaiser zuteil geworden sind. Der Kaiser hat einigen Damen goldene Armbänder mit seinem Namenszug in Edelsteinen verliehen und hat den Direktor der Oper und zwei Künstler zum Frühstück geladen. Dafür hat sich der Fürst von Monaco wieder revanchiert und hat die Mitglieder unseres Opernensembles ausgezeichnet. Auch er hat, wie der Kaiser den Direktor der Monte Carlo-Oper, den Hofkapellmeister in der Loge empfangen und ihm Komplimente gesagt und verschiedenen Künstlern Andenken bestimmt.

Nun ist endlich die schwere Woche vorüber. Andenken und Orden sind reichlich verliehen, die „gute Gesellschaft“ wird sich ausruhen von den Strapazen der Monaco-Woche und wartet geduldig auf die nächste Gelegenheit, ihre Ergebenheit zu bezeugen. Hoffentlich läßt man sie nicht zu lange warten.

Die Kranzschleifen von der Leichenfeier Auer werden von heute abdringt 10 Uhr ab in der Vorhalle des Saalhauses des Genossenschaftshauses, Engel-Ufer 15, öffentlich ausgestellt. Die Ausstellung wird einige Tage währen und jeden Tag um 10 Uhr vormittags geöffnet werden.

Im Trauerzuge vom Tode ereilt

wurde am Sonntag ein braver Parteigenosse. Der Bretterträger August Weber, Doppelstr. 2, hatte sich der politischen Organisation seines Kreises, dem vierten Wahlkreise eingegliedert, um dem Genossen Auer die letzte Ehre zu erweisen. Leider aber sollte dieser Gang auch sein letzter werden. Als der Leichenkondukt sich durch die Barshauerstraße bewegte, brach Genosse Weber vor dem Hause Nr. 68 leblos zusammen. Sofort bemühten sich Mitglieder der Arbeiter-Sanitätskolonne, die den Zug begleiteten, um den Verunglückten und schafften ihn nach der Insalfstation 10. Hier konnte der Arzt aber nur noch den Tod feststellen, ein Herzschlag hatte dem Leben des Braven ein Ende gemacht. Einen treuen Kampfgenossen wollte M. zu Grabe geleiten und nun ist er selbst ein Opfer treuer Pflichterfüllung geworden.

Eine seltsame Verkettung von Umständen ist es, daß bei der am Sonntag den 12. August des Jahres 1900 erfolgten Verdringung unseres alten Diebsteins in gleicher Weise ein treuer Genosse, der Wildhauer Theodor Kofl, von einem Herzschlag getroffen wurde und daß auch Genosse Kofl dem vierten Wahlkreise angehörte.

Die Partei wird dem auf diese tragische Weise geendeten Genossen Weber ein ehrendes Andenken bewahren. Das Proletariat hält seinen Vorkämpfern die Treue, selbst bis in den Tod!

Nähere Angaben über die Zeit der Verdringung werden wir morgen bringen.

Schlechte Vektüre soll die Veranlassung sein, die den wegen Erpressung und Raubes an dem Rentier Liebenow in der Königgräberstraße verhafteten Emil Buhle zu seinem Mörderleben geführt haben. Buhle war Wagenwäscher bei der Eisenbahn. Als solcher fand er häufig Romane, die Lesende unterwegs gelesen und im Eisenbahnzuge hatten liegen lassen. Er las mit großem Eifer und mit besonderem Genuß „Rick Carter“, „Wulfso Bill“ und ähnliche Kriminal- und Detektivgeschichten. Die Vektüre veranlaßte ihn, sich in Ferdinand Womms Berliner Theater „Sherlock Holmes“ anzusehen. Es reiste in ihm der Plan, die gar nicht romantische Wagenwäscherei aufzugeben und sich als Mörder zu versuchen.

Während seine Gedanken sich nur mit seinen Mörderplänen beschäftigten, kreuzte im Grunewald der junge Hausdiener Richter seinen Weg. Der kam ihm wie gerufen, denn allein hatte Buhle, wie er selbst gesteht, nicht den Mut, etwas Großes zu unternehmen. In Richter glaubte er einen geeigneten Helfershelfer gefunden zu haben, da er ihn sofort bei der ersten Unterhaltung als etwas

überspannt erkannte. Um ihn durch Schrecken und Furcht an sich zu fesseln, verfiel Buhle auf ein seltsames Märdchen. Er erlaubte die Geschichte von der Gesellschaft der schwarzen Maske. Richter stand bald im Banne der schwarzen Maske und ließ sich bereit finden, das „Probefstück“, das in den Sagen für die endgültige Aufnahme in die Gesellschaft der schwarzen Maske vorgezeichnet sei, zu vollführen.

Die Sprengung einer gesunkenen Bille, welche letztere die Schiffahrt in dem Spree-Oberkanal stark beeinträchtigte, hat gestern stattgefunden. Wie bekannt, war am 12. d. M. unmittelbar unterhalb der Einmündung des Spree-Oberkanals in den Seddinssee ein Lastkahn gesunken. Einzelne Teile der Bille hatten sich nachträglich derartig gehoben, daß sie die Schiffahrt gefährdeten. Am Montagvormittag ist daher eine Sprengung des Krahnes mittels Dynamit durch Gardepioniere vorgenommen worden, durch die das Hindernis vollkommen beseitigt wurde.

Die Rückzahlungen bei der städtischen Sparkasse übersteigen ständig die Einzahlungen in beträchtlicher Höhe, ein Anzeichen, daß wir uns wieder im Anfang eines geschäftlichen Niederganges befinden.

Durch eine empfindliche Störung im Straßenbahnbetriebe wurde der Sonntagsverkehr in den nördlichen Vororten und dem südwestlichen Teile der Reichshauptstadt zeitweise gänzlich brach gelegt. In der Zentrale der Berliner Elektrizitätswerke am Südufer waren mehrere Sicherungen durchgeschlagen und die Kabelanschlüsse der Hochspannungslinien nach der Kraftstation in der Rauer- und Voltastraße angebrannt. Infolgedessen waren die Speisepunkte der Voltastraße von 4 bis 4,08 Uhr dauernd, die der Rauerstraße von 3,45 bis 4,35 Uhr zeitweise und von 4,35 bis 4,55 Uhr nachmittags dauernd stromlos. Durch Zuschalten einiger Speisepunkte der Unterstation in der Mariannenstraße, sowie des Schönberger Elektrizitätswerkes wurde die Störung behoben. Das Störungsgebiet der Unterstationen Volta- und Rauerstraße erstreckte sich auf Zegel, Dalldorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Pantow, Schönbauer Allee, Brunnenstraße, Müllerstraße bis Wedding einerseits, Mariendorf, Tempelhof, Welleallianzstraße bis Halesches Tor, Friedrichstraße bis Behrenstraße, Königgräberstraße einschließlich Potsdamer Platz bis Linden-, Kreuzen- und Jerusalemstraße andererseits.

Protest der nördlichen Vororte gegen die Eisenbahnerverwaltung. Zu einer Protestkundgebung gestaltete sich eine am Sonntag abgehaltene Versammlung des Verkehrsverbandes an der Stettinerbahn, in welcher alle in Betracht kommenden Vororte, von Pantow und Nieder-Schönhausen bis nach Bernau hinauf, vertreten waren und in welcher das Eisenbahnunglück bei Karow zur Tagesordnung stand. Der Referent Lanzenerberger-Pantow erklärte, daß das Unglück im vorigen Monat, wobei zwei Menschen und mehrere Pferde getötet wurden, das dritte innerhalb zwei Jahren sei und lediglich auf die grobe und ungeheuerlichen Zustände im Eisenbahnverkehr nach den nördlichen Vororten zurückzuführen sei. Seit Jahren werde der dergleichen Ausbau der Stationen und der Nordbahn zurückgehalten und die gelegentlichen Unglücksfälle werden nicht einmal bekannt gegeben; so vor kurzer Zeit ein Zusammenstoß bei Blankenburg, wobei es allerdings nur Materialschaden gab, der dort verkehrte aber auf drei Stunden unterbrochen war. Der Verband sei schon gewöhnt, daß der jetzige Eisenbahnpräsident Behrens die öffentliche Meinung als nicht vorhanden betrachte, und daß auf Eingaben, die nicht befragen, nicht einmal eine Empfangsbeilegung, viel weniger eine Antwort erfolge. Erst im vergangenen Dezember habe der Verband in einer Petition das Eintreten großer Unglücksfälle wie jenes bei Karow prophezeit, doch nichts sei geschehen. Der bei dem Unglück bei Karow weggelegte Brellbock sei eine Woche vorher schon angefahren worden und seine Erneuerung war schon von dem Stationsbeamten beantragt, sie konnte aber kaum schnell geschehen, ohne den Verkehr zu stören, weil die vorhandene Gleisanlage eben absolut unzulänglich sei und keiner der Schienenstränge auch nur eine Stunde entbeht werden könne. — In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß auf dem Rangierbahnhofe Pantow-Heinersdorf innerhalb 24 Stunden häufig 174 Güterzüge verkehren. Die Versammlung nahm schließlich eine geharnischte Protestresolution an, welche auf dem Landtage zugehen soll.

Vom „richtigen Hausbesitzer“.

Der Hausbesitzer Drimohl, der in seinem Hause Diegnitzerstraße 36 am Sonnabend — wie in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ berichtet wurde — einer zum ersten Mal mit der Miets in Mütand gebliebenen Familie Th. kurzerhand die Wohnung ausräumte, hat dem Anschein nach zu dieser Zwangsmahregel gegriffen, ohne zuvor eine Räumungsflage gegen die Familie angefragt zu haben. Wenn diese uns zugegangene Meldung den Tatsachen entsprechen sollte, dann würde das Charakterbild dieses Musterexemplars von Berliner Hausbesitzer noch um einen interessanten Zug bereichert. Als am Sonnabend die Polizei das Haus betrat, um womöglich Einhalt zu gebieten, soll Herr Drimohl erklärt haben, in seinem Hause sei er selber Polizei. Da wäre es gar nicht so unglücklich, daß er sich in dem hausbesitzerlichen Wahn befände, in seinem Hause dürfe er auch selber Gericht sein. Aber vielleicht findet sich ein Gericht, das ihn darüber belehrt, daß sogar ein Hausbesitzer unter dem Gesetz steht und das Gesetz zu beachten hat.

Herrn Drimohl hat es übrigens, wie wir jetzt erfahren, am Sonnabend nicht genügt, daß die Wohnung ausgeräumt und auf diese Weise unbenutzbar gemacht wurde. Sie wurde hinterher auch verschlossen, so daß den bedauerndwerten Leuten jede Möglichkeit genommen wurde, noch einmal darin zu nächtigen. Der Mann irte dann die Nacht hindurch obdachlos auf der Straße umher, die Frau konnte den größeren Teil der Nacht wenigstens in dem Wartesaal des Görlicher Bahnhofes zubringen, das Kind war von einer mitleidigen Familie in Obhut genommen worden. Am Sonntag fanden sich zahlreiche Personen aus den benachbarten Straßen vor und auf dem Grundstück Diegnitzerstraße 36 ein und machten ihrer Entrüstung über Herrn Drimohls Hauswirtspraxis in lauten Verwünschungen Luft. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde Herr Th. von Verwandten, Frau Th. mit dem Kinde von Bekannten beherbergt. Noch am Montag standen die Möbel bei Herrn Drimohl auf dem Hof. Inzwischen hat die Familie sich wieder eine Wohnung gesucht, doch muß abgewartet werden, ob Drimohl die Möbel herausgibt.

Durch seine Handlungsweise fühlen sogar Verwandte von ihm sich bloßgestellt. Herr Carl Drimohl, Inhaber einer Schlosserei und Klempnerei im Hause Braunstraße 33, sowie sein Sohn Bruno Drimohl, Inhaber einer Firmenschilderfabrik im Hause Fehrbellinerstraße 87, bitten uns, unseren Lesern mitzuteilen, daß sie zwar mit dem Klempnermeister Georg Drimohl, dem Besitzer des Hauses Diegnitzerstraße 36, verwandt sind, aber mit ihm und seinem Sohne nicht verwechselt zu werden wünschen.

Entschuldig zugerichtet wurde gestern der 41jährige Fritz Pasche aus der Hochstraße 29. D. hatte einem Pferde einen verlorenen Huf wieder anschlagen wollen. In dem Augenblick, als er dem

Tiere den Vorderfuß in die Höhe hob, schaute dieß und gebärdete sich wie rasend. Er wurde unter das Tier geschleudert und durch Duftritte furchbar zugerichtet. Dem Ausrufen wurden mehrere Rippen gebrochen, beide Arme und Beine zertrümmert und Kopf und Gesicht zerfleischt. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Lastfuhrwerk ereignete sich am Sonntagabend 7 Uhr an der Ecke der Hoch- und Gerlichstraße. Das Pferd eines Wagens der Firma Julius Jacoby, Baldorferstr. 27 schaute an der genannten Stelle und jagte, das schwere Gefährt, hinter sich herziehend, gegen die Seitenwand des Anhängewagens eines der Gerlichstraße passierenden Straßenbahnwaggon der Linie 22 (Richtung Nixdorf). Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Stärke, daß die Deichselstangen des Lastwagens die Seitenwand des Straßenbahnwagens durchbohrten und weit in das Innere desselben drangen. Frau Marta Hoffmann, Zionskirchstr. 51 wohnte auf dem Wagen. Sie wurde so heftig an den Unterleib getroffen, daß sie ohnmächtig zusammenbrach. Mittels Droschke wurde sie nach der Unfallstation in der Lindowstraße geschafft und von hier aus nach dem Krankenhaus Roabit übergeführt. Die Verunglückte hatte eine schwere Bauchfellentzündung davongetragen.

Ein Liebesdrama hat sich gestern Abend in der Fehrbellinerstraße abgepielt. In der Wohnung ihrer Wirtin in der Fehrbellinerstraße 40 verfuhr die 24jährige Arbeiterin Gertrud Zimmermann ihren Bräutigam, den 24jährigen Bäcker Heinrich Bölow zu erschlagen. Sie brachte ihm eine Schußverletzung in die Wade bei und richtete dann die Waffe gegen sich selbst, verfehlte aber das Ziel. Hierauf trank sie eine halbe Flasche Whisky und stürzte sich nun aus dem Fenster hinaus. Die Unglückliche starb auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhaus. Eifersucht hatte sie zu der Tat getrieben.

Aus der Selbstmordchronik. Gestern Morgen hat sich im Viktoriapark der Reichsrat Alfred Reich aus der Plauerstraße 24 erschossen. Ein patrouillierender Polizeibeamter fand den Lebensmüden mit durchschossener Schläfe in der Nähe des Wasserfalls auf und brachte ihn nach dem Urban-Krankenhaus, wo er aber bereits tot eintraf. — In der vergangenen Nacht erhielt die in der Müllerstraße 80 wohnhafte Frau L. eine Depesche und kaum hatte sie den Inhalt gelesen, so eilte sie ans Fenster und stürzte sich aus der Höhe der zweiten Etage auf die Straße hinab. Das Telegramm hatte eine böse Nachricht vom Bruder erhalten. Frau L. hatte sich bei dem Sturze schwere innere Verletzungen und einen komplizierten Beinbruch zugezogen und wurde in das städtische Krankenhaus gebracht. — Kurz vor seiner Verheiratung hat der 31jährige Kaufmann Franz Weis aus der Schröderstraße 4 Selbstmord verübt. Er war bei einer hiesigen Fabrik angestellt und hatte in der letzten Zeit wiederholt geschäftlichen Kummer gehabt. Dazu kam noch eine ansteckende unheilbare Krankheit und durch beide Gründe veranlaßt, legte er in der Verzweiflung Hand an sich. Um auch recht sicher zu gehen, brachte sich der Lebensmüde auf zweifache Weise ums Leben. Er trank ein Fläschchen Whisky und erhängte sich dann im Wohnzimmer. Als am Sonntagabend die Braut des Selbstmörders dessen Wohnung betrat, war er bereits tot.

Ein schreckliches Unglück hat sich gestern in dem Lehmannschen Maschinenbetriebe in der Chausseestraße 57 zugezogen. In diesem Betriebe werden nur drei Lehrlinge beschäftigt, aber keine Gesellen. Der Schlosserlehrling Hermann König war damit beauftragt, einen Riemen auf die Transmission aufzulegen. Bei dieser für einen Lehrling ganz unqualifizierten Tätigkeit geriet der junge Mann in die Transmission und wurde wiederholt um die Welle herumgeschleudert. Herbeigeholte Arbeiter aus einem anderen Betriebe aus dem Hause befreiten den schwer Verunglückten aus seiner entsetzlichen Lage. Der Arm war dem behaarten jungen Mann vollständig gerammt und der rechte Oberschenkel gebrochen. Nach Anlegung von Rotterbänden auf der Unfallstation wurde er in das Krankenhaus Roabit gebracht.

Angeichts dieses Vorgehens muß doch die Frage aufgeworfen werden, wie ist es möglich, daß trotz aller Vorschriften junge ungelübte Leute ohne Aufsicht mit derartigen Arbeiten beschäftigt werden. Hier scheint mit Leben und Gesundheit blühender Menschen geradezu Schindluder getrieben zu werden.

Am Abgabe seiner Adresse gebeten wird der Verunglückte, der im Vorjahre 19 an einem der dem Hause von Schäfer u. Walder in der Lindenstr. 19 aufgestellten Gerüst abstürzte. Das Gerüst stand vom März bis Juni. Die diesbezügliche Mitteilung ist an Walter, Dunderstraße 67, zu richten.

Direktor Ferdinand Bonn vom Berliner Theater hatte zu gestern Abend eine Gesellschaftsabend arrangiert, um einem geladenen Publikum das jüngste Kind seiner Muse „Der junge Fritz“ vorzuspielen. Aber der geniale Dichter und Rime hatte nicht mit der Polizei gerechnet — befallend ist die Aufführung des Stückes verboten — die den Theaterraum unter Führung eines Polizeileutnants räumte. Herr Bonn protestierte natürlich gegen den polizeilichen Eingriff und gab seinen Gästen unter anderem die tröstliche Versicherung, daß er heute zum Kaiser fahren werde und dem Mitteilung vom dem Warten der Polizei gegen ihn machen werde. So muß man denn abwarten, ob nicht schließlich auf diesem Wege „der junge Fritz“ das Licht der Welt erblickt. Vorläufig ist Bonn, der Liebling der Damen, um eine Reklame reicher.

Radrennen zu Berlin-Treptow. Sonntag, 14. April. Das vielversprechende Programm (Stundentrennen mit Gänther, Vanderslust und Pryzrembel) hatte in Verbindung mit dem guten Wetter nicht verfehlt, der Rennbahn ein volles Haus zu sichern. Die Besucher wurden aber enttäuscht, denn statt der erwarteten drei ebenbürtigen Gegner, die sich einen spannenden Kampf zu liefern versprachen, war nur einer, der sein Bestes hergab: der Berliner Pryzrembel; der Köhler Gänther, der am Sonntag vorher in Leipzig siegreich gewesen, verlor ebenso wie der Belgier Vanderslust, obwohl beide mit der schweren Treptower Bahn gut vertraut sind und beide wiederholt sehr achtbar auf derselben gefahren sind. Gänther blieb von Beginn des Rennens aufschüttslos zurück; Vanderslust leistete zwar bis zum 30. Kilometer dem außerordentlich leicht fahrenden Pryzrembel einigermaßen Widerstand, dann war es auch mit ihm vorbei und er wurde seinem Gegner keinen Augenblick mehr gefährlich. Der Berliner fuhr so grobhartig, daß er vom 30. Kilometer bis zum Schluß die Treptower Bahnradschleife schlug; zu 60 Kilometer brauchte er fast 4 Minuten weniger als seinerzeit in dem mit seiner Stundenleistung von 74,860 Kilometer stellte er die bisher erzielten Rekorde (Deme: 68,920 Kilometer; Zeitrekord Gänther: 70,850 Kilometer) weit in den Schatten. Mit einem Vorbeerkranz geschmückt fuhr der wackere Berliner unter dem Jubel der Zuschauer eine Ehrenrunde.

Stundentrennen mit Motorführung. 1500, 1000, 500 M. 1. G. Pryzrembel 74,300 Kilometer; 2. Vanderslust 72,700 Kilometer; 3. P. Gänther 64,100 Kilometer.

Hauptfahren für Klasse I und II. 900 Meter. 40, 25, 15 M. Endlauf: 1. Fr. Hoffmann; 2. Rabe, 1/2; 3. Dörmann. R. pl. Stabe und Vogt. In vier Vorläufen ausgeschieden: 16 Fahrer.

Premienfahren. 5 Kilometer. Dem Ersten jeder Runde von der zweiten ab 5 M.; Schlussrunde 30, 15, 10 M. Endlauf: 1. Rabe; 2. Rabel; 3. Rabel; 4. Hansen; 5. Horch. Premien gewonnen: Rabel (2), Rabe (2), Hansen, Erlieben (2), Horch, Schröder, A. Müller, Rabel (4). 18 Fahrer im Rennen. In drei Vorläufen weitere 30 Fahrer ausgeschieden. Führungspreise gewonnen: Schröder, Salkin und Fr. Hoffmann.

Motorrennen. 5 Kilometer. 40, 20, 10 M. 1. Starke; 2. Medna, 410 Meter; 3. Edert 720 Meter; 4. Puhlmann, 780 Meter zurück.

Feuerwehrbericht. Vorgestern Abend um 9 1/2 Uhr geriet im königl. Schauspielhaus ein Schornstein von der Heizungsanlage in Brand. Die anwesende Feuerwehr beseitigte die Gefahr, ohne daß vom Publikum etwas bemerkt wurde. Nachts gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehr ebenfalls nach der Fildisstraße alarmiert. Der fünfte Zug hatte einen größeren Brand in der Kungestraße 18 zu löschen. Dort war im ersten Stock des Quergebäudes auf dem zweiten Hofe ein Feuer in einem Emaillelager ausgebrochen. Da dieses fest verschlossen war, drangen die Mannschaften über Gassen- und Stebleitungen durch die eingeschlagenen Fenster in das Lager ein. Es brannten Podmaterialien, Regale u. a. Mit zwei Schlauchleitungen konnte schließlich der Brand gelöscht werden. Der siebente Zug hatte längere Zeit in der Blumenstraße 70 zu tun, wo Kohlen brannten und erst nach längerem Wassergeben gelöscht werden konnten. Ferner hatte die Wehr noch in der Koloniestraße 37, Frankfurter Allee 142, auf dem Roabitler Güterbahnhof, in der Neuen Dörfstraße 31, Swinemünderstraße 8, Lessingstraße 36, Waterloostraße 8, Thorneerstraße, Schönebergerstraße 18, Langenbeckstraße 12, Philippstraße 3 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Steglich.

Die Aufstellung der Kandidaten zu der am Montag, den 22. April, stattfindenden Gemeindevahl fand am Sonntagabend in einer gut besuchten Wählervereinsversammlung statt. Der Vorschlag des Wahlkomitees, die Genossen Ahmann und Richard Krug im ersten und Leimbach im zweiten Bezirk wieder aufzustellen, fand einstimmige Annahme. Rummel kann die Wahlagitator mit voller Kraft einsetzen. Die Tatsache, daß wir im vorigen Jahre im ersten Bezirk mit nur zwei Stimmen unterlagen, muß ein Ansporn sein für alle Genossen zu mündlicher Agitation. Hierzu bietet sich täglich und stündlich Gelegenheit. Tut in dieser Hinsicht jeder Parteigenosse seine Pflicht, dann wird und muß am 22. April der Erfolg auf unserer Seite sein. Am Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr, findet im „Vielenswäldchen“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der der Kandidat Genosse Ahmann über das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie sprechen wird. Parteigenossen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung und agitiert auch unter Euren Berufskollegen und Bekannten für massenhaften Besuch.

Auch der Mieterverein hat seine Kandidatenliste veröffentlicht. Er präsentiert den Wählern der dritten Klasse eine Rechnungsrat, einen Oberst a. D. und einen Reichstags-Stenographen.

Da unsere Kandidaten dem Arbeiterstande angehören und schon seit vielen Jahren im Dienste der gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterbewegung ihren Raum gestanden haben, kann den Arbeiterwählern die Entscheidung zwischen beiden Kandidatenlisten nicht schwer fallen.

Zehlendorf.

Ein tragischer Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, trug sich vorgestern in Zehlendorf zu. Der Handlungsgehilfe Felix Wolter geleitete einen Wagen seines Bruders die Zeltowstraße entlang. In der Nähe des Bahnhofs Zehlendorf wollte der junge Mann das Gefährt besteigen, als in diesem Augenblick ein Schnellzug den Bahnübergang passierte. Das Pferd scheute in dem Moment, als es den Fuß auf den Wagen gesetzt hatte, so daß der Handlungsgehilfe zu Boden geschleudert wurde und unter das Fahrwerk zu liegen kam. Wolter erlitt schwere innere Verletzungen und wurde von seinem Bruder zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der die Ueberführung des Verunglückten in das Kreis-Krankenhaus zu Groß-Wildersfelde anordnete. Hier verstarb Felix Wolter kurze Zeit nach seiner Einlieferung.

Die Leiche eines jungen Mannes wurde am Sonntag von Ausflüglern in einer Schöpfung bei Nikolassee aufgefunden. Neben dem Körper des Toten lag eine Flasche, die noch einen Rest Champagner enthielt. In einer Notiz des Verstorbenen fand man Papieren, aus denen hervorging, daß der Lebensmüde, ein 24jähriger Kaufmann R. aus Potsdam, infolge Schwermütigkeit seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Friedrichsfelde.

In der Gemeindevertretung hatte Genosse Pinfeler den neuen Gemeindevorsteher Angezwittler interpelliert, ob ihm bekannt sei, daß die Polizeibeamten während ihrer Dienstzeit Mitglieder für den Kriegerverein anzunehmen suchen. Der Gemeindevorsteher antwortete, die dienstliche Verwendung der Polizeibeamten zur Agitation für den Kriegerverein sei gesetzlich — die Kritik darüber sei jedoch ungesetzlich. Der Angelegenheit liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Friedrichsfelder Kriegerverein hatte an hoher Stelle um Verleihung eines Fahnenbandes gebittelt. Die zuständige Stelle ließ um zu sehen, ob dieses patriotische Ehrenzeichen auch wirklich angebracht sei, Erhebungen anstellen. Diese Verfertigung gelangte an den Gemeindevorsteher, und dieser ließ die Erhebungen nicht etwa vom Kriegerverein, sondern von den Polizeibeamten vornehmen. Letztere entwickelten nun eine außerordentliche Mühseligkeit. Ob nun die Polizeibeamten, die aus allgemeinen Steuermitteln besoldet werden, für die Zwecke eines privaten Vereins verwendet werden dürfen, möchten wir fraglich bezweifeln. Von diesem Gedanken ließ sich auch unser Vertreter leiten. Die bürgerlichen Vertreter fanden natürlich keinen Anstoß an der Verwendung von Beamten zu Privatzielen!

Die eigentliche Tagesordnung dehnte sich bis nach 10 Uhr aus. Ueber die Verwendung der bisherigen Dienstwohnung des Gemeindevorstehers wurde beschlossen, dieselbe zu Bureauzwecken umzugestalten und ein Sitzungszimmer für die Kommissionen einzurichten. Die Baukosten betragen 1838 M.

Im September d. J. hatte die Gemeindevertretung einem Abkommen mit Herrn v. Tresslow-Dahms zugestimmt, nach welchem der Gemeinde Friedrichsfelde die Verpflichtung auferlegt wurde, für die Erlaubnis der Durchlegung eines Druckrohrs durch Tresslows Privatstraße an Ländereien nördlich der Berlin-Frankfurter Chaussee kein Rieselwasser abzugeben. Ebenso sollte der Zweverband Wäldchen-Rummelsburg die gleiche Erlaubnis abgeben. Als Sicherheit sollte die Gemeinde Friedrichsfelde 30 000 Mark hinterlegen. Am 7. November vorigen Jahres gab der Gemeindevorsteher der Vertretung bekannt, daß Herr v. Tresslow auf die Hinterlegung verzichte. Jetzt beansprucht v. Tresslow die 30 000 M. als sofortiges Eigentum. Die damalige Zustimmung geschah in einer gewissen Zwangslage und auch unter anderen Voraussetzungen. Jetzt wird der Vertrag dahin ausgelegt, daß trotz Zahlung der 30 000 M. Friedrichsfelde immer noch kein Recht hat, Rieselwasser an die oben bezeichneten Ländereien abzugeben. Hierüber kam es zum Streit zwischen einigen Bürgerlichen und dem Genossen Pinfeler. Letzterer behauptete, diese Sache sei bei dem ersten Beschluß verschleiert und nur so sei die Zustimmung erreicht.

In der Klage des Bauern Reumann-Winckelhofe kontra Gemeinde Friedrichsfelde wurde in geheimer Sitzung beschlossen, gegen das Urteil des Kammergerichts Revision einzulegen.

Vermischtes.

Schiffungsläufälle haben sich in den letzten Tagen in den verschiedensten Hafenstädten ereignet. Bei einer Bootsfahrt vor dem Straßburger Hafen kenterte gestern nachmittags ein mit fünf Personen besetztes Boot. Zwei der Insassen, die Kupferschmiedegesellen Niederfeldt aus Gera und Borraß aus Hamburg, welche dort in Arbeit standen, sind ertrunken; die übrigen konnten gerettet werden.

Auf der Straße zwischen den St. Pauli-Landungsbrücken und dem Hollenkeposten am Hafentor wurde nach Hamburger Meldung vergangene Nacht um 1/2 Uhr die dort stationierte Goldbarasse „Elerholz“ von dem Hafenschleppdampfer „Luise“ angekratzt und zum Sinken gebracht. Der auf dem Fahrzeuge befindliche 3011-Bootsmann, der Maschinist und der Pollamtsaufseher ertranken.

Die am Sonntagabend im Schlepptau des englischen Schleppers „Sarah Jolliffe“ in Rugbaven angekommene Viermastbarack „Wanderer“, die von Liederpool mit Ballast nach Hamburg bestimmt war, um für Santa Rosalia zu laden, hatte auf der Höhe von Altenbruch geankert. Nachts gegen 2 Uhr wurde sie bei leichtem Nebel von dem Dampfer „Gertrud Boermann“, der dort Truppen landete, an der Backbordseite angekratzt und so schwer beschädigt, daß das Schiff, nachdem es dem Schlepper „Dareffalam“ gelungen war, dasselbe nach der Nord zu schleppen, daselbst in vier Faden Wasser sank. Die Mannschaft konnte retten und wurde durch einen Schlepper in Rugbaven gelandet.

Ein Erdbeben. Von den Instrumenten des königl. Geodätischen Instituts in Potsdam wurde gestern Morgen ein Erdbeben aufgezeichnet, dessen Herdentfernung etwa zehntausend Kilometer beträgt. Die ersten Bewegungen des Bodens zeigten sich in Potsdam um 7 Uhr 21 Minuten. Die größte Bewegung wurde um 8 Uhr beobachtet, wo das Hin- und Herbewegen des Bodens in Potsdam den Betrag von 1 Millimeter erreichte.

Auch die Apparate der Hamburger Erdbebenstation haben vorgestern und gestern ein starkes Erdbeben angezeigt. Der Ort des Bodens ist bisher noch nicht festgestellt worden.

160 Soldaten an Speisevergiftung erkrankt.

Vom 1. Bataillon des Grenadier-Regiments Königin Olga sind einer Schützgarter Meldung zufolge 160 Mann an Speisevergiftung erkrankt, zum Teil unter heftigem Fieber und krampfartigen Anfällen. Unmittelbare Lebensgefahr besteht für keinen der Erkrankten.

Eisenbahnzusammenstoß. In der Nähe der Station Sololnik der Kasanbahn stieß ein Güterzug mit einem Personenzug zusammen. 27 Wagen wurden zertrümmert, ein Schloffer und ein Arbeiter wurden getötet.

Ein großes Grubenfeuer brach, wie uns aus London gemeldet wird, Sonntagmorgen früh in der „Church Lane Colliery“ zu Dodworth bei Barnsley aus. Das Feuer griff sehr schnell um sich und zerstörte die Maschinerie, Kohlenwaggons, Elevatoren, Fahrstühle usw. Die Feuerwehr konnte wegen der rasenden Hitze nichts tun, als lediglich zusehen. Der Schaden beläuft sich auf 600 000 bis 1 Million Mark. Zurzeit des Feuers waren 160 Männer in der Grube, die nur mit der größten Anstrengung gerettet werden konnten.

Ein Sandsturm, der die Schifffahrt im Suezkanal hinderte, wütete gestern in Port Said. Bei Jomassa ist der Dampfer „Indraghiti“ auf Grund geraten.

Entgleist. In der Nähe von Carmaux entgleiste nach einer Pariser Meldung ein Personenzug. 12 Personen wurden hierbei verwundet.

Zwei Leichen auf der „Jena“. In Bord der „Jena“ sind, wie aus London gemeldet wird, Sonntagabend wiederum zwei Leichen aufgefunden worden, in dessen konnten sie noch nicht geborgen werden, da sie sich unter verschiedenen Granaten befinden, die erst entfernt werden müssen.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 17. April, abends 7/9 Uhr, im Englischen Garten, Weganderstraße 27: Versammlung.

Verein ehemaliger Patienten der Heilstätte Beelitz B. L. Sitzung am Mittwoch Brunnenstr. 3 bei Galdorf.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 28. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ignaz Auer. — Studien über sozialistische Weltanschauung. Ueber Leben, Schönheit und Kunst. Von Henriette Roland-Bloss. (Schluß). — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. (Fortsetzung). — Hauswirtschaft und Heimarbeit in Baden. Von H. Weismann (Karlsruhe). — Literarische Rundschau: Max Hefes Kaiser-Ausgaben. Von Franz Dieblich. — Frankfort. Das Epos des Weizens. Von C. Korn. — Dr. Hugo Riebel. Die philosophische Wurzel des Marxismus. Von A. P. — Kottgen: Die Sänglingsherbstfeier. Son ew.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3/25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Band 8 des 17. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Ignaz Auer. — Antrag der deutschen Genossinnen zur Tagesordnung des Internationalen Kongresses zu Stuttgart. — Ausprägungen und Arbeiterinneninteressen. Von W. D. — Das Leben einer Idealistin. Von Anna Bloß. (Schluß). — Die Befreiung der Sänglingsherbstfeier. Von E. Bumm. — Die Frau im Aufbruch der Konsumvereine. Von Marg. Hillmer. — Die Dienstboten und ihre Ursachen. Von E. Eisenstadt. Berlin. — Vom holländischen Arbeiterschutzgesetz. Von R. Eibank. — Fürsorgeerziehung in einem „Kulturstaat“. Von Karl Karchhölzl. — Zur Lage der Arbeiterinnen in Belgien und Umgebung. Von A. G. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationsfragen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Baumheims. — Die Bekämpfung im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gemischte Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Pl. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Verhütung. — Reaktionen: Frühjahrsbesuch. Von Gottfried Keller. (Wichtig). — Ein Stellbild. Von Jovan Turgenjew. (Schluß). — Für unsere Kinder: Morgenruf. Von Hans Sachs. (Wichtig). — Der erste Mai. Von Reiland. — Schmalenmährchen. Von Ferdinand Freiligrath. (Wichtig). — Wie der Simplicissimus sich mit Geld paarmerte und eine Ballade auf Erben machte. Von A. Hendrich. — Auf der Eisenbahn. Von Berthold Schmidt. (Wichtig). — Der Fuhrmann. Von Ernst Kalmus. — Der Broerg Rabe. Von Wilhelm Hauff. (Fortsetzung). — Der Störche Wiederkehr. Von Rudolf Löwenstein. (Wichtig). — Die Abenteuer des Herrn Froch. Von Hebe.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Die erste diesjährige Mai-Nummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die farbigen Bilder „Am 1. Mai“ und „Der Gaurianer des Kapitalismus“, sowie die weiteren Illustrationen „Schwarzmärchen Bonnetraum“, „Großherderei“, „Die Radhörn“, „Der verhöhlte Sänger“, „Denkmal auf der Walfahrt“, „Kritische Situation“ und „In gebodener Stellung“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Der erste Mai“, „Wer wird's werden“, „Frühling“, „Der Kampf der Jahrtausende“, „Johann von Paul Underling“, „Die Friedenskonferenz“ von Max Hoffmann, „Fischen und Wunder“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Heftbelegungen „Das er träumte“ und „Die Politik der Unmündigen“.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. April 1907. Trocken und vielach heiter, nachts kühl, am Freitag ziemlich warm bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 15. April. Elbe bei Rastow + 69 Sp. — Elbe bei Magdeburg 3,29 Meter. — Oder bei Ratibor 2,26 Meter. — Oder bei Breslau + 0,53 Meter. — Oder bei Briesg 3,23 Meter. — Rheinhöhe 2,80 Meter.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Grenadierstraße 37.

Schulplan für das 2. Quartal 1907.

Montag: Geschichte (Religionsgeschichte, II. Das spätere Judentum).

1. Die israelitische Religion im Zusammenhang der orientalischen Geschichte. 2. Umbildung der Religion in der babylonischen Gefangenschaft. 3. Aehnliche Entwicklung in anderen orientalischen Religionen. 4. Aeußere Geschichte der jüdischen Gemeinde von 538 v. Chr. bis zur Zerstörung Jerusalems 70 nach Chr. 5. Probleme der jüdischen Frömmigkeit in den letzten Jahrhunderten vor dem Christentum.

Vortragender: Max Maurenbrecher.

Dienstag: Literaturgeschichte (Die revolutionäre Lyrik im Jahrzehnt 1840-1850).

1. Freiligrath, Herwegh, Ludwig Pfau. 2. Die satirische Dichtung der Märzstürme. 3. Der österreichische Parnass im Revolutionsjahr: Anastasius Grün, Alfred Meißner, Moritz Hartmann, Karl Beck usw.

Vortragender: Ernst Kreowski.

Mittwoch: Soziale Gesetzgebung (Die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung).

1. Wesen und Zweck. Sozialpolitischer Charakter. Der Versicherungszwang. 2. Ursprung und Entwicklung. Die Haltung der politischen Parteien. 3. Geltungsbereich, Organisation und Leistungen: a) Krankenversicherungsgesetz. b) Die Unfallversicherungsgesetze. c) Invalidenversicherungsgesetz. 4. Die Beziehungen der verschiedenen Versicherungen zu einander und zu sonstigen Fürsorgegesetzen. 5. Das Verfahren in Rechtsstreitigkeiten. 6. Die Aufwendungen der einzelnen Versicherungen und ihre Verteilung auf die Versicherungsträger. 7. Ansätze zum Ausbau des Versicherungssystems, das Heilverfahren. 8. Ergänzende Privatversicherungskassen, das Unterstützungswesen der Gewerkschaften. 9. Die Notwendigkeit organischer Zusammenfassung und Fortbildung, Verkümmernbestrebungen. 10. Die Aufgaben einer Fortsetzung der Arbeiterversicherung. Mutterschutz, Hinterbliebenen- und Arbeitslosen-Versicherung. Die Erweiterung des Kreises der Versicherten. 11. Soziale Wirkungen und geschichtliche Bedeutung der Arbeiterversicherung. Versicherung und Sozialismus.

Vortragender: Simon Katzenstein.

Donnerstag: Rednerschule (Übungen im Disponieren und freien Halten von Vorträgen).

Vortragender: Julian Borchardt.

Freitag: Nationalökonomie (Grundzüge der Finanzwissenschaft).

1. Finanzwissenschaft. 2. Finanzwirtschaft. 3. Staatsfinanzwesen. Budget. 4. Staatsausgaben. 5. Staatseinnahmen. Ueberseinkünfte. Abgaben. Gebühren. Steuerwesen. 6. Staatsschuldenwesen. 7. Die Finanzen des Deutschen Reichs und der Bundesstaaten.

Vortragender: Max Grunwald.

Freitag: Geschichte (Zeiten „tiefer Erniedrigung und Schmach“ in Deutschland, 1806-1840).

1. Der Zusammenbruch. 2. Die Zeit „tiefer Erniedrigung und Schmach“. 3. Der „Befreiungs“-Krieg. 4. Die Heilige Allianz. 5. Die Romantik. 6. Der Ausgang der klassischen Philosophie. 7. Die Anfänge des Kapitalismus. 8. Wirkungen der Juli-Revolution auf Deutschland. 9. Kommunistische Anfänge.

Vortragender: Heinrich Schulz. (Der Unterricht in diesem Geschichtsfach beginnt am Freitag, den 10. Mai, in Steglitz, Ahornstraße 15a, bei Schellhase.)

Sonnabend: Naturerkenntnis (Die Grundprobleme der Lebenskunde oder Biologie).

1. Woran erkennen wir Leben? Die vier Haupterscheinungen des Lebens: Bewegung, Ernährung, Fortpflanzung und Reizbarkeit, nachgewiesen an den einfachsten Lebewesen (Protisten). Leben und Tod. Gibt es Unsterblichkeit? 2. Die Zelle als niederste Lebensinheit. Das Protoplasma als Träger des Lebens. Bau und Tätigkeit der Zelle und des Zellkerns. Selbständigkeit und Abhängigkeit der Zellen. Entstehung der Gewebe. Der Organismus ein Zellenstaat. Die Individualitätsstufen im Organismenreich. 3. Wie erhält sich Leben oder das Problem der Fortpflanzung. a) Die ungeschlechtliche Fortpflanzung. b) Die geschlechtliche Fortpflanzung. c) Befruchtung und Vererbung. 4. Die Erscheinungen der Veränderlichkeit (Variabilität) und Anpassung. 5. Wie entstand Leben? a) Der Ursprung des Lebens. b) Die Entwicklung und Abstammung der Lebewesen.

Vortragender: M. H. Baega.

Montag: Fortschrittskursus in National-Ökonomie.

Selbständige Ausarbeitungen über die Marxsche Akkumulationstheorie unter Anleitung des Lehrers

Vortragender: Julian Borchardt.

Der Unterricht in **Geschichte** beginnt am Montag, den 6. Mai; in **Literaturgeschichte** Dienstag, den 7. Mai; in **Sozialer Gesetzgebung** Mittwoch, den 8. Mai; in **Rednerschule** Donnerstag, den 9. Mai; in **Nationalökonomie** Freitag, den 10. Mai; in **Naturerkenntnis** Sonnabend, den 4. Mai; **Fortschrittskursus in Nationalökonomie** Montag, den 6. Mai.

Zum **Fortschrittskursus** werden nur zirka 20 Teilnehmer zugelassen, welche schon einen Kursus in Nationalökonomie besucht haben müssen.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr.

Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **Fahrow**, Ravenstr. 6; **Horsch**, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin S. 59, Freiligrathstr. 3, I. Quergeb. IV. Goldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 16, zu senden. **Der Vorstand.**



Die Leute, welche sie rauchen, und die Plätze, wo sie geführt werden, sind die besten Prüfsteine der Qualität in Cigaretten.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Werden von wirklichen Kennern geraucht und in den Geschäften geführt, die es sich angelegen sein lassen, ihren Kunden preiswerte Cigaretten anzubieten.

10 St. 30 Pfennig.

Jede Dame lese!

Direkt aus der Fabrik jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigsten Preisen.

4461L* **Jackets**, große engl. Auswahl 3.75 bis 25 M.

Engl. Paletots mit und ohne Futter 6.50 bis 23 M.

Gapes in allen Längen 6.25 bis 30 M.

Staub-Mäntel in neuest. Frb. 5.50 bis 23 M.

Sport-Röcke in engl. Stoff 2.50 bis 18 M.

Boleros u. Havelocks, 5.50 M. an.

Fabrik Pelz, 50 Kurstr. 50. Sonnt. geöffnet.

Vorzeiger dieser Annonces 5 Proz. Rabatt. — Feste billigste Preise

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Vager in Bruchbandagen, Leibbinden, Gerüsthaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Dtsch. u. Höllo-Krankenhäusern. **Berlin C., 44084***

30. Finier-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper

Wanzen

Flöhe, Schwaben, Motzen etc. **totischer**

nur durch meine bewährten Spezialmittel **Pyrethrolin** usw. **Fl. 0.50 u. 1.00** 33. Preis gr. u. fr. **Max Denk, Volta-Drogerie, N. 2. Hormsdorfer Straße 5.**

Sieben erschien als 12. Heft der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“:

Vom medizinischen Aberglauben

Von Dr. E. Thesing-Ragdeburg. Preis 20 Pf.

In den Kapiteln: Zur Geschichte des medizinischen Aberglaubens — Heilische und mechanische Beltauschung — Das Gesundbeten — Der Reliquienkult, Empathie und Magie — Moderne Formen medizinischen Aberglaubens — Der Arznei-Aberglaube — Der Naturheil-Aberglaube — Aberglaube und Suggestion — Bespricht der Verfasser die schädlichen Wirkungen des medizinischen Aberglaubens und weist den Arbeitern den richtigen Weg, mit der Kritik auch vor eigenen Vorurteilen nicht Halt zu machen, sondern sich zu befreien von Vorurteilen jeder Art.

Wir empfehlen ferner:

Heft 1: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen**

von Dr. Christeller.

Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2: **Das erste Lebensjahr** . . . von Dr. Silberstein.

Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3: **Gesundheitspflege des Nervensystems**

von Dr. Hirschlaff.

Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.

Heft 4: **Der Achtstundentag** von Dr. Zadek.

Eine ärztliche Begründung der sozialdemokrat. Forderung.

Heft 5: **Alkoholfrage u. Arbeiterklasse** von Dr. Fröhlich.

Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.

Heft 6: **Das Schulkind** von Dr. Silberstein.

Die Kinder vor Schulkrankheiten zu schützen, ist Zweck des Büchleins.

Heft 7: **Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten**

von Dr. Gebert.

Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8: **Nahrung und Ernährung** . . . von Dr. Chajes.

Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.

Heft 9: **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. P. Bernstein.

Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.

Heft 10: **Der Arbeitersdub** von Dr. M. Epstein.

Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.

Heft 11: **Frauenleiden und deren Verhütung**

von Dr. J. Zadek.

Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.

Jedes Heft kostet 20 Pf.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen. 233/10*

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68

Hindenburgstr. 69, Laden.

Hühner

junge, fleischigste Legeh., festhaltende Brutputen, bewährte hochdeutliche Rassen empfiehlt unter Garantie für Reizität

F. Wegner, Berlin SO.

Mariannenstr. 34.

Dr. Schünemann

Spezial-Ärzt für 44112* **Haut- und Nervenleiden, Frauenkrankheiten.**

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Die herzlichsten Glückwünsche ihrem Freunde und Genossen, dem ehemaligen Bezirksführer der Abt. XI **Karl Schmidt** und **Frl. Emilie Palandt** am heutigen Hochzeitslage bringt die mit **[29285]** Die Abt. XI.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Karl Krenzlin

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Französisch-Buchholz aus statt.

Regie Beteiligung erwartet 116/16 Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Hausdiener

Mitgliedschaft I des Zentralverbandes d. Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Todes-Anzeige.

Unseren Mitgliebern zur Nachricht, daß der Kollege

Ferdinand Basche

Gütshäuserstraße

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeons-Kirchhofes, Priy, Mariendorfer Weg, aus statt. Die Ortsverwaltung I.

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Karl Launer

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Wagstraße, aus statt. Regie Beteiligung erwartet 186/3 Der Vorstand.

Dankagung.

Für die herzlichste Teilnahme und Kränkchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. **Bin. Auguste Weisshuhn nebst Kindern.**

Danksagung.

Für die herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Dachdeckers

Ernst Laube

sage ich allen, insbesondere dem Zentralverband der Dachdecker Berlins, sowie den Kollegen der Firma Kopp u. Cie., dem Dachdecker und dem Sparverein „Genugjam“ meinen herzlichsten Dank. 45942 **Pauline Laube.**



Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante Leinwand 15003

Herren-Garderoben

Preis für Hoch-Anfertigung nach Maass. Lebenslange Ausdauer.

Julius Fabian,

Schneidemeister, Gr. Frankfurterstr. 37, "Wingung Straßburger Platz."

A. B. Koeh

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergstr. 15. Preise für nur 1 Mark an Platz von 10 Str. an: 141872*

Prima la Galbaine (bekannte Marken) . . . pr. Str. 92 Pf.

„la Diamant“ (110 bis 120 Stk.) 97 Pf.

„la Jule u. Alf.“ 1.00 Pf.

„la Anthrazit-Gab.“ pr. 2.25 Pf.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Bezugs und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Der Stoff hat, seit Herron-Anzug 20 M., ohne Kontur. 2 Jahre, beste Qualität. Für guten Sitz gold. Medalje. **Ludw. Engel, Franzlauer, Str. 23, II. Alexanderpl. Begr. 1892.**

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu. Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.

Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

3466L*

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 13. April 1907.

Eisenindustrie. — Baumwollmarkt; Außenhandel; Vorräte. — Wolle. — Seidenindustrie.

Anscheinend läßt am internationalen Geldmarkt die Versteigerung etwas nach; die Bank von England hat ihren Diskont von 4 1/2 auf 4 Proz. ermäßigt. Vielleicht hätte dieses Ereignis einen verstärkten Optimismus ausgelöst, wenn nicht das augenscheinlich so glänzende Bulletin des Stahlwerksverbandes, über das Bestehen des Eisens und Stahlmarktes, so deprimierend wirkte. Auf Monate hinaus flotte Beschäftigung, ungeförter Eingang von Spezifikationen, kein Verkauf von Halbzeug an das Ausland, weil der Inlandkonsum die ganze Erzeugung aufnimmt. Ist das nicht verlockende Musik? Die Wortführer hören aber aus alle dem nur die — Trauerstimme. Und sie haben in diesem Falle ein feineres Gehör für Unstimmigkeiten bezeugt, als man nach manchen Vorgängen voraussetzen sollte. Gewiß, für einige Monate, in Halbzeug bis Ende Juni, in Eisenbahnmaterial auf „lange Zeit hinaus“, ist ein noch reichlicher Arbeitsstod vorhanden, aber die Kunde fürchte man auch vor einigen Monaten schon. Es scheint neue Arbeit wenig hereingekommen zu sein. Die Aufträge der Eisenbahnen stellen wohl den Hauptbestand der vorliegenden Aufträge dar — aber für neue Geschäfte herrscht Zurückhaltung und im Formeisengeschäft ist es ruhiger geworden, was in der Hauptsache auf die unbestriedigende Bautätigkeit zurückzuführen ist. Hierfür soll in erster Linie die Geldnot verantwortlich sein; andererseits sucht man in den Verfügungen, betreffend der Verlängerung der Verbände, ein Moment, welches stark lähmend auf die Unternehmungslust einwirkt. Es sind also mehrere Faktoren vorhanden, die vor allem großem Optimismus schreden sollten. Man braucht wahrlich keine schwarze Brille aufzusetzen, um in diesem Konjunkturgemälde dunkle Punkte zu sehen; es weicht in der Farbenabstimmung ziemlich weit ab von den lichtvollen Bildern, die bisher in Handelskammer- und anderen Berichten gegeben wurden. — Obwohl die Preissteigerungen in Rohbaumwolle störend wirkten, erfreut die verarbeitende Industrie sich bisher doch eines ziemlich guten Allgemeinbefindens. Die Einfuhr an Baumwolle insgesamt blieb im Vorjahre mit 4 781 121 Tonnen noch um 55 878 Tonnen gegen die Einfuhrmenge des Vorjahres zurück; dagegen überstieg die lehrjährige Ausfuhr an Baumwolle mit 1 831 561 Tonnen das Ausfuhrquantum des Vorjahres um 6598 Tonnen. Da andererseits die Ausfuhr an Baumwollgarnen in 1906 hinter der vorjährigen Ausfuhrmenge um 1190 Tonnen zurückbleibt, obwohl die Einfuhr dieser Artikel um 24 888 Tonnen gestiegen ist, liegt schon der Schluss nahe, daß die Ausfuhr von weiterverarbeiteten Artikeln angezogen haben muß. Und die Außenhandelsziffern bestätigen das. Der Ausfuhrüberschuss ist bei einer Ausfuhr von 583 298 Tonnen auf 477 433 Tonnen oder gegenüber 1905 um 8499 Tonnen gestiegen. Im laufenden Jahre hat die Einfuhr an Baumwollwaren stärker eingesetzt. Pro Januar und Februar ergeben sich folgende Differenz:

Table with 3 columns: Baumwollwaren, Baumwollgarn, and Ausfuhrüberschuss. Rows for years 1907, 1906, and 1905.

Wegen Veränderung in den statistischen Nachweisen lassen sich für Erzeugnisse keine gleichwertigen Zahlen gegenüberstellen. So werden z. B. Posamentierwaren aus Baumwolle als Erzeugnisse der Seidenindustrie ausgewiesen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sind die folgenden Angaben zu bewerten. Es stellt sich per Januar und Februar für Baumwollwaren:

Table with 3 columns: Einfuhr, Ausfuhr, and Ausfuhrüberschuss. Rows for years 1907, 1906, and 1905.

Die Zahlen künden eine noch günstige Lage für die Textilindustrie an. Bringt man für 1906 die sich aus der Veränderung der statistischen Erfassung in Betracht kommende Menge in Abzug, so reduziert sich der Ausfuhrüberschuss pro Januar und Februar dieses Jahres auf rund 80 000 Doppelzentner; das dann noch verbleibende Minus von etwas über 4000 Doppelzentner für 1907 erklärt sich durch den in allen Industrien, aus Rücksicht auf die mit den neuen Handelsverträgen in Wirksamkeit tretenden höheren Zöllen, stark forcierten Export vor dem 1. März 1906. Den größeren Vorteil von der günstigen Lage haben die Spinner; sie konnten ihre Verkaufspreise den erhöhten Gestehungskosten nicht nur folgen lassen, sondern noch darüber hinaus steigern. Dagegen klagen die Weiterverarbeiter, daß die Preise ihrer Erzeugnisse den gestiegenen Materialpreisen nicht zu folgen vermöchten. Die Spinner machen es wie die Metzger. Sie schimpfen auf die hohen Preise, die der andere nimmt, in diesem Falle der Verkäufer von Rohwolle, aber sie lassen die Preise ihrer Erzeugnisse den belasteten und verurteilten Preisen schnell folgen, vergessen aber, mit den Preisen wieder hinabzugehen, wenn die Preise des Rohmaterials abflauen. Aus diesen wird unter anderem berichtet, daß in den Baumwollspinnereien und -Webereien mit stehendem Eisen gearbeitet wird. Garne sind fast nicht mehr zu haben, und was noch verkauft wird, muß mit verhältnismäßig hohen Aufschlägen bezahlt werden. Für die Weber, die sich nicht rechtzeitig eingedacht haben, liegen die Verhältnisse sehr ungünstig. Eine größere Baumwollweberei hat ihre gesamte Erzeugung bis in das Jahr 1908 hinein verkauft und andere Fabriken befinden sich in ähnlicher Lage. Färbereien und Appreturen arbeiten mit Ueberschüssen; die Samtpresser sind vorwiegend für Westenjamit mit Aufträgen überhäuft. Die Gesamtvorräte der nordamerikanischen Baumwolle sind in der ersten Aprilwoche wiederum gewachsen und zwar von 2 900 310 Ballen in der Parallelwoche 1906 auf 3 789 610 Ballen. Abgenommen wurden 148 160 Ballen gegen 124 170 Ballen in der gleichen Zeit 1906. Nach der Auffüllung der Baumwollbörse von New Orleans sind im März 1907 971 000 Ballen nordamerikanischer Baumwolle in Sicht gebracht, gegen 671 000 resp. 1 027 000 Ballen in den entsprechenden Monaten der Vorjahre. — Ähnlich wie in der Baumwollindustrie liegen die Verhältnisse für die Wollewebereien. Die Spinner konnten die Preise sehr angemessen erhöhen und haben die Werke im letzten Jahre recht ansehnliche Gewinne herausgebracht. Der Begehr nach Kammgarnespinnen konnte kaum befriedigt werden. Natürlich hatten auch die Wollewebereien zu tun, doch konnten sie den sprunghaften Preisaufschlägen nicht unmittelbar folgen. Für 1906 stieg z. B. der Preis für La Planta-Kamzug Type B um 37,8 Proz. gegenüber dem Preisstand von 1901 und für Wolle stellt sich die Preissteigerung auf 48 Proz. Vermehrter Begehr an Wollfabrikaten im laufenden Jahre hat nun allerdings auch die Preise für Erzeugnisse in die Höhe gedrückt. Da die letzte Londoner Kolonialwollversteigerung aber wiederum einen Aufschlag gebracht hat, fängt die Sache doch an, sehr kritisch zu werden. Schon jetzt werden der hohen Preise wegen vielfach Surrogate bearbeitet. Ueber dieselbe böse Folge der hohen Materialpreise wird auch aus den Wochholer Webereien geflagt. Zieht man die Preisrückgänge noch weiter an, ist eine Rückwirkung auf den Verbrauch unausbleiblich. — Nebenbei gestaltet sich auch, infolge der unheimlichen Preisverhältnisse, die Lage in der Seidenindustrie. Die Mode bevorzugt Seide. Trotzdem gestalten sich für die Seidenfabrikanten die Verhältnisse ungünstiger. Einmal bedingen die starken Preisaufschläge für Rohseide eine den Konsum durchaus nicht fördernde Preisgestaltung, bei der die Seidenfabrikanten aber immer noch — bei dem Verhältnis zwischen

Gestehungskosten und Verkaufspreisen klagen. Dazu gesellt sich eine scharfe Konkurrenz, die in der Schweiz ihren Sitz hat. In Krawattenstoffen hat die Nachfrage schon stark abgeflaut, dagegen ist der Begehr für Samt und Bugartifeln recht lebhaft. Aus der rheinischen Seidenindustrie wird berichtet, daß dort infolge der Preisverhältnisse sich die Zukunft direkt ungünstig gestalten müsse. Seit Anfang April ist der Preis für Rohseide abermals um 2 bis 3 Mark in die Höhe gegangen und steht nun auf 74 Mark für beste Rail, gegen 48 Mark in September 1906. Die Bestellungen in Seidenstoffen für Herbstlieferung sind noch sehr minimal; die Preise sind um ein Drittel höher, und fürchten die Abnehmer, bei solchen Preisen den Konsum abzusprechen und ziehen es vor, ihre Käge nur mangelhaft zu kompletieren.

Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Stierter Verhandlungstag. Leipzig, 12. April.

Ueber das

Wetweihgesetz

referierte Karl-Hamburg. Seit einem Jahre besteht dieses Gesetz. Wie hat es seitdem gewirkt? Der Süddeutsche Malermeisterverband machte bekannt, daß die Meister die Vorschriften dieses Gesetzes umgehen, und Material aus der Praxis gegen das Gesetz sammeln sollen. Wohl haben die Fachzeitschriften der Meister und die Meister verschiedener Städte aufgefordert, kein Wetweih mehr zu verwenden, aber getan haben es nur wenige. Jene Anforderung war nur eine hohe Forderung. Die Erhebung des Vorstandes ergab aus 166 Städten 2610 aus Werkstätten und 870 aus Fabriken, Werften usw. beantwortete Fragebogen, aus denen hervorgeht, daß das Gesetz seit dem Bestehen (1. Januar 1906) wenig durchgeführt ist. Von einem staatlichen Betrieb — Königl. Eisenbahnwerkstätte — wird mitgeteilt, daß Wetweih noch verwendet wird, aber weder Handtücher noch Nagelputzbürsten geliefert werden. In einem anderen Betriebe führen die Gehülfen selber das Gesetz nicht durch — weil sie zur eigenen Reinigung keine genügend langen Pausen haben. In einer großen Maschinenfabrik wird nach wie vor geschliffen, und nach Inkrafttreten des Gesetzes mehr Wetweih verwendet als vorher. Aus den meisten Firmen wird mitgeteilt, daß die Gehülfen der kurzen Pausen wegen das Gesetz nicht einhalten können. In Leipzig wurden die Vorschriften seit durchgängig nicht eingehalten. Von 167 Werkstätten liefern nur 13 die Seife. Aus 24 Betrieben in Raudheim wird die nur unvollkommene Durchführung des Gesetzes gemeldet.

In Frankfurt a. M. herrschte nach einem Jahre der alte Zustand. Von 158 Arbeitsstellen und 100 Bauten in Berlin haben kaum die Hälfte streng die Vorschriften beachtet. Weit schlimmer steht es in Dresden. Dort haben die Kollegen sich an die Aufsichtsbekörden gewandt. Auch hier zeigte die Kontrolle, daß sie von Hausmännern ausgeführt werden muß. Die Meister täuschen die Aufsichtsbekörden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird das Gesetz auch in München und Oberfeld-Barmen nicht durchgeführt. Ebenso in Bauten. In Gutzhaben wird überall trocken geschliffen. In Dessau ist von einer Verminderung der Wetweihverwendung nichts zu merken, ebenso in Frankenberg und Eisenberg. Da, wo die Kollegen nicht selber eingreifen, geschieht nichts. In einem Betriebe in Aue wird mit Spritzmaschinen gearbeitet. Diese Maschinen werden allgemein im Ergabegebiet verwendet. Der an ihnen tätige Arbeiter sieht am Arbeitschluss ebenso mit Wetweih bespritzt aus, als der von ihm bearbeitete Gegenstand. Die Württembergischen Meister sind zwar Scharfmacher, dafür aber halten nur wenige von ihnen die Bestimmungen des Wetweihgesetzes ein.

Das Bild ist in Wahrheit noch trauriger als es die Statistik darstellt. In einem großen Betriebe in Köln weiß man nichts von einer Bundesratsverordnung. In demselben Orte wurden Kollegen entlassen, die die Durchführung der Verordnung forderten. Der württembergische Malermeisterverband forderte von den Gehülfen, die Handtücher selbst zu waschen. In Alenburg wurden die Gehülfen von einem Meister vier Tage ausgesperrt, weil sie Seife und Handtuch forderten. In Jech erklärte ein Meister, für ihn gäbe es keine Gesetze, in seiner Werkstatt mache er die Gesetze. Auch in Hamburg ist von einer strengen Durchführung des Wetweihgesetzes nichts zu merken. Die gesamte Enquete beweist, daß das ganze Gesetz auf dem Papier steht. Die Folgen der Nichtbeachtung dieser Gesetzesbestimmungen zeigen sich darin, daß die Krankheitsfälle bei Ueberschneidung nicht zurückgegangen sind. Der Verband zählte im Jahre 1905 405 Fälle, dagegen 427 im Jahre 1906. Zwar sind die Krankheitsfälle in der Halskrankheitsklasse der Maler gesunken, aber während auf den einzelnen Krankheitsfall in den Jahren 1903 bis 1905 30 Proz. der Krankheitsstage kamen, ist der Prozentsatz auf 50,38 Proz. im Jahre 1906 gestiegen.

Die Ausgaben für Ueberschneidungskrankungen stiegen bei der Berliner Ortskrankenkasse von 27 000 M. im Jahre 1901 auf 61 880 M. im Jahre 1906. Ähnliches zeigt der Ortskrankenkassenbericht in Dresden. Zu allem kommt, daß, wie Prof. Dr. Sommerfeld feststellt, Keuchentöden, Magen- und Darmkrankungen, sowie auch die Tuberkulose im engsten Zusammenhange mit den Ueberschneidungskrankungen stehen. Wir vermessen sehr die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren. Selbst wenn sie nicht überlastet wären, könnten sie nur praktisch wirksam eingreifen, wenn sie etwas vom Beruf verständen. Unserer Forderung, Arbeiterkontrolleure anzustellen, ist man bis heute nicht nachgekommen. Nicht an uns, wo Posadowski im Reichstage meinte, liegt die Schuld, daß das Gesetz in der Praxis nicht durchgeführt ist, sondern an den Meistern. Alle guten Ratsschläge sind und bleiben Palliativmittel, solange man nicht ein Verbot der Verwendung von Weißfarben ausspricht. Die Pioniere im Kampfe gegen die Wetweihgesetz sind unsere französischen Kollegen. Bei einem Preisauswärtigen in Paris erklärten mit Ausnahme eines einzigen alle Gelehrten, daß die Verwendung des Wetweihes nicht notwendig sei. Auch in Oesterreich werden gar halb Bestimmungen erlassen. In Schweden kennt man in unserem Berufe überhaupt keine Wetweihfarben. Gatten im Januar 1905 in der letzten Sitzung im Reichsversicherungsamt die Meister erklärt, wir wollen keine Weißfarben mehr verwenden, so hätten wir schon heute ein Verbot der Wetweihfarbe. Jeder weitere Fall an Ueberschneidung seit dem einjährigen Bestehen des Wetweihgesetzes ist eine fürchterliche Anklage gegen unsere heutige Sozialpolitik, gegen die heutige Gesellschaft.

Ohne Diskussion wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Generalversammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung vom Bundesrat am 27. Juni 1906 erlassenen Vorschriften für die Betrieb des Maler-, Anstreicher-, Tüncher-, Weißbinder- und Lackierergewerbes von den Unternehmern obiger Betriebe in jeder Art und Weise umgangen werden. Die vom Vorstand der Vereinigung veranlaßte Erhebung über die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zeigt, daß nachdem die Bestimmungen am 1. Januar 1907 ein Jahr in Kraft waren, in der überwiegenden Mehrzahl der Betriebe von ihrer Innehaltung keine Rede ist. Dabei muß aber konstatiert werden, daß ein guter Teil dieses ungesetzlichen Verhaltens der Unternehmer auf die ungenügende Kontrolle der Gewerbeinspektoren und der zuständigen Polizeibehörden zurückzuführen ist. Zugleich aber hat sich auch, worauf die organisierte Arbeiterkraft stets hingewiesen hat, aufs neue bestätigt, daß ohne vom Staate fest angeordnete, praktisch erfahrene Arbeiterkontrolleure, die von den Arbeitern zu wählen sind, keine Garantie für die strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen gegeben ist. Die Generalversammlung erhebt energischen Protest gegen die Handlungsweise der Unternehmer den Gehülfen gegenüber,

die für die Durchführung der Bundesratsvorschriften eingetreten sind und erwartet, daß in Zukunft von den zuständigen Behörden mit aller Schärfe auf die vollständige Einhaltung der einzelnen Vorschriften gesehen wird. Zu diesem Zwecke verpflichtet die Generalversammlung alle Mitglieder, den Filialvereinigungen und Bezirksleitern alle Verstöße gegen die Bundesratsvorschriften in unserm Gewerbe umgehend mitzuteilen, damit die zuständige Gewerbeinspektion und die Polizeibehörden davon sofort in Kenntnis gesetzt werden.

Unser Standpunkt ist einzig und allein ein gesetzlicher. Verbot der Verwendung aller bleifarbenen Farben. Angesichts dessen, daß auf diesem Wege bereits eine Reihe von Staaten vorangegangen sind, daß Frankreich, die Schweiz, Belgien usw. ein Verbot der Verwendung von Bleifarben bei staatlichen Arbeiten erlassen haben, erwartet die Generalversammlung, daß die deutsche Reichsregierung mindestens vorläufig ein Verbot der Bleifarben zur Verwendung bei Innenarbeiten erläßt. Dringend notwendig ist es auch, daß jede ärztlich festgestellte Bleierkrankung der Gewerbeinspektion zur Kenntnis gebracht wird.

Raummehr referierte Reinert-Hannover über

Minimalleistung und Affordtarif.

Er führte dazu ungefähr folgendes aus: Mit dieser Frage beschäftigen wir uns zum erstenmal auf einer Generalversammlung. Die Affordarbeit ist Jahrhunderte alt. Sie tritt in den verschiedensten Formen in durchaus verschiedenen Formen auf. Eine Art des Affordsystems — das Schwitzsystem — ist von vornherein zu verwerfen. Auch bei uns hat die Auffassung „Affordarbeit ist Nordarbeit“ immer festeren Fuß gefaßt. Aber so groß auch in unseren Reihen die Abneigung gegen sie ist, sie besteht, wenn auch gering, in unserem Berufe. Bei den Tünchern und Weißbindern hat sie einen größeren Umfang angenommen. Am größten aber ist der Umfang der Affordarbeit bei den Bleifarbern und den Lackierern in den Fabriken. Als vorübergehende Erscheinung tritt sie auch bei Arbeiten auf Bauten auf. Bei den Lackierern in Fabriken hat sich das Kolonnensystem herausgebildet, das der Hünflingswirtschaft, der Schilane und dem Betrage für und Tor öffnet. So bildet sich der sogenannte Lohnafford. Dieser wie auch das Zwischenmeisterystem müssen unter allen Umständen bekämpft werden. Stellen wir uns auf den Standpunkt: Affordarbeit ist Nordarbeit, dann muß sie verboten und jedes Mitglied, das diese Bestimmung übertritt, ausgeschlossen werden. Das aber könnte die Organisation schwer erschüttern. In Hamburg, Hannover und einigen anderen Städten bestehen zwar Tarife, die im Prinzip die Affordarbeit für zulässig erklären, aber die Kollegen arbeiten in Wirklichkeit nicht im Afford. Die Triebfeder zur Affordarbeit ist keine eble.

Auf jeden Fall ist der Arbeiter der Benachteiligte. Die Preise bei Afford zeigen eine ständig sinkende Tendenz. Der Arbeiter gibt prozentual mehr Arbeitskraft aus, als er mehr Lohn bekommt, es gibt aber eine Grenze, wo die verausgabte Arbeitskraft nicht wieder ersetzt werden kann. Der Unternehmer aber wird auf Kosten des Arbeiters bereichert. Bei Affordarbeiten auf Bauten werden die Werke lichter gebaut; zum Essen geht der Affordarbeiter mit schmutzigen Händen. Alle diese Umstände, vor allem das geringe Bestreben des Affordarbeiters, immer mehr zu verdienen, gerümpeln das Solidaritätsgefühl. Am schlimmsten zeigen sich die moralischen Nachteile beim Kolonnensystem. Man sucht sobald als möglich den minderleistungsfähigen Kollegen aus der Kolonne auszuschieben. Dazu kommt, daß die Kolonnen sich im Preise unterbieten. Nach den Erhebungen des Vorstandes waren von 24 548 an der Erhebung beteiligten Tündern, Anstreichern, Malern und Weißbindern nur 3,8 Proz. zeitweise mit Afford beschäftigt. Von 16 089 in den Orten, wo überhaupt im Afford gearbeitet wurde, Beschäftigten waren es 5,5 Proz. der Ermittelten, die im Jahre 1906 10 734 Wochen Affordarbeit geleistet haben. Durchschnittlich kommen auf einen Affordarbeiter des Baujahres 12 Wochen. Von den durch die Statistik ermittelten Lackierern aber waren durchschnittlich 60 Proz. je 44 Wochen im Afford tätig. Für diese Kategorie von Berufskollegen, wo die Affordarbeit einen so großen Umfang angenommen hat, ist es praktisch unmöglich, die Affordarbeit zu verbieten oder abzusprechen. Wir können nur versuchen, die Schäden der Affordarbeit herabzumindern. Interessant ist, daß, zum Beispiel in Hamburg, der Affordtarif bestimmt, daß der Afforddienst den Lohn nicht mehr als 1/4 übersteigen darf. Das bedeutet aber nicht als eine Begrenzung der Einkommenshöhe, nicht aber eine Begrenzung in der Ausbeutung der Arbeitskraft. Wenden wir uns aber immer mehr den Affordtarifen zu, dann befinden wir geradezu Wege auf die von den Unternehmern geforderte Minimalleistung hin. Tatsächlich erkennen wir aber in einigen von uns abgeschlossenen Tarifen bereits die Minimalleistung an. So sagt der Tarif in Kassel, daß dem „tüchtigen“ Gehülfen, der in Mannheim, daß nach dreijähriger Lehrgzeit, der in Oldenburg, daß dem „Durchschnittsgehülfen“ der Minimallohn bezahlt werden müsse. Die Praxis lehrt uns, daß die Unternehmer nur so lange die Tarife halten, wie es ihnen in den Kram paßt. Die beste Garantie für die Einhaltung eines Tarifs ist die starke Organisation. Affordtarife werden die Quelle ständiger Differenzen mit den Unternehmern sein. So lange, und weil wir die Macht noch nicht haben, können wir die Affordarbeit nicht verbieten. Wir brähten aber auch durch einen solchen Beschluß Zwietracht und Zersplitterung in unsere Reihen. Aber anerkennen dürfen wir die Affordarbeit nicht, das hieße ein verschlechtertes Lohnsystem anerkennen. Deshalb muß der Vorstand diese Frage unablässig propagieren, sowie für die Verklärung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Zeitlohnes eintreten.

Die interessante und lange Debatte über das Referat des Genossen Reinert schließt mit der Annahme folgender Resolution: Die Generalversammlung kann die Affordarbeit als eine erstrebenswerte Arbeitsmethode nicht anerkennen. Angesichts des sich gegenwärtig vollziehenden Entwicklungsprozesses in der Lohnform und der Arbeitsmethode des Malergewerbes beschließt die Generalversammlung, da es sich zunächst um faktische Fragen handelt, eine Entscheidung über diese Punkte nicht zu treffen. Sie beauftragt den Vorstand, über die Fragen der Afford- und Pensumarbeit sowie über die Mindestleistung Aufklärung in den Kollegenkreisen zu schaffen, um diesen auf diese Weise die Folgen dieser Arbeitsysteme zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Kampfe gegen deren Schäden durch den Einfluß der Organisation zu veranlassen. Der Vorstand wird beauftragt, auf Grund des von Reinert eobalteten Referats eine Broschüre herzustellen.

Tobler berichtet über die internationale Konferenz, die sich im wesentlichen mit internen Verursachungsangelegenheiten beschäftigt. Auf dieser Konferenz waren vertreten — außer den Vertretern des deutschen Verbandes — Dänemark durch Poulsen, Oesterreich durch Raar, die Schweiz durch Glaude, Serbien durch Gjurakich, Holland durch van den Tempel und Schweden durch Dreizegen. Dem internationalen Kartellvertrage waren bisher Deutschland, Dänemark, Oesterreich, Ungarn und Serbien angeschlossen. Der Vertreter von Holland erklärte den offiziellen Beitritt seiner Organisation, der Vertreter Schwedens gab der Hoffnung Ausdruck, daß seine Organisation auf ihrer Generalversammlung offiziell dem Beitritt zustimmen werde. Nach Mitteilungen Oerlegrens will sich auch Finnland anschließen. Die Konferenz nahm den bisher gültigen Kartellvertrag an, dem nur formale Änderungen vorgenommen wurden, einstimmig an. Die Errichtung eines internationalen Sekretariats ist noch nicht notwendig. Deutschland wird wie bisher die Korrespondenz weiterführen und alle angeschlossenen Verbände von den weiteren Vorgängen in Kenntnis setzen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfeinmalerei. Wiederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Bauerhoff. 41

Steppdecken bis 1000 Gramm. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wolldecken bis 1000 Gramm. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wolldecken bis 1000 Gramm. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wolldecken bis 1000 Gramm. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wolldecken bis 1000 Gramm. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Wolldecken bis 1000 Gramm. Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Große Diamanten 4,35, Karamain doppelteilig 7,50, prima Bläsch 23,50. Inventur - Extrapreis. Teppichhaus Emil Leschore, Drantenstraße 158.

Teppichhaus Emil Leschore seit 1882 nur Drantenstraße 158, unterhält nirgends Filialen. 22058*

Hochbornedruck Herrenhosen aus feinsten Nadelstoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 23648*

Rahmenarbeiten! Vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 4121*

Pfänderverkauf. Sommerpaletots, Badetischläge, Kammernregal, Bettentisch, Gardinenverkauf, Aussteuerwäse, Teppichverkauf, Wandteppiche Weidenweg neunzehn. 41

Kollegen! Nähmaschinen ohne Anzahlung, Spiegelgeschäft. Stephanstraße 43. 477*

Landparzellen 200,00 Anzahlung, verkauft Emil Groß, Bernauerstraße 21. 491*

Grünfranggeschäft, Rolle, verkauft Lohmeyerstraße 119. 457*

Grünfranggeschäft, Rolle, verkauft Lohmeyerstraße 119. 457*

Potentialwast Döfel, Gütlingerstraße 91a. 9275*

Vermietungen.

Zimmer. Möbliertes Ballonzimmer (event. zwei Herren), Bad, Gassenanlieger, Baumgartenweg, Trojanstr. 6 II links (am Bahnhof). 29385

Schlafstellen. Möbliertes Schlafstelle, Vorderzimmer, allein, vermietet Feldbinder, Waldemarstraße 62 IV. 44

Schlafstellen bei Kömiglern, Wilsdenowstraße 29, vorn III. 29276

Möblierte Schlafstelle bei Woll, Wilmersdorf 4. 4143

Möblierte Schlafstelle, Luisenufer 18, Vierecke. 3019

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Fahrlehrer verlangt Chauffeurschule Ernst Domagala, Brückenallee 15 (Bellevue), größtes Institut Berlins, 12 eigene Fahrzeuge verschiedener Systeme. 28654*

Farbigmacher und Farbigmachinisten verlangt Woll, Diefenbachstraße 33. 28546*

Zwei tüchtige Sattler, auf seine Geschäfte eingearbeitet, sofort oder baldigst gesucht. Reise wird vergütet. Friedr. Leidiger, Duisburg. 27645*

Werkmeister, mit der Fabrikation von Handtaschen, Schürzen und Köstern vollständig vertraut, für große Fabrik in der Provinz gesucht. Offerten unter D. 4, Expedition des "Vorwärts". 29315

Gändler, Rollenfabrik, Diefenbachstraße 32. 29225

Farbigmacher verlangt Ellabelstraße 52. 29225

Fabrik für gefaltete Bleche in Obereschleien sucht selbständig arbeitenden Stanzenschlosser. Offerten unter U. 3 Expedition dieser Zeitung.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Sämtliche Bauten der Firma Kaufmann Wilhelm Reineke, Nixdorf, Kaiser Friedrichstraße 206, sind bis auf weiteres als geperrt zu betrachten. Angenommen kommt der Bau Dolgerstraße, Ecke Peitenhoferstraße, anschließender Töpfermeister Straße, in Betracht. 1961

Achtung! Glasschleifer, Beleger und Polierer!

Bei der Firma Fertig & Co., Friedrichstraße 2, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnabzug und Tarifverbot die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen. 733*

Achtung! Achtung! Steinarbeiter!

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs ist das Grabsteingewerbe von Spielvogel (in Firma C. Purps), Lehrlingsstr. 47, gesperrt. Zugang ist sowohl von Schriftführern wie von Steinmetzen streng fernzuhalten. 17211*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Zur Beachtung! Dieses Inserat erscheint Sonntag Dienstag Donnerstag.

Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 785

Bauten der Firma Sawatzki: Sprengelstr. 19, 20, 21, Baumtänzer. 785

Bauten der Firma Plagemann: Fährtenhof, Potsdamer Platz. 785

Bauten der Firma Jarotaki: Jagdschloß Glienicke. 785

Bauten der Firma Ziehe: Nixdorf, Hagenstr. 3. 785

Bauten der Firma Emmelath, Nixdorf: Hildebrandstraße 16. 785

Bauten der Firma Pätz, Reichensbergerstr. 114: Fischer u. Goldberg, Nixdorf, Berg u. Walterstraße-Ecke. 785

Bauten der Firma Hald, Ruheplatzstraße: Buch, Siegenhaus (Kapelle). 785

Bauten der Firma Ziehe: Nixdorf, Hagenstr. 3. 785

Bauten der Firma Pätz, Reichensbergerstr. 114: Fischer u. Goldberg, Nixdorf, Berg u. Walterstraße-Ecke. 785

Bauten der Firma Hald, Ruheplatzstraße: Buch, Siegenhaus (Kapelle). 785

Bauten der Firma Ziehe: Nixdorf, Hagenstr. 3. 785

Bauten der Firma Pätz, Reichensbergerstr. 114: Fischer u. Goldberg, Nixdorf, Berg u. Walterstraße-Ecke. 785

Bauten der Firma Hald, Ruheplatzstraße: Buch, Siegenhaus (Kapelle). 785

Bauten der Firma Ziehe: Nixdorf, Hagenstr. 3. 785

Bauten der Firma Pätz, Reichensbergerstr. 114: Fischer u. Goldberg, Nixdorf, Berg u. Walterstraße-Ecke. 785

Bauten der Firma Hald, Ruheplatzstraße: Buch, Siegenhaus (Kapelle). 785

Bauten der Firma Ziehe: Nixdorf, Hagenstr. 3. 785

Bauten der Firma Pätz, Reichensbergerstr. 114: Fischer u. Goldberg, Nixdorf, Berg u. Walterstraße-Ecke. 785

Bauten der Firma Hald, Ruheplatzstraße: Buch, Siegenhaus (Kapelle). 785

Bau der Firma Wagenknecht: Spreha, Gärtenstraße 17. 785

Bauten der Firma Schubert: Nix u. Gense, General Pappestraße. 785

Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Hausdörfer- und Peidenstraße-Ecke. 785

Bauten der Firma Maas: Große, Karrenfelde, Kirchstraße. 785

Bauten der Firma Karl Hammer, Gütlingerstraße 63: Hammer, Schwalbe. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Paulsen, Charlottenburg, Schillerstraße. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Walter, Nixdorf: Nixdorf, Hagenstr. 3. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785

Bau der Firma Mitsch, Barnimstr. 22: Christburgstr. 41. 785